



Landtag von Baden-Württemberg

73. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. Juli 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 09:01 Uhr

Schluss: 13:56 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4369	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung – Drucksache 15/3251	
1. Aktuelle Debatte – Gleiche Chancen durch konkretes Handeln! Reden allein bringt Frauenpolitik nicht voran – beantragt von der Fraktion GRÜNE	4369	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur – Drucksache 15/3724.	4403
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	4369, 4377	Abg. Manfred Groh CDU	4403
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU	4371	Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE	4404
Abg. Sabine Wöfle SPD	4373	Abg. Klaus Maier SPD.	4405
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	4375	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	4406
Ministerin Katrin Altpeter	4376	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett.	4407
2. Aktuelle Debatte – Mangelhafte Unterrichtsversorgung – mangelhafte Chancen für unsere Kinder – beantragt von der Fraktion der CDU	4378	Beschluss	4408
Abg. Volker Schebesta CDU	4378, 4389	5. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Aktuelle Situation und Perspektiven des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2858 (geänderte Fassung)	4409
Abg. Sandra Boser GRÜNE.	4380, 4391	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP.	4409
Abg. Dr. Stefan Füst-Blei SPD	4381, 4392	Abg. Dieter Hillebrand CDU	4411
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	4383, 4393	Abg. Jürgen Filius GRÜNE	4411
Minister Andreas Stoch	4385, 4389	Abg. Thomas Funk SPD	4412
Abg. Georg Wacker CDU (Kurzintervention)	4388	Minister Reinhold Gall.	4413
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014) – Drucksache 15/3572		6. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Tagesmütter stärken, Qualität verbessern, Kindertagespflege in Baden-Württemberg voranbringen – Drucksache 15/2894.	4416
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/3713.	4394	Abg. Christoph Bayer SPD	4416
Abg. Joachim Köbler CDU	4394	Abg. Tobias Wald CDU	4417
Abg. Muhterem Aras GRÜNE.	4396	Abg. Muhterem Aras GRÜNE.	4419
Abg. Klaus Maier SPD.	4397	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	4420
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	4398	Staatssekretärin Marion von Wartenberg	4421
Minister Dr. Nils Schmid	4400	Beschluss	4424
Beschluss	4402	Nächste Sitzung	4424

Protokoll

über die 73. Sitzung vom 10. Juli 2013

Beginn: 9:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 73. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Rau erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Kollege Drexler.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Minister Friedrich.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der Ereignisse liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 18. Juni 2013 – Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot – Drucksache 15/3666

Überweisung an den Innenausschuss

2. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 19. Juni 2013 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Haushaltsjahr 2013 (Januar bis März) – Drucksache 15/3691

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2013 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 15/3703

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und an den Ständigen Ausschuss sowie federführend an den Ausschuss für Europa und Internationales

4. Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 – Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 15/3800 bis 15/3822

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gleiche Chancen durch konkretes Handeln! Reden allein bringt Frauenpolitik nicht voran – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich ist mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen.

Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Freude, den heutigen Plenartag mit einer spannenden Aktuellen Debatte zur Gleichstellung von Frauen und Männern zu eröffnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Ich bin gespannt, was die Grünen dazu zu sagen haben!)

Herr Kollege Hauk, Frauenpolitik, Gleichstellungspolitik ist ein wichtiges, topaktuelles gesellschaftspolitisches Thema. Deshalb danke ich sehr der Sozial- und Frauenministerin für den vorgelegten Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg, angedockt an den Gleichstellungsatlas, den die Bundesregierung für Deutschland herausbringt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Atlas wurde unter Federführung des Sozialministeriums gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt erstellt und gibt erstmals einen umfassenden Überblick über die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Baden-Württemberg.

Anhand von 36 Indikatoren aus den Bereichen Partizipation, schulische Bildung, Arbeit und Sicherung des Lebensunterhalts sowie Lebenswelt zeigen sich nicht nur die Benachteiligungen, sondern auch die regionalen Unterschiede. Das wird im Bereich Partizipation besonders deutlich. Die Anteile von Frauen und Männern an politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen sind genau die Indikatoren, die für die Gleichstellung von Frauen und Männern wichtig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Partizipation sieht in Baden-Württemberg nach wie vor einfach miserabel aus. Der Frauenanteil in Kreis-

(Brigitte Lösch)

tagen liegt seit 2009 im Schnitt bei 16 %; in keinem einzigen Kreistag gibt es einen Frauenanteil von 50 %. Mit 27,1 % ist der Wert in Tübingen der höchste. In 15 überwiegend ländlichen Landkreisen sind weniger als 15 % Frauen in den Kreistagen. Die rote Laterne hat in diesem Fall der Landkreis Freudenstadt mit 2,3 %.

(Abg. Peter Hauk CDU: Deshalb schaffen Sie die Kreistage gleich ab! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann sollten Sie umziehen und das regeln, Frau Lösch!)

– Das ist ein guter Zwischenruf für alle Frauen. Liebe Frauen, wenn Sie in den Kreistagen nicht entsprechend verankert sind, dann ziehen Sie – das schlägt Kollege Röhm vor – doch um.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Sie! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie!)

Da werden sich die Frauen freuen, Herr Röhm.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sie! Die Rednerin! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Entwicklungshilfe leisten! – Weitere Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen schon an der Aufregung: Das Thema ist nicht neu. Der Frauenanteil in den kommunalen Gremien der Stadt- und Landkreise nimmt schon seit Jahren sukzessive ab und hat sich in den letzten Jahren und mit der letzten Kommunalwahl und Kreistagswahl noch verschlechtert.

Erfreulicherweise hat sich endlich eine Landesregierung dieses Themas angenommen. Die grün-rote Landesregierung hat das Kommunalwahlgesetz entsprechend verändert, sodass Männer und Frauen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags gleichermaßen berücksichtigt werden sollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Und diese Landesregierung entlässt die letzte Amtschefin!)

– Kollege Hauk, hören Sie einmal zu, wenn es um Frauenpolitik geht. Da können Sie noch viel lernen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Was meinen Sie wohl, was Sie lernen können? – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Änderung des Kommunalwahlgesetzes ist ein großer frauenpolitischer Erfolg und zeigt, dass die Landesregierung den Verfassungsauftrag in Artikel 3 des Grundgesetzes ernst nimmt:

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt

– aktiv –

auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

In den vergangenen Jahren haben wir die damalige schwarzgelbe Landesregierung immer wieder zum Handeln in dieser

Sache aufgefordert. Aber Sie haben sich immer dafür entschieden, nichts Effektives zu tun. Wir haben schöne Worte von Ihnen gehört, aber keine Taten gesehen. Ein politischer Wille, die politische Partizipation von Frauen maßgeblich zu erhöhen, war und ist bei Ihnen nicht erkennbar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Aus der Opposition heraus haben Sie nun im letzten Jahr, im Jahr 2012, das „Jahr der Frau“ ausgerufen. Sie wollen Frauen in den Fokus stellen.

Wir wollen auf die Straße gehen und ganz sensibel erspüren: Was treibt eigentlich Frauen um? ... Was sind die Themen der Frauen?

Das ist ein Zitat von einem der bedeutendsten CDU-Frauenpolitiker, nämlich vom Landesvorsitzenden Thomas Strobl, anlässlich der Pressekonferenz zu „Frauen im Fokus“.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Guter Mann!)

Was die Frauen umtreibt, das konnte die CDU am letzten Wochenende bei der Wahl der Führung des CDU-Bezirksverbands Nordbaden sehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wie sensibel da vorgegangen worden ist, das konnte man auch sehen;

(Abg. Peter Hauk CDU: Wie hätten Sie es denn gemacht?)

allein schon die Kandidatur von Brigitte Schäuble gegen Peter Hauk wurde von manchen als Majestätsbeleidigung gesehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Vielleicht von Ihnen! So ein Quatsch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem Frau Schäuble bei der Wahl unterlegen ist, hat dies auch die Landtagsabgeordnete Katrin Schütz – immerhin Mitinitiatorin von „Frauen im Fokus“ und im Vorstand der Frauenunion – so kommentiert: „Schade, dass eine historische Chance nicht genutzt wurde.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Historische Chance weg! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wird in die Geschichtsbücher eingehen!)

Der CDU-Abgeordnete Rech kommentiert: „Demokratie lebt vom Wandel, auch vom personellen Wandel.“ Ich meine, wo der Mann recht hat, hat er recht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

Daraufhin, lieber Kollege Hauk, erwidern Sie – ich zitiere –:

Die Frauen-Union ist aufgefordert, nicht nur Personalideen zu bringen, sondern auch inhaltlich Punkte zu setzen. Politik für Frauen muss von Frauen kommen.

Da spricht der zweite große Frauenpolitiker der CDU. Ein sensibler Umgang mit diesem Thema sieht anders aus.

(Brigitte Lösch)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Der Satz „Politik für Frauen muss von Frauen kommen“ ist wirklich absurd und weltfremd und zeigt, dass Sie Ihr eigenes Projekt „Frauen im Fokus“ überhaupt nicht verstanden haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat es kaputtgemacht! – Abg. Peter Hauk CDU: Da gibt es nicht einmal Beifall bei den Grünen!)

– Das ist okay. Die haben es im Gegensatz zu Ihnen nämlich verstanden, Kollege Hauk.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie helfen Sie jetzt Freudenstadt?)

Der Gleichstellungsatlas zeigt auf, dass es noch viel zu tun gibt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: In der Tat!)

Wir nehmen diese Herausforderung an. Wir halten nicht nur schöne Sonntagsreden, sondern wir tun etwas. Wir erlassen Gesetze, wir haben das Kommunalwahlgesetz geändert – Stichwort „Paritätische Besetzung der Kommunalwahllisten“ –, und wir novellieren Gesetze wie beispielsweise das Chancengleichheitsgesetz. Hier steht noch ein weiteres wichtiges Thema an, nämlich die Verankerung der kommunalen Frauenbeauftragten. Seit Jahrzehnten kämpfen die Frauenbeauftragten dafür. Seit Jahrzehnten ist Baden-Württemberg das einzige Land, in dem Frauenbeauftragte noch nicht gesetzlich verankert sind. Das wird jetzt in Angriff genommen.

Das zeigt ganz deutlich: In der Frauenpolitik gibt es mehr zu tun, als schöne Worte zu sprechen und verbale Aufgeschlossenheit zu zeigen. Es gibt auch die Möglichkeit, Gesetze zu erlassen und die Herausforderungen anzunehmen. Und genau das tun wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Machen!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Gurr-Hirsch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt muss sich jemand zu mir setzen, damit ich nicht so allein bin!)

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Gleiche Chancen durch konkretes Handeln! Reden allein bringt Frauenpolitik nicht voran“ – Sie haben hierzu eine spannende Debatte versprochen, liebe Kollegin Lösch; ich habe Ihre Rede aber nicht als spannend wahrgenommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Konkrete Vorschläge haben Sie auch nicht gemacht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! – Zuruf: Wir handeln!)

Ehrlich gesagt, wusste ich wirklich nicht und weiß bis jetzt nicht, wie ich auf Ihren Debattenbeitrag reagieren soll. Soll

ich mich freuen, dass Ihnen die CDU so sehr am Herzen liegt, dass Sie ihr offensichtlich eine Plenardebatte widmen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Soll ich mich freuen, dass Sie sich Sorgen darüber machen, wer uns wählt und wer nicht? Nein, eigentlich habe ich die Antwort. Ich ärgere mich. Ich ärgere mich darüber, dass Sie wieder einmal die Frauen für Ihre parteipolitischen Zwecke instrumentalisiert haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Die Veranstaltung heißt – Sie merken es gar nicht – „Alle Monate wieder“, ähnlich wie das Weihnachtslied. Sie nehmen uns die kostbare Zeit, die wir besser für andere Debatten, die wichtig wären, verwendet hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ihre Debatte?)

Ich frage mich: Welchen Nutzen bringen Sie den Frauen im Land mit Ihrer Debatte? Welchen Nutzen haben Sie überhaupt in den letzten beiden Jahren, in denen Sie die Regierungsverantwortung trugen, den Frauen gebracht?

(Unruhe bei den Grünen)

Dabei hätten Sie viele Möglichkeiten. Sie stellen die Regierung des Landes. Sie sind verpflichtet, den Herausforderungen des Landes gerecht zu werden, und nicht, anderen schlaue Ratschläge zu erteilen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Wie in vielen anderen Politikfeldern haben Sie auch hier nicht kapier, dass Sie liefern müssen.

(Widerspruch bei den Grünen)

Grün-Rot gibt sich immer gern als Frauenversteh, aber Ihre gesamte Politik ist sehr, sehr ideologisch geprägt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr dünn!)

Nichts soll freiwillig geschehen – Sie haben es gerade am Ende Ihrer Rede angekündigt –; vielmehr bauen Sie auf Zwang, auf Verordnungen. Damit gehen Sie völlig an den Lebensrealitäten der Menschen in diesem Land vorbei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Verbote hier, Gebote da, und nun haben Sie Ihre Debatte auf diesen Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg gegründet, den ersten Atlas dieser Art, wie Sie schon in Ihrem Vorwort feststellten.

Ich habe mir den Gleichstellungsatlas angeschaut. Ich muss ehrlich sagen: Er ist enttäuschend. Er ist eine Aneinanderreihung von Statistiken, die im Übrigen schon alle Gegenstand von Debatten waren. Wir wissen um die unerträglichen Defizite in der Kommunalpolitik hinsichtlich der Frauen. Wir wis-

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

sen auch um die Lohnungleichheit. Wir wissen auch, dass über 80 % der Lehrerschaft weiblich sind. Dass es im Main-Tauber-Kreis gut aussieht und dort mehr Männer als Frauen in der Werkrealschule sind, ist ein Pluspunkt für den ländlichen Raum.

Aber im Gleichstellungsatlas stellen Sie keine Fragen und geben schon gar keine Antworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wir waren auf Ihre Lösungsoptionen sehr gespannt. Wir haben uns entlang des Wahlergebnisses – das gestehe ich gern zu – Fragen gestellt, und wir haben Antworten gegeben, und zwar in einem gleichstellungspolitischen Papier, das wir Ende letzten Jahres herausgegeben haben.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich bin überzeugt davon, dass Sie bis jetzt noch keinen Blick hineingeworfen haben, wie Sie es auch sonst nicht tun, wenn wir in Papieren Optionen für Sie anbieten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollegin Gurr-Hirsch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein, ich möchte eine zweite Botschaft nennen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich sage Ihnen: Nicht nur in der CDU-Fraktion hat sich etwas bewegt, sondern auch in unserer Partei. Nicht ohne einen gewissen Stolz sagen wir Frauen, dass wir beim letzten Bundesparteitag einiges ins CDU-Wahlprogramm gebracht haben, so z. B. eine familienpolitische Komponente beim Thema Ehegattensplitting.

Es geht auch um das Thema Mütterrente, das unzureichend und nicht zufriedenstellend geregelt war,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie regieren doch! Das können Sie doch beschließen!)

weil nur die Mütter, die vor 1992 Kinder geboren hatten, ihre drei Punkte bekommen haben. Für die Mütter, die nach 1992 Kinder geboren haben, wollen wir das allmählich angleichen. Das sind wichtige Erfolge, die die CDU Baden-Württemberg auf Bundesebene errungen hat.

(Beifall bei der CDU)

Damit wir in Zukunft nicht ständig diese Debatten führen, schlage ich Ihnen vor:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ständig?)

Kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustür, und ändern Sie, was Sie in der Hand haben. Hören Sie endlich auf, über Dinge immer nur zu reden, und fangen Sie an zu handeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Eigentlich haben Sie das Ziel, damit aufzuhören, nur zu reden, mit dem Titel der Debatte selbst vorgegeben. Aber das war wohl an eine andere Adresse gerichtet.

Sie haben uns vorgeworfen, den Aufstieg von Frauen in Führungspositionen zu verhindern. Wie verhält es sich bei Ihnen hinsichtlich Frauen in Führungspositionen?

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Schauen Sie sich das Kabinett an!)

– Ja, der Frauenanteil im Kabinett schrumpft. – Schauen Sie wirklich einmal, wie es bei Ihnen konkret aussieht.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Gut sieht es aus, Frau Gurr-Hirsch!)

Nach zwei Jahren Regierungsverantwortung kann man sagen, dass Sie in dieser Zeit einige Besetzungen vornehmen mussten. Schauen wir uns einmal die Spitze an. Die Zentralstellenleiter: bis auf eine Ausnahme alle männlich. Ihre Pressesprecher – die meisten in diesem Genre des Journalismus sind ja weiblich –: bis auf eine Ausnahme alles Männer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Ihre Ministerialdirektoren und -direktorinnen: Bis gestern waren darunter drei Frauen, heute sind es noch zwei.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Frau Ruep hat man kurzerhand in den Ruhestand versetzt. Das ist Frauenpolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ihr Nachfolger: ein Mann. Jetzt sind von zwölf MD-Posten in elf Ministerien zwei mit Frauen besetzt.

Es war die Position als Vorstand bei Rothaus zu besetzen. Ich habe vorgeschlagen: Nehmen Sie eine Frau. Es gibt genug Braumeisterinnen. Was habt ihr gemacht? Einen Mann genommen.

Der neue Schulpräsident in Freiburg – über 80 % der Lehrerschaft sind weiblich –: ein Mann.

Auch der neue, designierte Generalstaatsanwalt wird ein Mann sein.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Die Regierungspräsidenten Karlsruhe und Freiburg?)

Bei der Polizeireform gibt es die sogenannten Projektbeauftragten, die ja designierte Präsidenten sind. Allesamt Männer. Bei uns waren es dereinst immerhin zwei Frauen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Günstlingswirtschaft!)

Wie ist es bei Ihnen im Kabinett? Selbstverständlich: Herr Ministerpräsident: ein Mann. Sein Stellvertreter: ein Mann. Nachbesetzung der Position von Frau Gabriele Warminski-Leitheußer, die von ihrer eigenen Fraktion förmlich aus dem Amt getrieben wurde:

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eine Män-
nin!)

ein Mann, ein sympathischer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Hinausgelobt!)

Kommen wir auf Ihre Gesetze zu sprechen. Was haben Sie auf
Gesetzesebene geleistet?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, die Kol-
legin Gurr-Hirsch hat das Wort.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der Landesfrauenrat
Baden-Württemberg hat Sie vor Kurzem aufgefordert, das im
Frühjahr 2012 eingeleitete Verfahren zur Novellierung des
Chancengleichheitsgesetzes zu beschleunigen. Umsetzung bis
jetzt Fehlanzeige. Sie haben es angekündigt. Der Beleg für Ih-
re Untätigkeit wird doch von Ihnen selbst geliefert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Beim Kommunalwahlrecht sind Sie als großer Tiger gesprun-
gen und als Bettvorleger gelandet,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

weil Sie die Realitäten aufgrund der Verfassung erkennen
mussten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Blutgrätsche der
SPD! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Selbst die-
se Änderung ist Ihnen noch zu viel!)

Ich verweise noch auf die Pressemitteilung des Frauenminis-
teriums von Frau Altpeter, aus dem der Gleichstellungsatlas
kommt, anlässlich der Bilanz zwei Jahre nach der Landtags-
wahl. In dieser Pressemitteilung ist nicht einmal eine Zwi-
schenüberschrift der Frauenpolitik gewidmet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Nun mal ehrlich: Wir wissen – das gestehe ich –, dass die
CDU bei der Frauenförderung wahrlich besser werden muss.
Aber wir brauchen diese Polemik nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Fakten, keine
Polemik!)

Liebe Kolleginnen, wir haben einen interfraktionellen „Früh-
stückskreis“, in dem wir vieles vorangebracht haben. Seien
Sie ehrlich: In über 30 Anträgen von der CDU zur Frauenpo-
litik, die konstruktiv waren, haben wir in den letzten beiden
Jahren sehr viel im Bereich Frauenpolitik angestoßen. Wir ha-
ben gemeinsam – auch die Opposition – z. B. Initiativen ge-
gen Zwangsprostitution getragen. Wir haben uns dem Thema
Prostitution und vielen anderen Themen in der Frauenpolitik,
bei denen es nicht rundläuft, gewidmet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zwangs-
ehe!)

Deswegen würde ich mir hier mehr Solidarität wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir verschließen also nicht
die Augen vor der Wahrheit, aber wir wollen eine konstruktive
Frauenpolitik, die auch von männlichen Entscheidungsträgern
ausgeht und nicht nur von Frauen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Widerspruch! – Gegen-
ruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Wider-
spruch!)

Dann ist den Frauen in Baden-Württemberg geholfen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von
der CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:
Prima, Friedlinde!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht die Kol-
legin Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen
und Kollegen! Chancengleichheit für Frauen und Männer, das
muss das Ziel einer modernen Gesellschaft sein. Es wurde
hierzu eine spannungsreiche Debatte angekündigt. Der Span-
nungsbogen ging jetzt leider etwas nach unten, weil von Ih-
nen, liebe Kollegin Gurr-Hirsch, Polemik hineingekommen
ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk
CDU: Unglaublich!)

„Die Hälfte der Macht den Frauen“ – das ist eine alte Forde-
rung – trifft von der Wortwahl her eigentlich nicht den Kern
dessen, was Frauen wollen. Frauen geht es nämlich nicht um
Macht, Frauen geht es vor allem um Teilhabe, und zwar um
gerechte Teilhabe.

Wie erreichen wir das? Wo liegen die Probleme? Was können
wir verändern? Wo trifft es Frauen stärker als Männer?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wahlrecht! Groß an-
gekündigt, nichts passiert!)

Man muss sehen: Wir reden hier von einem Gleichstellungs-
atlas. Es betrifft natürlich auch Männer. Man muss auch schau-
en, wo Männer benachteiligt sind. Wenn man sich die Statis-
tiken anschaut, wird man feststellen: In den meisten Fällen
sind es eben Frauen, die benachteiligt sind.

Eine Bestandsaufnahme, wie sie jetzt in dem Atlas vorgenom-
men wurde, hilft uns natürlich auch, politische Rahmenbedin-
gungen zu verändern und auch politisches Handeln zu erwir-
ken.

Wir haben vor einiger Zeit – ich glaube, im letzten Jahr – den
2. Atlas der Bundesregierung zur Gleichstellung von Frauen
und Männern in Deutschland zu lesen bekommen. Beide bis-
her vorgelegten Berichte der Bundesregierung haben uns die
vorhandenen Defizite vor Augen geführt. Vor allem gab es
auch klare Handlungsempfehlungen.

(Sabine Wölfe)

Nun haben wir auch in Baden-Württemberg einen solchen Atlas, der uns die regionalen Unterschiede vor Augen führt und uns damit auch die Chance gibt, zu schauen, wie man regional vielleicht das eine oder andere anders sehen kann. Denn wir stellen ein ganz deutliches Gefälle zwischen den Städten und dem ländlichen Raum fest.

Ich möchte mich ganz besonders bei Frau Ministerin Altpeter und ihrem Ministerium für diese Arbeit bedanken. Wir haben damit eine ausgezeichnete Arbeitsgrundlage bekommen. Ich hoffe, dass alle Fraktionen auf die Daten und die Befunde zurückgreifen, um entsprechend etwas zu tun.

Im Gegensatz zur jetzigen Bundesregierung, die trotz der klaren Handlungsempfehlungen beider Gleichstellungsberichte der Bundesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat und die Handlungsempfehlungen sogar weitestgehend komplett ignoriert hat, interessieren uns die Zahlen und Befunde sehr stark. Klar ist: Wir werden auf dieser Datenbasis auch handeln.

Über die Unterrepräsentanz von Frauen in Kreistagen und Gemeinderäten haben wir uns an dieser Stelle schon öfter ausgetauscht. Ich hatte immer den Eindruck, das Haus ist sich weitestgehend darin einig, dass wir hier mehr tun müssen. Es gibt allerdings unterschiedliche Auffassungen darüber, wie wir das angehen sollten. Während die Opposition „tolle“ Aktionen wie „Frauen im Fokus“ durchführt und sehr wortreiche Kommentare zur wichtigen Beteiligung von Frauen abgibt, lässt das reale Handeln doch leider zu wünschen übrig. Frau Kollegin Gurr-Hirsch, ich empfehle Ihnen, Ihre Handlungsempfehlungen, die Sie gerade ausgeführt haben – davon kann man ja einiges umsetzen –, einmal Ihrer Familienministerin nach Berlin zu schicken, denn noch regieren Sie ja dort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Sabine Kurtz CDU: Das wird auch so bleiben,
da wir eine Frau an der Spitze haben! – Zuruf des
Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Erst im März dieses Jahres hat sich die geschätzte Kollegin Gurr-Hirsch anlässlich eines SPD-Antrags hier im Plenum klar hinter unsere Forderung „Mehr Frauen in die Parlamente“ gestellt. Leider kann man aber auch hier wieder beobachten, dass dies eine Einzelmeinung ist. Denn wenn die CDU eine Chance hat, real zu handeln, läuft es eben doch anders.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Bei der Aufstellung der Landesliste zum Europaparlament – ich habe sie dabei – findet man unter 20 Kandidaten gerade einmal acht Frauen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben nicht einmal eine Landesliste!)

Unter den ersten elf Listenplätzen – – Das brauchen wir nicht. Wir haben das anders geregelt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben eine Bundesliste!)

Wir haben aber eine Spitzenkandidatin, die ganz klar wieder ins Parlament einziehen wird – im Gegensatz zu der Situation bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben eine Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Wir reden jetzt aber über die Liste für die Europawahl. Bleiben wir einmal beim Thema.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auf den ersten elf Plätzen findet sich dort eine einzige Frau; die anderen sieben Frauen tummeln sich irgendwo ganz hinten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Im Abseits halt!)

Aktuell hat die CDU in ihrer Fraktion im Europaparlament zwei Frauen aus Baden-Württemberg. Bleibt es auch nach der kommenden Wahl zum Europaparlament bei den derzeit sechs Sitzen für Abgeordnete aus Baden-Württemberg, dann wird sie nach dieser Liste ihren Frauenanteil halbiert haben. Sieht so die Umsetzung Ihrer Forderung „Mehr Frauen in die Parlamente“ aus? Das ist ja wohl zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zur Kandidatur von Frau Schäuble am letzten Samstag bei der CDU Nordbaden enthalte ich mich jeglichen Kommentars.

(Zurufe von der CDU: Das ist auch besser! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie waren ja auch gar nicht dabei!)

Die Zeitungen haben dazu schon genug geschrieben. Ich möchte aber meinen Respekt Frau Kollegin Schütz gegenüber aussprechen, die sich dabei sehr mutig für die Sache der Frauen eingesetzt hat, und ich weiß, dass auch Sie, Frau Gurr-Hirsch, eine Vorreiterin für die Sache der Frauen sind. Ich wünsche Ihnen beiden sowie auch den Frauen in der Frauenunion Stärke, um sich gegen diese Männerdominanz in der Partei durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

SPD und Grüne haben innerparteilich schon lange ihre Hausaufgaben gemacht. Auch die Landesregierung hat im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten durch die Sollregelung, bei der Listenaufstellung im Reißverschlussverfahren vorzugehen, einen ersten wichtigen Schritt getan. Denn es kann uns nicht zufriedenstellen, dass in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg durchschnittlich nur 22 % und in den Kreistagen nur 16 % Frauen sind.

Neben der Mandatsverteilung ist der vorliegende Atlas aber auch in einem weiteren Bereich höchst interessant: Was das Thema Bildung betrifft, wird wieder einmal bestätigt, dass prozentual mehr Frauen höhere Bildungsabschlüsse haben. Wir wissen aber, dass Frauen trotz der besseren Bildungsabschlüsse im Nachteil sind. Sie sind länger arbeitslos, sie sind insbesondere von Langzeitarbeitslosigkeit überproportional betroffen, sie sind bei den Minijobs vorn, sie sind beim Bezug von Grundsicherung vorn; sie sind in allen Bereichen, sie sind überall benachteiligt.

Wir haben vor allem etwas im Bereich der KITAS getan. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ganz wichtiges

(Sabine Wölfle)

Thema. Schauen wir uns einmal den neuesten Expertenbericht eines Instituts aus Mannheim an, der von Familienministerin Kristina Schröder unter dem Teppich gehalten wird. Darin steht, dass die finanzielle Förderung nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, sondern dass dies vielmehr durch die Strukturen bei den Kitas und bei der Ganztagsbetreuung geleistet wird. Das ist aktive Familienpolitik.

In Bezug auf den demografischen Wandel empfehle ich Ihnen einmal einen Blick nach Skandinavien. Dort wurde früh in Infrastruktur investiert, und dort gibt es heute kein demografisches Problem. So sieht aktive Familienpolitik aus.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dann machen Sie es doch!)

– Ja, das würden wir auch machen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie regieren doch!)

Schauen Sie sich unser Regierungsprogramm zur Bundestagswahl an.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie regieren doch im Land!)

– Wir regieren aber nicht in Berlin.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 6. März haben wir schon einmal – Frau Kollegin Wölfle hat dies auch erwähnt – eine Aktuelle Debatte, nämlich beantragt von der Fraktion der SPD, geführt. Anlass war damals der 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Die heutige Aktuelle Debatte wurde von den Grünen beantragt, Ausgangspunkt ist der erste Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern hier in Baden-Württemberg.

Frau Kollegin Lösch, ich habe Ihrer Rede aufmerksam zugehört und war dabei voller Spannung. Denn es heißt ja: Nicht nur reden, sondern konkret handeln. Ich war aber schon ein bisschen überrascht. Denn ich dachte, Sie hätten diesen Atlas intensiv studiert und würden jetzt konkrete Vorschläge dazu machen, wie wir in Zukunft die vier Teilbereiche, in die der Atlas gegliedert ist, angehen können. Ich bin aber etwas enttäuscht worden.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich bin nicht nur ein bisschen enttäuscht!)

Denn abgesehen von den Empfehlungen an die CDU kam nichts Konkretes zum Ausdruck.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU
– Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es geht um Chancengleichheit!)

Wenn Sie das, was Sie heute zum Kommunalwahrecht gesagt haben, vor der Wahl gesagt hätten, hätten Sie wahrscheinlich selbst nicht geglaubt, dass Sie das jetzt als Erfolg verkaufen.

Denn Ziel war es, ein Gesetz zu verabschieden, das eine paritätische Regelung vorsieht. Das war jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Das ist inzwischen erkannt worden. Nun ist man zu einer Empfehlung gekommen, der freiwillig gefolgt werden kann, was sicherlich positiv zu bewerten ist. Das ist aber nicht in dem Sinn, wie Sie es vor der Landtagswahl angedacht hatten.

In dieser Woche hat sich mir der Eindruck aufgedrängt, dass die Grünen reden und die SPD handelt, aber nicht im Sinne der Frauenpolitik. Die Kollegin Gurr-Hirsch ist bereits darauf eingegangen.

Angesichts der aktuellen Veränderungen im Kultusministerium sollte der Landtag im Hinblick auf die Quote neu eingestellter Frauen in Führungspositionen nicht unbedingt der freien Wirtschaft gegenüber Empfehlungen aussprechen. In dieser Hinsicht ist das Land nicht unbedingt ein Vorbild, sodass man sagen könnte: „Wir haben es gemacht, bitte macht es uns nach.“ Insofern stimmt Ihr Handeln nicht mit dem überein, was Sie vermitteln wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Der Atlas besteht aus den vier Teilbereichen Partizipation, schulische Bildung, Arbeit und Sicherung des Lebensunterhalts sowie Lebenswelt. In Bezug auf die Partizipation haben wir die Situation – das steht außer Frage –, dass Frauen in Kommunalparlamenten unterrepräsentiert sind. Im Jahr 2009 hatten wir bei der Wahl der Gemeinderäte einen Anteil an Kandidatinnen von knapp 29 %. 22 % der Gewählten waren weiblich. Bei den Kreistagswahlen 2009 waren 26,8 % der Aufgestellten weiblich, während 16 % der Gewählten weiblich waren.

Ich will auf eine Besonderheit hinweisen, durch die sich Baden-Württemberg auszeichnet und die uns im Landtag eine besondere Sorgfalt beim Umgang mit diesen Themen vorgibt. Dies betrifft die freien Wählervereinigungen. Hierzu gibt es eine Drucksache, in der das sehr deutlich dargestellt wird. 41 % aller Kandidatinnen und Kandidaten stammen von freien Wählervereinigungen, die nicht von einer Partei repräsentiert werden. Diese Kandidatinnen und Kandidaten treten nur deshalb an, weil sie sich für ihre Gemeinde engagieren wollen.

Wenn man darüber hinaus die kombinierten Listen berücksichtigt, machen die Listen der freien Wählervereinigungen mehr als die Hälfte aller Listen aus.

Deswegen ist es nicht ganz so einfach, dass wir gesetzliche Regelungen vorgeben, die in erster Linie freie Wählervereinigungen, deren Mitglieder sich ehrenamtlich engagieren wollen, treffen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Haußmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schneidewind-Hartnagel?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Gern.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Danke, Herr Haußmann. – Können Sie mir sagen, wie hoch der Frauenanteil bei den Listen der freien Wähler ist?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Bei den freien Wählervereinigungen sind etwa 24 % der Kandidaten, die zur Wahl zum Gemeinderat angetreten sind, weiblich. Das steht aber auch in der Drucksache. Wie viele Frauen gewählt worden sind, kann ich Ihnen jetzt aber nicht sagen. Das können wir nachher nachschauen.

Ich glaube, es gibt einige Punkte, bei denen man ansetzen könnte. Es gibt zahlreiche Projekte der Landeszentrale für politische Bildung. Es gibt Mentoringprojekte. In der Region Stuttgart gibt es den Verein „Politik mit Frauen“, der über 100 Mitglieder zählt und sehr aktiv ist.

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auch einmal etwas Konkretes ansprechen. Warum setzen Sie nicht einmal erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen prominent in Szene, indem diese eine Auszeichnung des Landes Baden-Württemberg bekommen? Das wäre eine Maßnahme, die Sie umsetzen können. Das ist auch nicht mit wahnsinnig viel Haushaltsvolumen verbunden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das machen wir doch schon lange! Das ist doch nichts Neues!)

Ich hätte mir gewünscht, dass so etwas von Ihnen gekommen wäre, Frau Lösch, dass Sie sagen: Jetzt wird nicht nur gesprochen, sondern jetzt geht es um konkrete Maßnahmen.

Für den Bereich der schulischen Bildung zeigt der Atlas, dass der Anteil der weiblichen Absolventen umso höher ist, je höher der Abschluss ist. Bei den Gymnasien liegt ihr Anteil inzwischen bei 56 %; 44 % sind Jungen. Wir haben – das geht aus dem Bundesatlas hervor – inzwischen erfreulicherweise einen Anteil von Juniorprofessorinnen von 37 %. Also auch dieser Anteil ist deutlich gestiegen. Bei den Promotionen liegt der Anteil inzwischen bei 42 %. Ich glaube, die Entwicklung geht in die richtige Richtung, und es bedarf einer weiteren Förderung in diesem Bereich.

Zum Bereich „Arbeit und Sicherung des Lebensunterhalts“: Frauen – das ist erkennbar – sind nach wie vor diejenigen, die die Hauptverantwortung für die Erziehung und Betreuung der Kinder übernehmen, und deshalb ist es ein wichtiger Schritt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechend zu unterstützen. Es wird ja immer wieder auf den Gender Pay Gap, also die Verdienstunterschiede, eingegangen. In Baden-Württemberg gibt es mit knapp 26 % eine der höchsten Abweichungen; dies resultiert aus vielen Ursachen: hoher Anteil von Teilzeitarbeit, Ausbildung und Qualifikation. Der sogenannte bereinigte Gender Pay Gap liegt bei 8 %; das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln geht von 4 bis 5 % aus.

Ich glaube, das sind die Differenzen, über die man reden muss. Man muss vorsichtig sein, diese Statistik immer wieder ins Feld zu führen; denn dann müsste man Frauen empfehlen, nach Rumänien oder Bulgarien zu gehen, weil in Rumänien der Gender Pay Gap bei 2,9 % und in Bulgarien bei 11,1 % liegt. Ich glaube aber nicht, dass die Lebensumstände dort deutlich besser sind. Insofern müssen wir, glaube ich, den bereinigten Gender Pay Gap inhaltlich diskutieren und zur Grundlage nehmen.

Beim Thema Lebenswelt werden in diesem Atlas auch Bereiche behandelt, die ebenfalls einmal wert wären, hier diskutiert zu werden. Ich nenne z. B. das Stichwort Männergesundheit und die Auswirkungen auf die Lebenserwartung.

Es sind aber auch die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten mit aufgeführt. Frau Lösch, Sie hatten es angesprochen. Vielleicht werden Sie noch etwas konkreter hinsichtlich dessen, was Sie vorhaben und wie es inzwischen aussieht. Bisher gibt es 43 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel lautet, Sie wollten es gesetzlich verankern. Das ist sicherlich ein Thema, bei dem man einmal erfahren sollte, wie Sie es umsetzen wollen. Das Ganze muss dann natürlich auch vom Land finanziert werden. Auch das wird sicherlich eine Herausforderung sein, die nicht zu unterschätzen ist.

Insofern können Sie, glaube ich, in der zweiten Runde durchaus noch einiges ansprechen. Ich wünsche mir, dass man da wirklich ins Konkrete geht und es nicht bei Angriffen und bei einem sorgenvollen Umgang mit den anderen Parteien belässt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung erteile ich Frau Sozialministerin Altpeter das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der erste Landesgleichstellungsatlas vom 14. Juni dieses Jahres zeigt deutlich: Baden-Württemberg hat in Sachen Gleichstellung noch großen Aufholbedarf. Um festzustellen, wie sich die Gleichstellung innerhalb von Baden-Württemberg darstellt, haben wir diesen ersten Landesgleichstellungsatlas erstellt. Der neue Gleichstellungsatlas zeigt die aktuellen politischen Handlungsfelder, aber auch die regionalen Unterschiede auf.

Konkret: Es wird auch sehr deutlich, an welchen Stellen die Vorgängerregierung geschlafen hat und nichts bewirkt hat. In diesem Zusammenhang finde ich es auch sehr erstaunlich, wie Sie sich hier hinstellen, um zu kritisieren, wie Zentralstellen und andere Positionen in Ministerien besetzt werden. Ich würde mir wünschen, dass Sie zunächst einmal vor Ihrer eigenen Tür kehren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben keine Zentralstellen!)

– Sie sind sowieso ruhig! Sie haben nicht einmal eine Frau in Ihrer Fraktion.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Entrüstung bei der Frau Ministerin!)

Bevor wir hier – –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie regt sich tierisch auf!)

– Ja, das ärgert mich wirklich, wenn man hier den großen Max gibt und der Landesregierung vorwirft, sie würde nicht genug tun,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist aber so!)

sie würde Männer bevorzugen usw. Ich kann nur jedem raten: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür.

(Ministerin Katrin Altpeter)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die einzigen Frauen, die ihr habt, mobbt ihr raus! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Systematisch! – Zurufe der Abg. Dr. Dietrich Birk CDU und Brigitte Lösch GRÜNE)

Schauen Sie sich an, wie Ihr Parteivorstand besetzt ist. Schauen Sie, wie Sie die Führungsfunktionen in Ihren Fraktionen besetzt haben, und schauen Sie –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie haben eine Ministerialdirektorin entlassen! Das haben wir nie gemacht!)

– Herr Birk, schauen Sie vor allem, wie Sie es mit Ihrer Offensive „Frauen im Fokus“ halten und wie erfolgreich diese ist. Deshalb würde ich mich wirklich zurückhalten.

Wir alle haben Nachholbedarf. Aber bevor man groß schreit –

(Zuruf: Bedauern Sie, dass Sie die Frauen entlassen haben? – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber Sie haben gar keine eingestellt! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben keine entlassen! Das war kein gutes Zeichen! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Die Sozialministerin hat das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Hinsichtlich des Gleichstellungsatlasses möchte ich noch einen weiteren Punkt ansprechen. Hier wird auch deutlich, wo die Bundesregierung keine oder die falschen Anreize setzt. Als Beispiel möchte ich das Betreuungsgeld anführen, das mit Sicherheit zu allem Möglichen beiträgt, aber nicht zur Gleichstellung von Männern und Frauen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Frauen im Orkus!)

In diesem Zusammenhang finde ich es beachtlich, wenn eine Bundesfrauenministerin sagt, sie könne ihr Ministeramt nicht mehr ausüben, ihr Mann aber gleichzeitig Staatssekretär bleiben kann, so er denn gewählt ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist eine ganz private Entscheidung von Frau Schröder! Wir mischen uns bei Ihnen auch nicht ein! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verdienst von Männern und Frauen bei vergleichbarer beruflicher Tätigkeit ist immer noch sehr unterschiedlich.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die bereinigte Lohnlücke beträgt zwischen 8 und 12 %. Das ist genau der Punkt, den wir mit politischen Maßnahmen bekämpfen müssen. So haben wir z. B. mit Initiativen im Bundesrat die Bundesregierung zu konkreten Lösungsvorschlägen, zum Handeln aufgefordert. Aber auch hier hat sich gezeigt, dass „Frauen im Fokus“ zwar sowohl im Land als auch

im Bund eine schöne Überschrift ist, das konkrete Handeln dann aber hintansteht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, bei allen Unterschieden in der Diskussion sind wir uns doch über eines einig: Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass Frauen stärker als bisher in der Politik vertreten sind.

Wenn wir uns nur hier in diesem Haus umschauchen, dann stellen wir fest, dass es hier gerade einmal 26 weibliche Abgeordnete gibt. Das entspricht 19 % der Abgeordneten. Daher sind wir alle gemeinsam von einer Gleichstellung noch weit entfernt. In den Gemeinderäten in Baden-Württemberg liegt der Frauenanteil bei 22 %, in den Kreistagen bei beschämenden 16 %. Auch wenn in Baden-Württemberg der Frauenanteil in den kommunalen Gremien in den letzten Jahren angestiegen ist, entspricht die Repräsentanz von Frauen in den Gemeinderäten und noch stärker in Kreistagen bei Weitem nicht ihrem Bevölkerungsanteil.

An dieser Stelle möchte ich nicht verhehlen – das ist kein Geheimnis –, dass ich mir verbindlichere Regelungen gewünscht hätte. SPD und Grüne, die Regierungsfractionen, haben sich freiwillig Pflichten auferlegt. Wenn Sie also etwas für Frauen tun wollen, dann wäre dies der erste Schritt, hier tätig zu werden. Dann wären auch bei Ihnen mehr Frauen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um den Frauenanteil zu erhöhen. Hierzu gehören auch Maßnahmen, um Frauen zu motivieren. Hierzu gehört aber auch, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu schaffen. Das werden wir mit der Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes tun. Denn uns geht es wirklich darum, in allen gesellschaftlichen und politischen Gremien die Repräsentanz von Frauen zu steigern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zwei Minuten Redezeit habe ich noch. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch drei kurze Bemerkungen von meiner Seite.

Erstens: Frau Kollegin Gurr-Hirsch, auch ich muss sagen: Ich bin enttäuscht über Ihre Rede, über Ihre Ausführungen zum Gleichstellungsatlas.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Oh! – Weitere Zurufe von der CDU)

Denn der Landesgleichstellungsatlas stellt keine Fragen und gibt keine Antworten – genauso wenig wie der Gleichstellungsatlas der Bundesregierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kein Atlas stellt Fragen!)

(Brigitte Lösch)

Das ist eine Bestandsaufnahme mit dem Ziel, Daten zu sammeln und auf dieser Grundlage dann Lösungen anzubieten. Das ist der Sinn jedes Gleichstellungsatlasses. Aber Sie haben gesagt, Sie seien enttäuscht, weil der Gleichstellungsatlas keine Fragen stelle und keine Antworten gebe. Das ist überhaupt nicht das Ziel. Es handelt sich vielmehr um eine Bestandsaufnahme, und wir reagieren darauf.

Wir haben, Kollege Haußmann, mit konkreten Maßnahmen reagiert. Sie haben als Erstes die Änderung des Kommunalwahlgesetzes angesprochen, in das wir eine Sollregelung aufgenommen haben. Sie haben recht: Es ist eine Sollregelung. Aber es ist ein erster Schritt. Wir werden bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr ganz genau feststellen, was sich verändert. Wenn sich nichts verändert – das haben wir immer gesagt –, werden wir genau den Schritt gehen, den die Franzosen beim Parité-Gesetz auch gegangen sind. Dann müssen wir über eine Verfassungsänderung nachdenken.

Das zweite Konkrete, was ich auch angesprochen habe und was die Frau Sozialministerin gerade ausgeführt hat, ist die Novellierung des Landeschancengleichheitsgesetzes. Dabei geht es um zwei Punkte: Das Erste ist die Verankerung der kommunalen Frauenbeauftragten, und das Zweite ist die Weiterentwicklung der Chancengleichheitspläne. Letztere haben auch zum Ziel, den Frauenanteil auf allen Ebenen – also nicht nur auf den unteren Ebenen, sondern auch im Bereich von Führungspositionen – zu erhöhen.

Vorhin hat die Kollegin Gurr-Hirsch zu Recht noch einmal die frauenpolitischen Erfolge aufgeführt, die Sie auf Bundesebene erstritten haben. Nach vielen Jahren der Streiterei ist die Quote ja tatsächlich in Ihr Wahlprogramm aufgenommen worden.

Jetzt kann ich es Ihnen aber leider nicht ersparen, noch den dritten großen CDU-Frauenpolitiker zu zitieren. Das ist in diesem Fall EU-Kommissar Günther Oettinger, der seine Kernkompetenz nicht bei der Endlagersuche und wahrscheinlich auch nicht bei dem Thema hat,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie werden sicherlich auch noch Ihre Kompetenzen finden, Frau Kollegin!
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

zu dem er mit Blick nach Berlin Ausführungen gemacht hat. Er sagte nämlich zu Frau Merkel, mit der Frauenquote und dem Mindestlohn stünden die falschen Themen auf der Tagesordnung. Das hat er nicht verstanden. Denn das sind eigentlich genau die Themen, die Frauenpolitik weiterbringen. Das sind die zwei Punkte, die enorm wichtig sind, um am Erwerbsleben, am Berufsleben und an der politischen Arbeit gleichberechtigt teilhaben zu können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

In diesem Sinn sage ich: Der Gleichstellungsatlas ist eine wichtige Basis, um die benötigten Informationen zu liefern. Sie können beruhigt sein: Wir werden nicht nur reden, sondern wir handeln entsprechend.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Mangelhafte Unterrichtsversorgung – mangelhafte Chancen für unsere Kinder – beantragt von der Fraktion der CDU

Die Gesamtredezeit beträgt 40 Minuten. Ich bitte unter Verweis auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, die Aussprache in freier Rede zu führen.

Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Protest gegen die Bildungspolitik der Landesregierung in Baden-Württemberg ist heftig. Heute, am 10. Juli, demonstriert in Stuttgart die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Sie hat in ihrer Ankündigung davon gesprochen, dass es konzeptlose Kürzungen auf dem Rücken der Kinder, der Jugendlichen und ihrer Lehrkräfte gebe und dass die Bildungspolitik der Landesregierung weiter die Überschrift trage: „Schafft die Schule ab – sie kostet nur Geld“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Tübingen demonstriert heute Abend der Philologenverband Baden-Württemberg mit der Arbeitsgemeinschaft Gymnasialer Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen unter der Überschrift „Stoppt den Bildungsabbruch!“, und am 29. Juni fand eine Großdemonstration u. a. der Lehrerverbände im Beamtenbund statt – auch gegen die Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung. Nach Veranstalterangaben waren es über 5 000 Beteiligte, nach Polizeiangaben über 3 000. Das ist egal; es sind ausreichend viele, um deutlich zu machen, dass es in Baden-Württemberg an Lehrerstellen fehlt und Ihre Kürzungen Bildungsabbruch bedeuten. Deshalb halten wir auch hier im Landtag fest: Die Unterrichtsversorgung, wie sie im Land von Ihnen gewährleistet wird, ist mangelhaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen auch einen neuen Ministerialdirektor, aber vor allem brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen, meine Damen und Herren. Sie werden auch Ihren eigenen Zielen nicht gerecht. Was haben Sie in der letzten Legislaturperiode für Sprüche gemacht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Unsinn!)

Im SPD-Wahlprogramm steht:

Wir werden zusätzliche Lehrkräfte einstellen,

(Zuruf von der CDU: Alles Lüge! Sprücheklopfferei!
Das ist einfach unglaublich!)

um die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

Im Koalitionsvertrag, den Sie, Herr Minister, im Schulausschuss immer so hochhalten, steht sinngemäß: Ausbau Ganztagschulen, Aufbau Gemeinschaftsschulen, sonderpädagogi-

(Volker Schebesta)

sche Förderung in Regelschulen; wir werden es aus den Ressourcen finanzieren, die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werden.

Was ist in der Halbzeit der Legislaturperiode mit dieser Finanzierung los? Nichts!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alle Lehrer sind da! Alle Lehrer sind da!)

Weil Sie alle frei werdenden Lehrerressourcen in den Lehrstellenabbau stecken und für die genannten Maßnahmen die Unterrichtsversorgung erhalten muss, meine Damen und Herren, sieht es an den Schulen so schlecht aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Für diese Situation haben Sie selbst gesorgt. Den Stein haben Sie selbst heiß gemacht, und jetzt versuchen Sie, mit falschen Entscheidungen – mit Tropfen auf diesen Stein – zu reagieren. Die Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents an allen Schularten, die Streichung der Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Haben wir nie gestrichen!)

die Streichung der Altersermäßigung, in der der Ministerpräsident keinen Sinn sieht, wie ihn der VBE zitiert – all das sind Maßnahmen, die Sie aufgrund Ihrer eigenen politischen Entscheidungen vornehmen müssen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Sehr gut!)

Der Ergänzungsbereich ist für die Unterrichtsversorgung eine Maßzahl.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es!)

Was findet an den Schulen über den Pflichtunterricht hinaus statt? Der Unterricht im Ergänzungsbereich ist vom Schuljahr 2010/2011 zum Schuljahr 2012/2013, in Ihrer Verantwortung, innerhalb von zwei Jahren an den Grund-, Werkreal- und Hauptschulen schon auf nur noch rund die Hälfte gesunken, an den Realschulen auf zwei Drittel. Das sind die Zahlen, Frau Boser.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es!)

Im nächsten Schuljahr gehen viele Schulen in vielen Schulamtsbezirken davon aus, dass sie im Ergänzungsbereich schlicht und einfach null haben werden, und die Initiative „Schule mit Zukunft“ spricht davon, dass einige Schulleitungen davon ausgehen, dass der Anteil der Unterrichtsversorgung im Bereich Pflichtunterricht lediglich 95 % beträgt. Was mich daran aber am meisten bekümmert – jetzt kommen wir dazu, dass mangelhafte Unterrichtsversorgung eben mangelhafte Chancen für die Kinder in unserem Land bedeutet –: Viele von Ihnen reden so, als ob man den Ergänzungsbereich als Kür sehen könne und der Pflichtunterricht schon ausreiche, alles andere sei verzichtbar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Was ist aber mit dem Ergänzungsbereich? Arbeitsgemeinschaften, Chöre, Theater – das, was ganzheitliche Bildung ausmacht, streichen Sie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Ferner streichen Sie Stunden zur Förderung bei Lese- und Rechtschreibschwäche. Dadurch wird in Baden-Württemberg der soziale Aufstieg über Bildung gefährdet. Sie können mit allen Ihren anderen Vorstellungen von Schulstrukturen nicht mehr reparieren, was Sie mit diesen Maßnahmen kaputt machen,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! Bravo!)

völlig unabhängig davon, ob das taugliche Instrumente sind, die Sie für die Maßnahmen zum sozialen Aufstieg vorsehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darüber reden wir ein anderes Mal!)

Deshalb ist im Land die Enttäuschung über Ihre Bildungspolitik so groß. Herr Minister, wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich da auf die Hinterbeine stellen. Zeigen Sie den Schulen, dass Sie die Situation an den Schulen, die immer schwieriger wird, zur Kenntnis nehmen, dass Sie wissen, wie es dort aussieht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hat er schon!)

und dass Sie nicht aus politischen Gründen die Situation nur schönreden. Treten Sie gegenüber dem Ministerpräsidenten mit Nachdruck auf. Er wird heute in der Zeitung zitiert mit der Aussage: „An der Streichung von 11 600 Lehrerstellen wird nicht gerüttelt.“ Sagen Sie ihm: Wenn gute Bildung durch diese Entscheidung verhindert wird, muss sie auf den Prüfstand gestellt werden.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das sind doch Ihre unfinanzierten Deputate! Ihre!)

Das erwarten wir von Ihnen als Kultusminister dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

So, wie es jetzt läuft, gefährden Sie die Zukunft der Kinder.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Sie bekommen heute von uns in der Bezeichnung dieser Aktuellen Debatte am Schuljahresende zweimal die Note „mangelhaft“; das ist eine Fünf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ungenügend! – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Wenn Sie so weitermachen, werden Sie zur Landtagswahl die Note „ungenügend“, eine Sechs, bekommen.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Boser.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt das Maschinengewehr! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nichts verschönern! So, wie es ist, sagst du es!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Immer. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg hat derzeit das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis, das es in Deutschland und in Baden-Württemberg jemals gab.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine der Altlasten! – Gegenrufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Erb-last? – Zuruf: Noch! – Zuruf von der CDU: Warum?)

Lag die Relation im Jahr 2000 noch bei 1 : 17,7, lag sie im Jahr 2011 bei 1 : 14,2.

(Abg. Volker Schebesta CDU: 2011! – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Jetzt ist mal gut! – Zuruf: CDU-Regierung!)

Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Lehrerstellen um 8 % angestiegen, während die Schülerzahl um 10 % zurückging. Unsere bildungspolitischen Investitionen sind in Zeiten von Einspardiskussionen an allen Orten größer, als sie während Ihrer Regierungszeit waren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir haben die Zahl der Poolstunden an den Gymnasien erhöht; Sie haben sie gestrichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie bitte? So ein Quatsch!)

Wir haben erstmalig Poolstunden an den Realschulen eingeführt. Wir haben die Einführung der Kompetenzanalyse Profil AC an den Realschulen vorgenommen. Wir stellen eine Stunde für die Kooperation der Kindergärten mit den Grundschulen zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir haben die Ganztagsschulangebote ausgebaut.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind die Besten! Deshalb gibt es auch so viele Demonstrationen!)

Wir haben, um eine bessere Versorgung mit Lehrern zu gewährleisten, die Krankheitsvertretungsstellen

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

um 200 Lehrerstellen pro Jahr erhöht, damit wir endlich auf einen Durchschnitt von 2,5 % kommen, wie es auch bundesweit der Fall ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die demonstrierenden Eltern freuen sich auf Ihr Grußwort heute Abend! Die

Wahrheit ist unangenehm, Frau Kollegin! – Weitere Zurufe – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Hört doch mal zu! Männer!)

Während Ihrer Regierungszeit lag er bei 1,5 %.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir tun etwas, um die Versorgung mit Lehrern zu verbessern. Wir haben in den vergangenen Jahren keine einzige Lehrerstelle eingespart, meine Damen und Herren.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Riesenunzufriedenheit überall im Land!)

Wir haben die Kürzung um 711 Lehrerstellen, die Sie für das Jahr 2011 angedacht hatten, im Jahr 2011 zurückgenommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nicht wir haben in den vergangenen Jahren daran gedacht, Lehrerstellen einzusparen, sondern Sie. Allein aufgrund dieser Zahl müsste die Lehrerversorgung

(Abg. Volker Schebesta CDU: Müsste!)

und müsste die Zufriedenheit an den Schulen in Baden-Württemberg so groß und so gut wie noch nie sein.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist nicht so! So etwas Dummes! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die sind alle undankbar!)

Aber unsere Investitionen in den vergangenen Jahren im Bildungsbereich scheinen oftmals zu verpuffen. Das wird vor Ort auch so empfunden, weil noch viele Punkte umgesetzt werden müssen, die Sie, die jetzige Opposition, in den vergangenen Jahren nicht umsetzen wollten. Da muss man einmal die Tatsachen betrachten. Beispielsweise sind Sie beim Thema Inklusion doch nie über die Modellregionen hinausgekommen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber Sie! – Abg. Peter Hauk CDU: Und bei Ihnen ist doch Fehlanzeige!)

Selbst in den Modellregionen hat man sich immer beschwert, dass die Modellregionen nicht gut genug ausgestattet waren, um die Inklusion umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Beim Thema Ganztagschulausbau ist Baden-Württemberg immer noch im hinteren Bereich, aber nicht weil wir seit zwei Jahren regieren, sondern weil Sie in den 50 Jahren zuvor untätig waren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Genau! So ist es!)

Es ist Ihr gutes Recht, dass Sie jetzt aus der Opposition heraus all das anmahnen, was wir in den nächsten Jahren noch machen sollen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was Sie lassen sollen!)

(Sandra Boser)

Aber das zeigt doch auch, was Sie alles versäumt haben, Herr Röhm.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: So viel zum Schüler-Lehrer-Verhältnis! Das ist das Thema!)

Sie können beruhigt sein: Wir wollen diese Punkte weiter schrittweise umsetzen. Aber das ist erst dann möglich, wenn wir unser Bildungssystem auch nachhaltig aufgebaut haben. Das hat Sie in den letzten Jahren doch nicht interessiert. Sie haben Ihre Bildungsinvestitionen immer auf Pump vorgenommen

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

oder nur bis zu einem bestimmten Jahr durchfinanziert. Sie haben keinerlei Nachhaltigkeit im Bildungshaushalt walten lassen.

Die Auswirkungen Ihres Handelns all die Jahre zuvor spüren wir jetzt im Haushalt. Deshalb müssen wir die 11 600 Lehrerstellen abbauen, die Sie in den Jahren zuvor auf Pump im Bildungssystem aufgebaut haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten noch mehr!)

Wir sehen ganz klar, dass wir uns dieses Handeln auf Dauer nicht leisten können. Dies geht zulasten der kommenden Generationen, und wir müssen bis 2020 dafür sorgen, dass die Schuldenbremse eingehalten wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: 3 Milliarden € Neuverschuldung!)

Wir sehen daher wirklich die Notwendigkeit, dass wir die Ressourcen, die im Bildungsbereich vorhanden sind, nicht nur ausbauen, sondern damit effizient umgehen. Denn ein Mehr an Ressourcen – das haben die letzten Jahre gezeigt – bringt nicht ein Mehr an Qualität.

Nehmen wir beispielsweise die Entwicklung der Ergänzungsstunden, die Sie, Herr Schebesta, angeführt haben. Diese lagen 2007 bei den Haupt- und Werkrealschulen noch bei 77 000, und 2010 lagen sie bei 54 000. Da waren wir noch nicht an der Regierung, und schon damals hat dort sukzessive ein Abbau stattgefunden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für uns stellt das natürlich heute ein Problem dar, denn vieles, was eigentlich in den Pflichtbereich gehört, haben Sie immer als Kür walten lassen. Ich nenne die Förderangebote an den Grundschulen. Sie haben den Grundschulen in den vergangenen Jahren keinerlei Poolstunden zugutekommen lassen, damit diese Förderangebote ausgebaut werden können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber Sie haben doch diese Stunden gekappt, und in den nächsten Schuljahren haben wir sie nicht mehr!)

– Wir haben diese Stunden nicht gekappt. Wir haben das Problem der Lehrerversorgung deshalb, weil die Lehrer aufgrund der Dreigliedrigkeit in unserem Schulsystem nicht da ankommen, wo sie ankommen sollten. Wir haben keine Lehrerstel-

len gekappt, Herr Schebesta. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben bereits Punkte, die bisher in Ihrer Kür – im Ergänzungsbereich – enthalten waren, in den Pflichtbereich hineingenommen. Beispielsweise war die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule bei Ihnen immer eine Kür; sie ist für uns eine Pflicht.

Das grundsätzliche Ziel einer guten Lehrerversorgung teilen wir vollumfänglich, aber wir brauchen in den kommenden Jahren andere Antworten, um mit unserem Bildungssystem nachhaltig umzugehen. Die Demografie und die veränderten Zahlen der Übergänge führen dazu, dass das Bildungssystem in seiner aktuellen Form nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Wir brauchen daher eine regionale Schulentwicklung, ein auf Dauer angelegtes Zweisäulenmodell, damit unsere Schulen pädagogisch gut aufgestellt sind und es ermöglicht wird, mit den vorhandenen Stellen nachhaltig und zukunftsweisend umzugehen.

Da auch Sie das an jeder Stelle vehement fordern, gehe ich davon aus, dass Sie dem Gesetzentwurf dann auch zustimmen können, wenn wir das Gesetz zur regionalen Schulentwicklung im Parlament einbringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen ein gerechteres Bildungssystem, wir wollen eine gerechte Ressourcenverteilung, und wir brauchen auf Dauer Stabilität, Nachhaltigkeit und Sicherheit für unsere Schulen. Ich glaube, das funktioniert nur dann, wenn wir das Bildungssystem strukturell umbauen. Dann können wir es mit den Ressourcen, die jetzt im Bildungshaushalt vorhanden sind, die so gut sind wie nie zuvor, schaffen, die Zufriedenheit an den Schulen zu verbessern und weiter daran zu arbeiten, Ihre Versäumnisse der vergangenen Jahre auszuräumen, meine Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gutes Gelingen!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen ist auch im kommenden Schuljahr höchst gefährdet.

An beruflichen Schulen droht ein massiver Unterrichtsausfall. An den allgemeinbildenden Schulen gibt es kaum Spielräume für Arbeitsgemeinschaften und individuelle Förderung. – Ich warte auf eine Reaktion von der rechten Seite des Hauses. Haben Sie die Zitate wiedererkannt? Diese Zitate stammen aus dem Herbst 2010. Zum Nachlesen: BLV-Presseinformation 4/2010 oder ein Bericht aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 2. September 2010. Meine Damen und Herren der Opposition, diese Zitate sind ein Beleg für Ihre miserable Abschlussbilanz in Sachen Unterrichtsversorgung.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war doch gerade eben ganz anders! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist jetzt blöd gelaufen!)

Sie haben uns weitere faule Eier hinterlassen. Frau Boser hat das schon aufgezählt;

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schizophrene Denke in der Regierung!)

ich kann es abkürzen: 711 Lehrerstellen gestrichen, parallel auf den historisch niedrigsten Stand überhaupt die Krankheitsvertretung heruntergefahren, nämlich auf 1,5 %. Sie haben diese Krankheitsvertretungsstellen sogar als letzten Akt kurz vor dem Regierungswechsel noch einmal um 2,8 % gekürzt, und damit sind wir sehr weit weg vom Bundesdurchschnitt.

Dagegen hat Rot-Grün tatsächlich sofort gehandelt. Wir haben um 200 Stellen aufgestockt.

(Zuruf von der CDU: Reden wir doch mal über heute!)

Wir wollen bis 2016 zumindest im Bundesdurchschnitt liegen. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen in der Tat Fortschritte bei der Unterrichtsversorgung erreicht. Nehmen wir einmal das Paradebeispiel berufliche Schulen. Mit einem Ausfall in der Unterrichtsversorgung von 2,6 % in diesem Schuljahr befinden wir uns auf einem historisch niedrigen Niveau.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja!)

Oder ich zitiere einen Schulleiter aus Mannheim:

Noch nie war die Unterrichtsversorgung an unserer Schule so gut wie in diesem Schuljahr.

Das sind die Erfolge unserer Regierungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Volker Schebesta CDU)

Herr Schebesta, Sie reden von der Halbzeitbilanz; wir können uns da in der Tat sehen lassen. Und als Ergänzung der Ausführungen der Kollegin Boser: Wir haben mittlerweile über 1 Milliarde € in die Bildung gesteckt; davon fließen über 580 Millionen € in die schulische Bildung. Wir haben die Schulsozialarbeit ausgebaut. Wir haben den Bildungshaushalt durchfinanziert. Wir haben den Einsatz der Pädagogischen Assistenten entfristet. Wir haben die Privatschulförderung deutlich erhöht. Im Bereich der beruflichen Bildung haben wir die in der Enquetekommission formulierten Maßnahmen fortgeführt. Wir haben G 9 ermöglicht. Wir haben Poolstunden eingeführt. Neuerdings haben wir ein Sonderprogramm zur individuellen Förderung ins Leben gerufen, und wir haben – das ist der wesentliche Unterschied zu Ihnen – pädagogisches Innovationspotenzial freigesetzt, und zwar mit der Gemeinschaftsschule;

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ja! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zum letzten Mal G 9! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

darauf sind wir stolz. Die Pädagogik ist auf dem neusten Stand. – Dass sich die CDU darüber aufregt, ist hier auch bezeichnend.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darüber reden wir demnächst noch einmal!)

Die Pädagogik ist methodisch spannend und stellt ein zentrales Mittel dar, um vor allem unser Bildungssystem gerechter zu machen.

(Unruhe)

Zur Erinnerung: Sie haben uns ein Bildungssystem hinterlassen, in dem in jedem Elternhaushalt durchschnittlich 131 € im Monat für Nachhilfe ausgegeben werden. Damit liegt Baden-Württemberg an der Spitze. Sie haben ein Geldbeutelbildungsland geschaffen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Herr Röhm, bevor Sie sich aufregen, geben Sie mir vielleicht einmal eine Antwort, und stellen Sie Ihre große Linie in der Bildungspolitik dar. Sie bekämpfen Gemeinschaftsschulen,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Dagegen!)

während Ihre Kanzlerin eine Gemeinschaftsschule mit dem Deutschen Schulpreis auszeichnet. Sie bekämpfen die Gemeinschaftsschule, während 30 von 114 Anträgen aus Gemeinden kommen, die CDU-geführte Gemeinderäte haben. Herr Hauk spricht am 13. Juni von einem Einsäulensystem, während Kollege Wacker jede Neuausrichtung im Schulsystem massiv bekämpft. Was wollen Sie eigentlich? Sie bekämpfen Aufstiegschancen und Modernität, und Sie bekämpfen Bildungsgerechtigkeit. Ich fordere Sie auf: Beenden Sie endlich Ihre ideologische Blockadepolitik in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen haben Sie die Visionäre entlassen!)

Da das pädagogische Prinzip Wiederholung manchmal auch bei Ihnen, Herr Röhm, wirkt – hier ähnelt meine Rede dem Beitrag von Frau Boser –: Wo haben Sie denn die unbequemen Themen angepackt? Wie lange haben wir unter Ihnen auf die regionale Schulentwicklungsplanung warten müssen? 40 Jahre haben Sie doch überhaupt nichts gemacht,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Können Sie einmal zum Thema Unterrichtsversorgung reden?)

während diese Regierung und der Minister gehandelt haben und wir den Schulen und den Schulträgern ein Instrument an die Hand geben, um ihre Zukunft abzusichern und auf die Planung aufzusetzen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Röhm, heute Mittag finden dort draußen Demonstrationen statt, die nichts anderes darstellen als Demonstrationen gegen Sie, denn Sie haben uns die Haushaltslöcher hinterlassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen bei der CDU und FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Ich sage nur: Schwarz-gelbe Haushaltslöcher noch und nöcher!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

226 Millionen € ist der Fehlbetrag bei der Qualitätsoffensive Bildung. Sie hatten den Klassenteiler nur bis zum 31. Dezember letzten Jahres finanziert.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie lange wollen Sie das noch machen?)

– Bis Sie es verstanden haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

60 Millionen € beträgt die Deckungslücke bei den Pädagogischen Assistenten. 22 Millionen € lautet der Fehlbetrag für „Singen – Bewegen – Sprechen“.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

8 700 Lehrerstellen haben Sie gestrichen. Das haben Sie uns hinterlassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben einen Klassenteiler von 25 gefordert!)

Damit das klar ist: Sie sind die Ursache dieser Proteste. Sie sind die Lehman Brothers der Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Großartig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Verzweiflungstäter!)

– Ich freue mich über Ihre Zustimmung, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben einen hohen Unterhaltungswert! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was wir übrigens noch brauchen, ist Ihre Unterstützung aus Berlin.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bildungspolitik ist Ländersache!)

Wo sind denn die gesellschaftlichen Impulse? Die Regierung Schröder hat damals mit 400 Millionen € das Ganztagsausbauprogramm auf den Weg gebracht.

(Unruhe)

Wo ist Ihre Unterstützung in Sachen Ausbau der Ganztagsbetreuung? Wo ist Ihre Unterstützung in Sachen Inklusion? Sie verbrennen hingegen sogar Milliarden für Steuergeschenke – das haben wir nicht vergessen – an Hoteliers,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

und Sie verbrennen Milliarden für das Betreuungsgeld, Geld, das wir dringend hier vor Ort in unseren Schulen brauchen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haha! Das ist unwürdig! Wenn man nichts mehr hat, die ollen Kammellen herausholen!)

– Das zeigt nur deutlich auf, Frau Gurr-Hirsch, dass wir den Wechsel in Berlin dringend brauchen. Ich bin recht optimistisch, dass wir das noch hinbekommen werden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ja unglaublich! – Unruhe)

Ich fasse zusammen: Die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg wird gewährleistet, und wir kommen in diesem Kerngeschäft, das schwierig ist, Schritt für Schritt voran. Sie glänzen mit Chaos- und mit Panikpolitik. Wir allerdings sind auf dem Weg, Baden-Württemberg in Sachen Bildungsfragen durch Innovation, durch einen sanierten Bildungsetat und durch mehr Bildungsgerechtigkeit und Aufstiegschancen zu modernisieren. Das ist eine Bilanz, auf die wir richtig stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bravo! Ab in die Sommerpause!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Heimatstadt würde man nach einer solchen Rede „Narri, narro“ sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Der Zuhörer, der den Ausführungen meiner beiden Vorredner aufmerksam lauscht, stellt sich unwillkürlich die entscheidende Frage: Warum demonstrieren, wenn es um die Bildungspolitik und die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg wirklich so gut bestellt ist, wie Sie es gerade darzustellen versucht haben, heute in Stuttgart und in Tübingen die Eltern, die Lehrer und die Schüler gegen die grün-rote Bildungspolitik?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, Sie versuchen wieder einmal, Ihre seit zwei Jahren völlig verkorkste Bildungspolitik schönzufärben und den Menschen Sand in die Augen zu streuen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Fangen Sie mit Zahlen an!)

Man kann daraus nur eine Schlussfolgerung ziehen: Sie haben keinen blassen Schimmer, wie momentan die Stimmung in den baden-württembergischen Lehrerzimmern tatsächlich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb ist es dringend geboten – Herr Kollege Schebesta hat es auch schon getan –, Ihnen einmal Pressemitteilungen der Profis, der Lehrerverbände kundzutun. BLV-Magazin, 7. Mai, Überschrift:

Wenn Kultusminister Stoch Anrechnungen kürzen will, muss er sagen, was an außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule entfallen kann: „Wer die Arbeitszeit für außer-

(Dr. Timm Kern)

unterrichtliche Aufgaben reduziert, reduziert die Qualität der beruflichen Bildung

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und verständigt sich an den Bildungschancen unserer Jugend.“

Weiter heißt es dort:

Wer so rigoros streichen will, muss sagen, welche Leistungen der Schule zur Disposition stehen sollen: die Sicherheit der Chemie- oder Physikräume, die Funktionsfähigkeit der Werkstätten und Übungslabors, die Organisation von Auslandskontakten, die Zusammenarbeit von Berufsschule mit Ausbildungsbetrieben im Rahmen der Lernortkooperation oder das jetzt gerade aufgebaute Qualitätsmanagement?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dazu Schmiedel: „Alles Heulsusen“!)

Ich zitiere die Überschrift einer Presseinformation der GEW:

Nächste Demonstration für bessere Bildung: 10. Juli

– also heute –

„Schaffi die Schule ab, die kostet nur Geld!“ Schuljahr 13/14: Bildungspolitik mit dem Rasenmäher

Zitat von Doro Moritz:

Die Landesregierung hat zwei Jahre nach ihrem Start noch immer kein Konzept für die bildungspolitischen Ziele

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

und fährt stattdessen mit dem Rasenmäher durch die Schulen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dazu Schmiedel: „Alles Heulsusen“!)

Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern werden sich ab Herbst auf eine schlechtere Unterrichtsversorgung und die Streichung vieler Zusatzangebote einstellen müssen.

Der Philologenverband unterstützt ebenfalls die Elternproteste:

Streichung der Anrechnungsstunden für Hausaufgabenbetreuung und Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents gefährden die Bildung unserer Kinder! Streichung von 1 000 Lehrerstellen schränkt die Möglichkeiten zur individuellen Förderung ein!

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dazu Schmiedel: „Alles Heulsusen“! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Alles Heulsusen“!)

Weiter:

Der Kultusminister hüllt sich in Schweigen, wenn er gefragt wird, welche Tätigkeiten denn zum neuen Schuljahr angesichts der geplanten Kürzungen eingestellt werden sollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Minister, ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar – und zwar nicht nur ich, sondern auch die Lehrerverbände –, wenn Sie sich dazu äußern würden. Heute haben Sie die Chance, hier zu sagen, auf welche Tätigkeiten die Kolleginnen und Kollegen am Gymnasium verzichten sollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Die Zustimmung der Lehrerverbände zu Ihrer grün-roten Bildungspolitik beträgt nach nur zwei Jahren Regierungsverantwortung 0,0 % – und das ist noch aufgerundet.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der SPD: Narri, narro!)

Man könnte nun annehmen, dass Sie die Warnrufe aus der Praxis ernst nähmen. Doch weit gefehlt. Wie reagieren Sie? Sie reagieren mit Polemik, Ironie und Verharmlosung. Es wurde schon gesagt: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel nennt die baden-württembergischen Lehrerverbände Heulsusen. Herr Ministerpräsident Kretschmann meint, wenn nach der übereilten Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung nur 10 % aller Gymnasiasten in den fünften Klassen versetzungsgefährdet seien, sei das doch eine dramatische Verbesserung, denn früher seien ja 50 % sitzengeblieben. Ich finde das schon bemerkenswert.

Der neue Kultusminister Stoch bezeichnet die Anrechnungsstunden als – Zitat – „nice to have“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Meine Damen und Herren, so reagieren Politiker nur, wenn sie in der Bildungspolitik mit ihrem Latein völlig am Ende sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Anrechnungsstunden sind eben nicht „nice to have“, sondern sie sind für die Schulen von eminenter Bedeutung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Die Kürzungen im Entlastungsbereich gehen immer zulasten der Unterrichtsversorgung, des Schulangebots insgesamt. Die Kürzungen bei den Hausaufgabenbetreuungsstunden an den Gymnasien werden vor allem den Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern schaden. Sie lassen sich aber hier heute dafür feiern, dass Sie die Unterrichtsversorgung im Pflichtbereich scheinbar verbessert haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was heißt „scheinbar“?)

Sie schaffen das aber nur, weil Sie den Pflichtbereich gegen den Entlastungsbereich ausspielen. Das heißt, Sie nehmen den Schulen das Geld aus der linken Tasche weg und stecken es in die rechte Tasche, und dafür lassen Sie sich feiern.

Ihre Personalpolitik im Bildungsbereich ist und bleibt eine gigantische Fehlkalkulation, und sie ist im Übrigen auch eine Milchmädchenrechnung. Gehen wir noch einmal ganz kurz zurück: Zuerst kommt aus dem grünen Staatsministerium der unabgesprochene Vorstoß, dass 11 600 Lehrerstellen einge-

(Dr. Timm Kern)

spart werden müssten. Seither hechelt die SPD diesen Vorgaben hinterher

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und versucht, die schlimmsten Auswirkungen dieser Sparmaßnahmen abzumildern. Das geschieht nach dem eben beschriebenen Prinzip „Linke Tasche, rechte Tasche“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wie kommt der Ministerpräsident auf 11 600 Lehrerstellen? Ganz einfach: Er addiert die k.w.-Stellen und die Stellen der nicht vollzogenen Klassenteilersenkung

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der nicht finanzierten! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nicht finanzierten!)

und kommt schwups auf 11 600 Lehrerstellen, die seiner Meinung nach verzichtbar seien. Donnerwetter, das ist fantasievolle und einfallsreiche Bildungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Keine Ahnung! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich würde gern weitermachen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wie aber sähe nun – das ist die spannende Frage – eine seriöse, das heißt eine liberale Personalpolitik aus?

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Narri, narro!)

Verantwortliche Bildungspolitik würde in einem ersten Schritt die wichtigsten Bildungsvorhaben definieren. Anschließend würde man für diese Vorhaben ein Personalbedarfskonzept ermitteln und vorlegen. Erst danach würde man sich überlegen, ob und wie Einsparungen möglich wären.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Genau wie früher! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Andersherum!)

Grün-Rot geht aber genau umgekehrt vor: Par ordre du mufiti legt man fest, dass 11 600 Lehrerstellen wegfallen. Gleichzeitig versprechen Sie aber den Menschen in Baden-Württemberg eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Inklusion, Ausbau des Ganztagsbetriebs, kropfunnötige G-9-Modellschulen und eine flächendeckende Einrichtung kostspieliger Gemeinschaftsschulen. Weil Sie eben kein ordnungspolitisches Gesamtkonzept haben und folglich nicht alle Projekte unter einen Hut bekommen, hecheln Sie permanent zwischen Sparvorhaben und Wählerversprechen hin und her. Das ist das Gegenteil einer vernünftig geplanten Personalpolitik im Bildungsbereich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

An dieser Stelle kann man auch sagen, dass weiteres Unge mach droht. In der letzten Woche haben Sie mit Ihrem Abstimmungsverhalten im Bildungsausschuss deutlich gemacht, dass Sie die Abschaffung der Altersermäßigung für Lehrkräfte ausdrücklich nicht ausschließen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ihre Personalpolitik im Bildungsbereich ist durch zwei Eigenschaften gekennzeichnet. Erstens: Ihr Personalabbau im Lehrerbereich ist Kaffeesatzleserei. Die 11 600 Stellen sind durch keinerlei inhaltliche Vorgaben begründet. Jede IKEA-Anleitung ist übersichtlicher und durchdachter als Ihr Plan zum Lehrstellenabbau.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Stefan FulstBlei SPD)

Zweitens: Die grün-rote Bildungspolitik findet auf dem Rücken der baden-württembergischen Lehrer statt. Deshalb findet Ihre Bildungspolitik ein solch verheerendes Echo bei den Lehrerverbänden.

Es bleibt auch heute dabei: Die Menschen in Baden-Württemberg brauchen in der Bildungspolitik genau das Gegenteil von dem, was Grün-Rot macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: An der Realität vorbei! – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Kultusminister Stoch.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der ist ganz bleich! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dem liegt sein Ministerium noch im Magen!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Das glaube ich nicht.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich am Montag den Titel der Aktuellen Debatte gehört habe, habe ich mich

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gleich entschlossen, die Ministerialdirektorin zu feuern! – Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

ein wenig gewundert. Denn die Formulierung „Mangelhafte Unterrichtsversorgung – mangelhafte Chancen für unsere Kinder“ kann mit der derzeitigen Situation an unseren Schulen nichts zu tun haben. Ich werde Ihnen das auch begründen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben – Stand heute –, obgleich wir bereits seit einigen Jahren einen ganz erheblichen Rückgang der Schülerzahlen verzeichnen, noch keine einzige Lehrerstelle aus diesem System herausgenommen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Nur Stunden!)

(Minister Andreas Stoch)

Frau Kollegin Boser hat dies vorhin erwähnt, als sie die Lehrer-Schüler-Relation angesprochen hat, die heute so günstig ist wie noch nie.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber Stunden fehlen hinten und vorn!)

Wenn wir heute über punktuell auftretenden Unterrichtsausfall an Schulen reden,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Flächendeckend!)

dann sprechen wir darüber, dass wir in Bezug auf die Organisation dieses komplexen Systems Schule selbstverständlich noch immer Nachbesserungsbedarf haben. Denn wenn wir heute an einzelnen Schulen einen krankheitsbedingten Ausfall verzeichnen, müssen wir entsprechend reagieren. Das ist Aufgabe der Schulleitungen; diese müssen, beispielsweise bei kurzfristigen Erkrankungen, Lehrerinnen und Lehrer dazu einsetzen, die entstehenden Lücken über Mehrarbeit auszugleichen. Das ist in dieser komplexen Organisation etwas Selbstverständliches. Bei länger andauernden Erkrankungen gibt es die Möglichkeit, befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen, und zwar über die sogenannten Schöpfungsmittel, also über die Mittel, die im Haushalt genau zu diesem Zweck eingestellt sind. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit einer fest installierten Krankheitsvertretungsreserve.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn in diesen Bereichen in der Vergangenheit – ich sage es ganz deutlich – geschlumpt wurde und wir uns jetzt bemühen, hier eine möglichst verlässliche Planungsgröße herzustellen, dann sollten Sie dies nicht kritisieren, sondern sollten es loben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben von Ihnen eine fest installierte Krankheitsvertretungsreserve geerbt, die hier in Baden-Württemberg prozentual so niedrig war wie in keinem anderen Bundesland. Was heißt das? Das heißt, dass, wenn krankheitsbedingte Ausfälle durch eine Kollegin oder einen Kollegen ausgeglichen werden mussten, diese Kolleginnen und Kollegen hierzu sehr häufig nicht nur kurzzeitig, sondern auch längerfristig herangezogen werden mussten; sie mussten also Mehrarbeit leisten. Es ist kein Wunder, dass während Ihrer Regierungszeit, insbesondere seit 2007, die Überstundenbugwelle gerade an Gymnasien und beruflichen Schulen geradezu explosionsartig zugenommen hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätten wir die Stunden ausfallen lassen sollen?)

– Herr Kollege Röhm, um auf Ihren Zwischenruf einzugehen: Nein. Diese Stunden dürfen nicht ausfallen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Im Gegensatz zu heute ist früher nichts ausgefallen! Heute fällt viel aus!)

Aber man muss Vorsorge dafür treffen, dass dies nicht grundsätzlich oder schwerpunktmäßig über Mehrarbeit abgewickelt werden muss, sondern dass ausreichende Mittel vorhanden sind, um befristete Beschäftigungsverhältnisse zu organisieren, und dass auch die fest installierte Krankheitsvertretungsreserve zur Verfügung steht. Das sind die Instrumente, die vor-

rangig eingesetzt werden müssen, um die Situation zu regulieren. Andernfalls drohen Krankheitsfälle voll zulasten der an einer Schule tätigen Lehrerinnen und Lehrer zu gehen. Das ist für uns kein Konzept für die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was den Ergänzungsbereich angeht, so habe ich, Herr Kollege Dr. Kern, bereits in der vergangenen Woche im Schulausschuss versucht, Ihnen Folgendes zu erklären: Es besteht ein großer Unterschied zwischen dem Pflichtbereich, dem Ergänzungsbereich und dem sogenannten Entlastungskontingent mit den Anrechnungsstunden.

Herr Kollege Dr. Kern wirft gern einmal das Entlastungskontingent und den Ergänzungsbereich durcheinander. Wir haben im Jahr 2011 die von Ihnen bereits geplante Streichung von 711 Lehrerstellen rückgängig gemacht. Im vergangenen Jahr haben wir – obgleich aufgrund des Wegfalls von G 9 eine Reduzierung der Lehrerdeputate möglich gewesen wäre – diese Deputate im System belassen. Als Folge davon haben wir derzeit – Herr Kollege Schebesta, es stimmt einfach nicht, dass sich der Ergänzungsbereich in allen Schularten verschlechtert hat –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Stimmen die Zahlen, die ich vorgelesen habe? Die sind von Ihnen, aus dem Schulausschuss!)

beispielsweise an den Gymnasien eine deutliche Erhöhung des Ergänzungsbereichs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch konstatieren: Die im letzten Jahr im System belassenen Lehrerdeputate wurden dazu verwendet, u. a. an den Gymnasien die Überstundenbugwelle zurückzuführen und abzubauen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist auch sinnvoll!)

– Das ist auch aus meiner Sicht etwas sehr Sinnvolles. Es ist während Ihrer Regierungszeit aber nie passiert. In Ihrer Regierungszeit ist die Überstundenbugwelle vielmehr von Jahr zu Jahr deutlich angewachsen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da sind die Schülerzahlen aber nicht gesunken!)

Gerade an den beruflichen Schulen stellt dies eine große Belastung für die Kolleginnen und Kollegen dar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Throm?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ja, gern.

Abg. Alexander Throm CDU: Herr Minister Stoch, Sie haben von der Vorgängerregierung das Erbe übernommen, dass es im Ergänzungsbereich Förderunterricht bei Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie gab. Im Stadt- und Landkreis Heilbronn, aus dem ich komme, ist in diesem Schuljahr

(Alexander Throm)

an allen Grundschulen dieser Förderbereich weggefallen, und zwar ersatzlos.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist bitter!)

Sind Sie mit mir der Auffassung, dass dies gerade die Schwächsten der Schwachen trifft? Sind Sie mit mir der Auffassung, dass jemand, der in der Grundschule nicht richtig Lesen, Schreiben und Rechnen lernt, später keinen Anschluss mehr finden kann, auch nicht in der besten Gemeinschaftsschule?

Ich frage Sie vor diesem Hintergrund: Wird sich daran im nächsten Schuljahr etwas ändern? Gibt es wieder den entsprechenden Förderunterricht bei Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Sehr geehrter Herr Kollege Throm, ich bin Ihnen dankbar für diese Frage; denn damit sprechen Sie ein Problem an, das aus meiner Sicht dringend gelöst werden muss. Wenn Schülerinnen und Schüler – insbesondere in der Grundschule – besonderen Förderbedarf haben, müssen wir diesen eine besondere Förderung zukommen lassen. Deshalb sollten – Frau Kollegin Boser hat es bereits angedeutet – Maßnahmen wie z. B. die Förderung im Bereich der Lese-Rechtschreib-Schwäche nicht in den Ergänzungsbereich gedrängt werden, sondern das sollte originärer Bestandteil der Förderung an den Grundschulen sein.

Deswegen werden wir uns bemühen, für die individuelle, die Stärken und Schwächen berücksichtigende Förderung von Kindern in den nächsten Jahren entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir die heutige Situation und die Gründe für die Protestveranstaltungen analysieren, sollten wir nicht den derzeitigen Zustand an unseren Schulen schlechtreden; denn das entspricht nicht der Realität.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Natürlich aber müssen wir uns auch mit der Unterrichtsversorgung in den kommenden Jahren beschäftigen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wacker?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ich möchte jetzt gern meine Rede halten. Am Ende meiner Ausführungen werde ich Herrn Kollegen Wacker dann gern die Möglichkeit geben, eine Frage zu stellen. Wenn man alle einhalb Sätze unterbrochen wird, ist das irgendwie schwierig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ja!)

Im kommenden Schuljahr werden sich durch bildungspolitische Innovationen, durch Veränderungen des Bildungsangebots, durch den Ausbau des Angebots an den beruflichen Gymnasien usw. auch Schülerströme verändern. Auf diese

sich teilweise stark verändernden Schülerströme zu reagieren ist für die gesamte Schulverwaltung eine sehr fordernde und sehr komplexe Aufgabe, der wir auch gerecht werden wollen. Nachdem wir im Mai die Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr für die Schulen hatten, war klar, dass wir Bedarf haben, bestimmte Veränderungen vorzunehmen, insbesondere im Hinblick auf einen ansonsten drohenden Unterrichtsausfall an beruflichen Schulen und Gymnasien.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich innerhalb weniger Tage darauf reagiert habe. Wir haben veranlasst, dass wir für das kommende Schuljahr sowohl den beruflichen Schulen als auch den Gymnasien zusätzliche Lehrerstellen zuweisen können. Das Kontingent für Neueinstellungen insgesamt wird im kommenden Schuljahr sogar noch um einige Lehrerstellen größer sein als im vergangenen Jahr. Das heißt, trotz der Streichung von 1 000 Lehrerstellen werden wir mit Blick auf die Neueinstellungen die Zahlen des vergangenen Jahres erreichen und sogar leicht übertreffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden versuchen, auch an den beruflichen Schulen endlich das zu schaffen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Sie alle wissen, dass die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen in den vergangenen Jahren stets von einem strukturellen Defizit gekennzeichnet war. Es stellt mich nicht zufrieden, dass dieses strukturelle Defizit in den vergangenen Jahren immer im Bereich von 4 % bis 7 % lag. Durch eine Umsteuerung haben wir dieses Defizit im laufenden Schuljahr auf 2,6 % gesenkt. Das ist der niedrigste Stand des Unterrichtsausfalls an beruflichen Schulen seit Jahren.

Es darf uns aber nicht zufriedenstellen, wenn immer noch Unterricht ausfällt. An gewerblichen Schulen haben wir teilweise eine Situation, die immer noch einen zu hohen Ausfall nach sich zieht.

Deswegen haben wir sehr schnell reagiert. Es gibt deutliche Zeichen vonseiten der beruflichen Schulen und auch der Referentinnen und Referenten der Schulverwaltungen, dass die Einstellungssituation im kommenden Schuljahr so gut sein wird wie seit Jahren nicht mehr. Ich glaube, das ist eine Bestätigung unserer Politik, dass wir versuchen, die Lehrerstellen in diese teilweise prekären Bereiche zu lenken, in denen sie dringend benötigt werden, und dass wir gleichzeitig in den Bereichen, in denen wir sinnvolle Angebote im allgemeinbildenden Bereich anbieten müssen, die Voraussetzungen schaffen, dass dies möglich ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Abschließend möchte ich auf einen Sachverhalt eingehen, zu dem sich auch Herr Kollege Dr. Kern geäußert hat. Herr Dr. Kern, die Zahlen, die Sie genannt haben, eignen sich nicht dazu, die Politik der Landesregierung zu skandalisieren. Ganz im Gegenteil: Wenn wir im Haushalt 8 055 k.w.-Stellen, das heißt, Stellen, die Sie nicht auf Dauer finanziell hinterlegt haben, und außerdem eine nicht durchfinanzierte Qualitätsoffensive Bildung antreffen, durch die weitere 3 547 Lehrerstellen nur zeitlich befristet finanziert sind, dann macht das nach Adam Riese insgesamt 11 602 Lehrerstellen. Diese Zahl fällt also nicht vom Himmel und ist nicht willkürlich. Diese Zahl benennt lediglich den Sachverhalt, dass die Finanzierung die-

(Minister Andreas Stoch)

ser Lehrerstellen von Ihnen, von der Vorgängerregierung, nicht gesichert worden ist.

Auch die Senkung des Klassenteilers hätten Sie, wenn Sie es ernst gemeint hätten, finanziell auf Dauer eingeplant und nicht bis zum Stichtag 31. Dezember 2012. Mit Ihrer Politik – schauen wir uns das an – hatten Sie geplant, den Klassenteiler bis zum 31. Dezember 2012 zu senken und danach die Klassen wieder größer zu machen. Gehe ich da recht in meiner Annahme? Das scheint der Fall zu sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wo bleiben die Zwischenrufe? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Genossen wollten damals 25!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen möchte ich Ihnen eines sagen und auch versprechen: In der Bildungspolitik dieser Landesregierung wird die Qualität immer die Hauptrolle spielen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden es schaffen und aus meiner Sicht auch schaffen müssen, dass wir die Bildungsangebote in Baden-Württemberg auf die weniger werdenden Schülerinnen und Schüler bestmöglich zuschneiden. Dazu werden in den nächsten Jahren große Herausforderungen auf uns alle zukommen. Sie alle wissen, dass wegen des starken Rückgangs der Schülerzahlen eine Strukturveränderung unausweichlich ist. Ich lade Sie nochmals dazu ein, dass wir diese Strukturveränderung im Bildungssystem im Sinne dessen gemeinsam gestalten, dass wir für alle Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg in erreichbarer Nähe ein möglichst vielfältiges Bildungsangebot gestalten müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Verweigern Sie sich dem nicht, sondern unterstützen Sie uns in dieser riesengroßen Aufgabe, die in Baden-Württemberg, glaube ich, in der Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte kein Beispiel kennt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Darüber hinaus, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist es bitter notwendig, dass wir uns auch über weitere bildungspolitisch drängende Fragen insgesamt unterhalten und, so hoffe ich, auch einigen werden. Wir müssen gemeinsam das Thema Inklusion – ein Thema, das für unsere Schullandschaft bisher noch ein fremdes Thema ist – in unserer Bildungslandschaft verankern. Das werden die Bundesländer allein nicht schaffen. Deswegen hat die Kultusministerkonferenz auch ganz deutlich in Richtung Bund formuliert, dass wir hier zusätzliche Mittel brauchen, denn die Umsetzung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Inklusion gibt es nicht nur an den Schulen, aber an den Schulen wird das zu großen organisatorischen Herausforderungen führen, die wir gemeinsam schultern müssen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch nicht einmal ein Konzept!)

Gleiches gilt im Übrigen auch für den Ausbau der Ganztagschulen. Ich bin übrigens sehr dankbar, dass wir uns in der Analyse, dass der Ausbau der Ganztagsbetreuung ein sehr

wichtiges bildungspolitisches Instrument ist, einig sind und Sie da unsere Auffassung teilen. Ich lade Sie ein, dass wir auch diese Herausforderung gemeinsam meistern. Aber das werden wir nur dann schaffen, wenn wir auch die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch alle Gespräche abgelehnt!)

Da ist es von zentraler Bedeutung, auch den Bund an seine Verantwortung zu erinnern. Das heißt, wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass genügend Bundesmittel nach Baden-Württemberg gelangen, um diese Herausforderung gemeinsam bewältigen zu können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich. – Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, es liegen drei Fragen vor: Herr Kollege Wacker, Herr Kollege Glück und Herr Kollege Hauk wollen Fragen stellen.

Bitte schön, Herr Kollege Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Minister, ich habe eine Kurzintervention. Ich möchte darauf hinweisen, dass heute die Proteste der Lehrerverbände stattfinden. Die Lehrerverbände, Herr Minister, beschweren sich nicht nur über die mangelnde Unterrichtsversorgung, wie heute zu Recht thematisiert wird, sondern auch über das nicht mehr bestehende Vertrauensverhältnis zwischen dem Kultusministerium und den Lehrerverbänden, was ja mehrfach bewiesen wurde.

Im Kultusministerium gibt es ein sehr bewährtes System eines Beteiligungsverfahrens: Bei wichtigen Einschnitten können sich die Vertreter der Hauptpersonalvertretung äußern. Der Hauptpersonalrat hat sich zum allgemeinen Entlastungskontingent ganz klar positioniert, indem er die Streichung des allgemeinen Entlastungskontingents abgelehnt hat.

Dies hat dann bekanntermaßen zu einem Dissens geführt. Die Einigungsstelle – das wissen Sie – hat darüber einen abschließenden Spruch abgegeben, in welchem wiederum die Streichung des allgemeinen Entlastungskontingents

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kürzung, wenn schon, nicht Streichung!)

scharf kritisiert und abgelehnt wurde.

Herr Minister, ich frage Sie in aller Deutlichkeit: Wenn die Lehrerverbände protestieren und das mangelnde Vertrauensverhältnis zwischen Kultusministerium und ihren Beschäftigten ansprechen, wie kommen Sie dann dazu, diesen Beschluss der Einigungsstelle zurückzuweisen, ohne dass Ihnen persönlich eine schriftliche Begründung der Einigungsstelle vorgelegen hätte? Das ist meines Erachtens eine Ohrfeige für die Lehrerverbände. Deswegen braucht man sich nicht zu wundern, dass die Lehrerverbände am heutigen Tag in einer deutlichen Form diesen Unmut zur Geltung bringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Wacker, die Proteste, die Sie ansprechen, haben ganz unterschiedliche Motive. Wenn Sie die Ankündigungen lesen, sehen Sie: Dieser Punkt spielt möglicherweise auch eine Rolle; da spielen aber auch ganz andere Punkte eine Rolle. Wenn der Beamtenbund mobilisiert, dann spielt z. B. die Frage der Verschiebung der Besoldungserhöhung eine große Rolle – das haben Sie auch mitbekommen –, dann spielt die Frage der Eingangsbesoldung eine Rolle, dann spielen viele Punkte eine Rolle.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Dazu kommen wir gleich noch!)

Was das Vertrauen der Lehrerverbände anbelangt, kann ich Ihnen jede Sorge nehmen. Ich bin mit den Lehrerverbänden in gutem Kontakt. Ich werde Doro Moritz nachher fragen, ob das Vertrauen in irgendeiner Weise eingetrübt ist. Ich glaube, ich kann Ihnen dann mitteilen, dass dies nicht der Fall ist. Wir haben ein sehr gutes persönliches Verhältnis.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Heuluse“!)

Aber bei der Entscheidung über die Frage, ob dem Spruch der Einigungsstelle gefolgt wird oder nicht, hatte ich mich unter Abwägung aller Argumente dafür entschieden, es bei der Streichung zu belassen. Das habe ich vorhin bereits begründet. Es geht nicht um eine Streichung des Entlastungskontingents, sondern um eine Kürzung des Entlastungskontingents. Das ist mir – das habe ich hier auch schon gesagt – nicht leichtgefallen.

Herr Kollege Dr. Kern, ich habe auch nie gesagt, dass der Entlastungsbereich „nice to have“ sei. Ich habe lediglich gesagt, dass im Bereich des Entlastungskontingents, also in einem Budget, Dinge umgesetzt werden, die auch berücksichtigt werden müssen, wenn wir über die Frage der Haushaltskonsolidierung oder über Sparmaßnahmen sprechen, und dass geprüft werden muss, ob es dabei nicht Punkte gibt, die zwar erfreulich sind, wenn man sie machen kann, die also „nice to have“ sind –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Welche?)

– Ich habe von Anrechnungsstunden für die Ausgabe von Taschenrechnern gehört. Brauchen wir dafür Anrechnungsstunden?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Es gibt bestimmte Dinge, die als Teil der Kernbeschäftigung angesehen werden sollten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU)

Ich möchte mich abschließend noch kurz zur Frage des Kollegen Wacker äußern. Ich möchte es im Verhältnis einmal verdeutlichen: Die Kürzung im Entlastungskontingent hat einen Gegenwert von ca. 230 Deputaten. Vorhin bin ich auf die allgemeine Krankheitsvertretungsreserve eingegangen. Was bringt Ihnen ein fiktiv auf dem Papier stehendes Entlastungskontingent, wenn derselbe Kollege, der vom Entlastungskontingent profitiert, gleichzeitig – so, wie es bei Ihnen der Fall war –

seine Überstundenbugwelle weiter ausbaut? Ist es da nicht sinnvoller, erst einmal die Grundversorgung und damit die Unterrichtsversorgung zu sichern? Aus meiner Sicht ist das viel sinnvoller.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Minister, vorhin haben Sie von Lehrerstellen mit k.w.-Vermerk und von dem Automatismus, dass diese Stellen später auf jeden Fall wegfallen, gesprochen. Das hat Sie zu dem irrigen Gedanken verleitet, dass diese Stellen tatsächlich wegfallen würden und somit der Klassenteiler wieder nach oben gehen würde. Ist Ihnen bewusst, dass dieser Automatismus nicht besteht und dass eine Stelle, die mit einem k.w.-Vermerk versehen ist, nicht unbedingt eine Stelle ist, die tatsächlich gestrichen wird?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Glück, da müssen Sie besser zuhören. Ich habe von 8 055 k.w.-Stellen gesprochen, und anschließend habe ich von der Qualitätsoffensive Bildung gesprochen. Die Klassenteilersenkung wurde im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung entschieden. Das sind weitere 3 547 bis zum 31. Dezember 2012 finanzierte Stellen gewesen. Das heißt, ich habe die Klassenteilersenkung entgegen Ihrer Frage gerade nicht im Zusammenhang mit den k.w.-Stellen gebracht. Es tut mir leid, da haben Sie nicht aufgepasst.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Minister, Sie haben zwischen dem Status quo, dem jetzigen Schuljahr, und dem kommenden Schuljahr unterschieden. Zunächst einmal möchte ich auf das jetzige Schuljahr eingehen. Sie haben gesagt, die Situation, die ich beschrieben habe, habe mit der Schulwirklichkeit nichts zu tun. Der Kollege Dr. Fulst-Blei hat sogar eine Schulleiterin zitiert: „Noch nie war die Unterrichtsversorgung so gut wie in diesem Schuljahr.“

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: An beruflichen Schulen!)

Ich führe das jetzt nur an, weil Sie damit angefangen haben. Bei jeder zweiten Veranstaltung steht ein Schulleiter oder ein Lehrer auf und sagt: „Eigentlich habe ich mit der CDU nicht so viel am Hut.“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist wahr!)

Ich bin für die SPD, für die Grünen, die GEW ist mein Verband – aber so schlecht wie in diesem Schuljahr ist es in den letzten 15 Schuljahren nicht gewesen.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt schütteln Sie den Kopf. Es gibt nicht nur Veranstaltungen, bei denen Sie nicht dabei sind. Wir waren bei einer Podiumsdiskussion der Volkshochschule in Stuttgart, bei der genau das passiert ist, dass nämlich einer der Ihrigen uns gegen-

(Volker Schebesta)

über diese Aussage gemacht hat. Sie ist – das behaupte ich jetzt einfach aus den Rückmeldungen – bei Weitem nicht so singulär wie die Aussage aus Mannheim, die Sie, Herr Dr. Fulst-Blei, zitiert haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun zum kommenden Schuljahr: Da ist es schon interessant, dass Sie, Herr Minister, wortreich von den Umschichtungen, die Sie bewerkstelligt haben, gesprochen haben. Sie haben es allerdings nicht für nötig befunden, etwas zu den 1 000 Stellen zu sagen, die im nächsten Schuljahr abgebaut werden. Was soll das heißen? Soll ich den Grundschulen, bei denen, damit die Betroffenen dem Unterricht folgen können, eine frühe Förderung, eine Förderung bei Lese-Rechtschreib-Schwäche eine möglichst gute Grundlage für Bildung bedeutet, sagen: „Der Minister gibt euch den Rat: Haltet durch bis zu den beruflichen Schulen. Dann gibt er die Stunden, und es wird repariert, was vorher in die Binsen gegangen ist“? So kann es ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Das widerspricht auch dem, was Sie immer gesagt haben, nämlich dass Ihnen frühe Bildung wichtig sei.

Präsident Guido Wolf: Kollege Schebesta, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Volker Schebesta CDU: Ja.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Schebesta, dass ich die Frage stellen darf. – Ich habe in der letzten Woche erfahren, dass die CDU und die FDP/DVP beantragt haben, die Schuldenbremse bis 2016 zur Ausführung zu bringen. Sparen ist eine schwierige Angelegenheit. Das bekommen wir ja immer mit.

(Zuruf von der CDU: Guten Morgen!)

Wie sieht es eigentlich aus? Mit welchen Maßnahmen werden Sie die exorbitant höheren Sparauflagen bis 2016 dann erbringen? Werden Sie den Bildungsbereich davon ausklammern? Werden Sie nicht Lehrerstellen streichen? Sie haben heute ja auch Anträge vorgelegt, nach denen die Besoldungsanpassung zeitgleich zu dem Ergebnis im Tarifbereich umgesetzt werden soll.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Lehmann, Sie wissen schon, dass Sie regieren?)

Diese Frage stellt sich natürlich. Sie können doch nicht auf der einen Seite sagen: „Das, was ihr da macht, ist schlimm, ist schwierig“, und auf der anderen Seite noch viel mehr Geld ausgeben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Willi Stächele CDU: Am besten treten Sie ab! Wir zeigen es euch!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Lehmann, das, was Sie beschreiben und als schwierige Aufgabe darstellen, nennt sich Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Da sind Sie jetzt angekommen. Jetzt nehme ich einfach Ihre Frage und spreche die k.w.-Stellen und die Qualitätsoffensive Bildung an. In Oppositionszeiten haben Sie hier alle geschrien:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Mehr Lehrerstellen!

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Was haben wir gemacht? Wir haben den Vollzug der k.w.-Stellen geschoben, weil wir der Überzeugung waren, dass diese Prioritätensetzung für die Schülerinnen und Schüler in unserem Land richtig und wichtig ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Ulrich Lusche CDU und Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Unter Ihrer Regierungsverantwortung ist es so: Sie schieben nicht, Sie bauen ab.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU – Glocke des Präsidenten)

Qualitätsoffensive Bildung: Hätten Sie dasselbe gemacht wie wir,

(Zuruf von der SPD: Oje!)

dann hätten Sie die Steuermehreinnahmen im Jahr 2011, im Jahr 2012 für das laufende Schuljahr genommen,

(Abg. Willi Stächele CDU: Sehr gut!)

dann hätten Sie für kommende Schuljahre, in denen es wirtschaftlich schwierig werden könnte,

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Steuermehreinnahmen auf die Seite gelegt und hätten mehr Lehrerstellen finanzieren können, so wie wir das 2008 mit der Qualitätsoffensive Bildung gemacht haben. Die Maßnahme hat getragen – so lange, bis sich die Steuereinnahmen wieder verbessert haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Willi Stächele CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Das nennt man Regierungsverantwortung.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Lehmann versenkt!)

Deshalb sind das nicht „unsere“ Demonstrationen, Herr Dr. Fulst-Blei. Das ist ja lächerlich. Vielmehr sind es Ihre Entscheidungen, die zu diesen Demonstrationen geführt haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die Frage ist gar nicht beantwortet! – Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

(Volker Schebesta)

Zu den Themen Nachhilfe und Privatschulen, Herr Dr. Fulst-Blei, sage ich bis 2015/2016 nichts. Denn dann werden wir alle Ihre Reden aus der letzten Legislaturperiode auspacken, in denen gesagt worden ist: „Lasst uns in der Bildungspolitik regieren. Dann sinkt die Zahl der Nachhilfestunden, dann sinken im Privatschulbereich die Schülerzahlen in Relation zur Zahl der Schüler an den Schulen in der Trägerschaft der öffentlichen Hand.“

(Abg. Willi Stächele CDU: Sehr gut!)

Dann werden wir 2016 Bilanz ziehen. Bei dem, was sich abzeichnet, weiß ich, was dabei herauskommt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Ich komme noch auf einen Punkt, weil ich ihn auch wegen des Missverständnisses so nett fand, das bei Ihnen, Frau Boser, entstanden ist. Sie haben nämlich gesagt, Sie hätten keine Lehrerstellen gekappt, mit denen in den Grundschulen Maßnahmen möglich gewesen seien. Ich habe Ihnen in einem Zwischenruf gesagt: An den Grundschulen „gehabt“ – nicht „gekappt“, sondern „gehabt“. Das war ein bisschen Dialekt. In den Grundschulen hatten die Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit zur Förderung bei Lese-Rechtschreib-Schwäche, die Sie jetzt im Ergänzungsbereich streichen.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Den Schulen ist es doch völlig egal, ob dies im Pflicht- oder im Ergänzungsbereich stattfindet. Im Ergebnis ist die Frage: Findet es statt oder nicht?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau!)

Im nächsten Schuljahr findet es nicht statt.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das ist nicht gut für die Kinder in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bildungspoliti-
scher Offenbarungseid!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme jetzt einmal von Herrn Schebesta folgende Aussage mit: „In der Opposition kann man alles machen, und wenn wir regieren würden, würden wir es genauso machen wie ihr.“ Das kann ich dann auch für meine nächsten Veranstaltungen so verwenden; danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der
CDU)

Die Redebeiträge von der Opposition haben gezeigt, dass Sie überhaupt nichts verstanden haben. Die Problematik, die in diesem Schuljahr da war, geht einzig und allein darauf zurück, wie Sie uns das System hinterlassen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja! Ja! – Zurufe
von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Wir haben an diesem System, wie es bestanden hat, nichts geändert. Wir haben weiterhin die Küraufgaben, die Sie nicht als Pflichtaufgaben gesehen haben, im Ergänzungsbereich bei den Grundschulen. Wir haben die Lehrerstellen genau so im System, wie Sie sie uns hinterlassen haben.

Man muss doch ganz klar sehen: Wenn Sie das dreigliedrige Schulsystem weiterhin vorhalten wollen, wenn Sie keinerlei Schulzusammenschlüsse und Schulschließungen im ländlichen Raum vornehmen möchten, dann werden Sie auch in den nächsten Jahren das Problem haben, dass Sie die vorhandenen Lehrerstellen im System nicht ressourcenmäßig verteilen können, dass der Umfang des Ergänzungsbereichs in den kommenden Jahren weiter abnimmt – Sie wollen es ja nicht in den Pflichtbereich hineinnehmen; Sie sagen, es bleibe im Ergänzungsbereich der Grundschulen – und die Situation genau so fortgeführt wird, wie wir sie in diesem Jahr haben.

Die Eltern und Lehrer, die heute protestieren, protestieren aufgrund von Einsparmaßnahmen und aufgrund der Beamtenbesoldung. Diese Einsparmaßnahmen – da wiederhole ich mich gern – haben wir nicht beschlossen, weil wir sie toll fänden. Ich wäre wahnsinnig gern nur Bildungspolitikerin und hätte am liebsten gar nichts mit Finanzen am Hut; aber leider ist das nicht möglich,

(Abg. Willi Stächele CDU: Weil Sie das Geld an der falschen Stelle ausgeben! Dann haben Sie für Bildung nichts mehr!)

denn wir haben die Schulden, die Sie uns hinterlassen haben – nicht nur im Bildungshaushalt; wir haben jetzt ein strukturelles Defizit von 1,7 Milliarden €; ich weise gern noch einmal darauf hin –, und wir können es uns nicht leisten, etwas weiter auf Pump zu finanzieren, sondern wir müssen nachhaltig finanzieren, meine Damen und Herren. Ich erinnere Sie auch daran, dass Sie die Schuldenbremse schon 2016 einführen wollen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Peter Hauk CDU: Wir hatten schon Nullneuerschuldung!)

Wenn ich dann hier im Parlament von der Kollegin Gurr-Hirsch höre, Bildungspolitik sei Landesaufgabe, dann sage ich: Jawohl. Ich bin auch gern bereit, die Landespolitik zu gestalten. Aber es kann nicht sein, dass wir Bildungspolitik ausschließlich als Landesaufgabe sehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Bildungspolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ach ja! – Abg.
Dr. Dietrich Birk CDU: Aber den Haushalt nicht hin-
kriegeln!)

Wir brauchen Bund, Land und Kommunen, um notwendige Ausbaumaßnahmen im Ganztagschulbereich, im Inklusionsbereich durchzuführen. Da sind alle Kräfte gefragt; da kann man sich nicht zurücklehnen und sagen, das sei einzig und allein Länderaufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich stehe sehr gern zu unserer Regierungsverantwortung, Herr Schebesta, aber ich hätte diese Verantwortung gern auch in

(Sandra Boser)

den Jahren zuvor schon gehabt, denn dann hätten wir die Missstände, die wir heute haben, nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Friedlinde Gurr-
Hirsch: Das ist ganz neu!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Kollege Schebesta, der Unterschied zwischen Ihnen und dem Kollegen Wacker ist, dass Sie Mitglied im Finanzausschuss sind.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich? Das wüsste ich!)

– Stimmt. Dann ist das okay, dann habe ich falsch sortiert.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Trotzdem muss man das Ganze sehen! Egal, in welchem Ausschuss man sitzt! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Noch einmal zurückspulen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alles auf Anfang!)

– Dann muss ich noch einmal zurückspulen. Als Kollege und Parlamentarischer Geschäftsführer erwarte ich, dass Sie in den Zahlen drin sind.

(Heiterkeit bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer?)

Sie haben genau das beschrieben, was ich vorhin mit Lehman-Brothers-Mentalität der CDU gemeint habe: „Wir finanzieren nicht durch, sondern schieben über k.w.-Vermerke alles in die Zukunft, was wir an unbequemen Entscheidungen treffen müssen.“

(Abg. Volker Schebesta CDU: In jedem Jahr sind wir der Verantwortung gerecht geworden!)

Was sind k.w.-Vermerke? K.w.-Vermerke sind nichts anderes als ungedeckte Schecks, die Sie uns als faule Eier im Bildungshaushalt hinterlassen haben. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ihnen ist klar, dass Ihr ehemaliger Kollege einer der führenden Leute bei Lehman war?)

Wenn Sie dann in diesem Zusammenhang z. B. fragen, warum nicht mehr Steuereinnahmen aus dem Jahr 2012 genutzt wurden, um diese Löcher zu stopfen, vergessen Sie völlig, dass wir erst 2012 auf dem Niveau angekommen sind, wo wir 2008, vor der Finanzkrise,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

bei den Einnahmen waren, während sich übrigens gleichzeitig die Ausgaben im Haushalt nicht an der Finanzkrise orientiert haben und nicht zurückgegangen, sondern weiter gestiegen sind. Wir haben von Ihnen allein eine Deckungslücke von 68 Milliarden € in den Pensionsbereichen übernommen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie haben draufsatteln wollen! – Abg. Willi Stächele CDU: Das ist doch keine Deckungslücke! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Unruhe)

Wir können aber im Gegensatz zu Ihnen nicht mehr alle Schulden in die Zukunft schieben, weil wir nämlich 2020 die Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert ist, einhalten wollen. Das ist doch unser Problem. Sie haben nur auf Pump gelebt. Wir müssen jetzt aufräumen, was Sie hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben doch 2008 und 2009 keine Schulden gemacht! Wir haben es ohne Schulden hinbekommen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Pensionslasten sind doch keine Deckungslücke! – Abg. Willi Stächele CDU: Schwachsinn!)

Ich komme noch auf ein anderes Thema zu sprechen, weil mir die Zeit wegläuft.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ihnen laufen die Argumente weg!)

Sie haben vorhin zu Recht darauf hingewiesen: Das Zitat zur Unterrichtsversorgung, das ich verwendet habe, stammt aus dem berufsbildenden Bereich. Da sind wir wirklich deutlich vorangekommen, gerade weil wir auch unbequeme Themen wie Kleinklassen angepackt haben. Ich gebe Ihnen völlig recht, dass wir in anderen Bereichen noch Baustellen haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hopppla! Das kommt am Ende etwas spät!)

die wir übrigens auch von Ihnen übernommen haben. Da nehme ich Sie übrigens auch regelmäßig in Schutz. Die Ressourcensteuerung im Kultusbereich ist immer noch eine sehr schwierige, eine zum Teil sehr intransparente Angelegenheit. Ich habe auch immer wieder gewarnt und gesagt: Das kann man nicht einfach einmal mit einem neuen EDV-System erledigen; daran haben die Kolleginnen und Kollegen der CDU 57 Jahre lang herumgebastelt und herumgedoktert und haben diese Probleme nicht lösen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Vor 57 Jahren gab es noch gar keine EDV!)

Zugegeben: Wir haben da noch Baustellen, aber wir gehen sie auch an.

Ich möchte gern noch einen Hinweis an das Haus geben. Die Entlastungsstunden werden – der Minister hat es ausgeführt – nicht gestrichen, sondern sie werden gekürzt. Über Kürzungen in welchem Umfang reden wir? Es sind 14 %. Das sage ich auch immer meinen Kolleginnen und Kollegen bei der GEW oder den Verbänden: Bitte wahren Sie die Verhältnismäßigkeit. 14 % sind kein Weltuntergang.

Letzte Woche habe ich z. B. eine E-Mail einer Kollegin bekommen. Sie hat mir eine Auflistung geschickt; in ihrem Gymnasium würden 22 Stunden mit verwandt. Sie hat geschrieben: „Von diesen 22 Stunden können wir drei nicht mehr anbieten. Was sollen wir machen? Wo sollen wir streichen?“ Glauben Sie mir: Ich bin fast ein bisschen vom Stuhl gefallen. Ich habe das mit meiner Schule verglichen und habe festgestellt, dass an der Schule meiner Kollegin zehn bis zwölf Stunden mehr vergeben werden können, als es bei uns üblich ist.

Ich war Fachvertreter für Gemeinschaftskunde. Ich habe dafür keine Anrechnungsstunde bekommen. Eine Anrechnungs-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

stunde sind nicht nur umgerechnet 200 € im Monat, sondern 80 Zeitstunden im gesamten Jahr. Natürlich kann man eine Funktion so oder so ausüben. Aber ich sehe die Verhältnismäßigkeit nicht verletzt.

Deswegen meine Bitte: Schauen Sie wirklich hin. Ich bin mit Ihnen völlig d'accord: Es kann nicht sein, dass wir im Bereich Rechnen oder im Bereich der Leseförderung streichen. Aber bei dem, was gerade läuft von wegen Skandalisierung – wir müssen dort streichen –, fordere ich wirklich auch die Schulen auf, verantwortlich mit der Situation umzugehen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Pflichtunterricht sein lassen, oder was?)

übrigens gemeinsam mit Schülern und Elternbeiräten, die uns jetzt gerade sozusagen die Protestbriefe schreiben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ganz genau! Transparenz!)

und darüber zu reden, an welcher Stelle gespart werden kann.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber wenn sie gar nichts mehr im Ergänzungsbereich haben, wo sollen sie es dann hernehmen?)

Wenn Sie das Beispiel, in das ich Sie – aber nicht offiziell – gern einmal hineinschauen lasse, anschauen – – Übrigens gibt es gerade am Gymnasium, im berufsbildenden und gymnasialen Bereich, wo man die Option hat, sich auf A 14 zu profilieren – deswegen habe ich doch die Funktion „Fachsprecher für Gemeinschaftskunde“ ausgeübt –, die Möglichkeit, sich – etwa bei der Verwaltung der Lehrerbibliothek – zu profilieren. Ich bin der Meinung, dass dort diese eine Stunde wirklich nicht notwendig ist und dass wir dort Einsparpotenzial haben. Das kritisiere ich auch bei den Verbänden ganz massiv. Es gilt, wirklich hinzuschauen: Die Streichung von 14 % ist kein Weltuntergang. Das macht uns keine Freude, aber es geht weiter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann erhöhen Sie die Stellenausschreibungen!)

Aber es darf nicht passieren, die Keule jetzt bei den Schwächsten anzusetzen. Da sehen wir Sie und übrigens auch die Eltern und die Schülervertretungen in den Schulen in der Pflicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Da bin ich dann mal gespannt!)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich hatte Sie gefragt, auf welche Aufgaben in Zukunft verzichtet werden soll. Das Einzige, was Sie genannt haben, war die Ausgabe von Taschenrechnern. Mehr haben Sie dazu nicht gesagt. Ich finde das deutlich zu wenig.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Bestimmt 14 % Stunden für Taschenrechner! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war doch gerade wieder ein Beispiel!)

Nächster Punkt: Frau Boser, Sie haben gesagt, die Situation in diesem Jahr sei so, weil Sie sie von uns geerbt hätten.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann Ihnen an einem ganz konkreten Beispiel zeigen, dass das schlicht und ergreifend nicht stimmt. Sie – niemand anders – haben überhastet, unvorbereitet und ohne Konzept die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Ich habe Sie davor gewarnt – das können Sie nachlesen –, ich habe gesagt, dass Sie es nicht unvorbereitet machen dürfen. Das hat dazu geführt, dass die Heterogenität an den Realschulen und an den Gymnasien noch viel stärker geworden ist, als sie war.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Wenn Sie jetzt Stunden streichen und die Hausaufgabenbetreuung nicht mehr im gleichen Umfang gemacht werden kann, dann trifft das genau die sozial Schwachen, die Bildungsfernen in den fünften Klassen an den Realschulen und an den Gymnasien. Das haben Sie zu verantworten und niemand anderes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Boser?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich habe noch 30 Sekunden. Deshalb würde ich gern zu meinem Schluss kommen.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Die Situation in Baden-Württemberg im Bildungsbereich ist doch so, weil Grün-Rot sich an zahllosen Baustellen verzettelt hat. Keine einzige war vernünftig vorbereitet, keine wurde gut durchgeführt, keine ist abgeschlossen: Abschaffung der Verbindlichkeit, Inklusion, G 8/G 9, Gemeinschaftsschulen, Ganztagsausbau, Reform der Lehrerbildung,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir arbeiten!)

Bildungsplanreform, regionale Schulentwicklungsplanung.

Herr Minister, Sie können natürlich im Kultusministerium auch in Zukunft Personal austauschen. Wenn Sie aber nicht inhaltlich umsteuern

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben es nicht verstanden!)

und sich auf einige wenige Projekte konzentrieren, werden Sie im Bildungsbereich nicht in ruhigeres Fahrwasser kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014) – Drucksache 15/3572

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/3713

Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort dem Kollegen Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute bringen die Regierungsfractionen von SPD und Grünen einen Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung im Beamten- und Versorgungsbe-
reich ein, der die erste Stufe der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst auch für Beamtinnen und Beamte 1 : 1 überträgt. Keine Angst! Ich meine nicht unser Bundesland, sondern ein mit Ihnen befreundetes Bundesland.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wir sind mit allen befreundet!)

Zur Begründung dieses Gesetzentwurfs wird Folgendes angeführt:

Wir setzen ein klares Signal für eine gerechte und angemessene Besoldung, weil wir in Zeiten des demografischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels für einen attraktiven öffentlichen Dienst eintreten, um auch in Zukunft genügend Bewerberinnen und Bewerber für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu finden.

Richtig so!

Jetzt zur Erklärung: Die Aussagen stammen von Frank Henning, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Niedersächsischen Landtag.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Guter Mann! – Abg. Walter Heiler SPD: Super Typ! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Er bringt weitere Begründungen, die ich Ihnen jetzt einmal nahebringen will. Er sagt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Gleiche Arbeit von Angestellten und Beamten darf nicht unterschiedlich bezahlt werden.

(Beifall des Abg. Peter Hauk CDU)

Der DGB in Baden-Württemberg sagt es übrigens noch genauer: „Jahrelang galt: Besoldung folgt Tarif. Das soll auch so bleiben.“

Der Fraktionsvorsitzende Henning befürchtet eine starke Abwanderung von Beamten in die Privatwirtschaft, insbesondere im Steuerbereich, und er betont: Der öffentliche Dienst ist die zentrale Infrastruktureinrichtung eines Landes.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Er ist die Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Handeln.

Herr Schmiedel, ich spreche Sie direkt an. Hat dieser mit Ihnen befreundete Fraktionsvorsitzende recht oder nicht?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Kößler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Joachim Kößler CDU: Nein, am Schluss. – Ich frage mich – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum fragen Sie mich dann? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sprechen doch sowieso nachher! – Zuruf: Müssen Sie sich erst eine Antwort überlegen?)

– Damit hat es noch Zeit. Sie haben nachher Gelegenheit, auf meine Frage zu antworten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir brauchen doch nicht immer eine Antwort von ihm! – Abg. Volker Schebesta CDU zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Dazu Schmiedel: „Heulsuse“!)

Ich frage mich, warum Sie sich in Baden-Württemberg diesen richtigen Argumenten verschließen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er redet doch sowieso nachher!)

Sie verkünden ständig, wie wichtig Ihnen Lehrer und Beamte seien. Wenn es aber darauf ankommt, lassen Sie sie im Stich. Anfang März dieses Jahres verkündete der Ministerpräsident:

Eine Nullrunde ist nicht auszuschließen.

Dann hat er verkündet:

Die Beamten sollen zufrieden sein.

Der Finanzminister hat am 10. März verkündet:

Eine Übernahme des Tarifergebnisses kommt für uns überhaupt nicht infrage.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und der Schmiedel redet von „Heulsusen“!)

Als dann am 15. März bekannt wurde, dass durch Steuermehreinnahmen und durch Personaleinsparungen ein Mehr von 1 Million € im Jahr 2012 erwirtschaftet wurde

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Milliarde! 1 Milliarde €!)

– Entschuldigung, über 1 Milliarde € –, waren Sie nicht imstande, sich mit den Gewerkschaften und dem Beamtenbund an einen Tisch zu setzen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dazu Schmiedel: „Heulsusen“!)

(Joachim Kößler)

Sie haben am 20. März diktatorisch eine Verzögerung der Übertragung des Tarifergebnisses beschlossen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht diktatorisch, demokratisch! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Skandalös!)

und zwar eine Verzögerung um zwölf Monate für den höheren Dienst, neun Monate für den gehobenen Dienst, sechs Monate für den mittleren Dienst, und sogar eine Verzögerung für die Beamten im einfachen Dienst, und zwar jeweils bezogen auf die Anpassung des Tarifergebnisses für 2013 und 2014.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie viel für den einfachen Dienst gibt es? – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Dabei haben Sie dreist versucht, den Vorsitzenden des Beamtenbunds vor Ihren Karren zu spannen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Unglaublich!)

Das hat nicht geholfen; damit haben Sie eher das Vertrauen der Beamtenschaft in diese Regierung zerstört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich lese Ihnen mit Genehmigung des Präsidenten die Stellungnahme des DGB vor.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der Präsidentin! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Präsidentin! Frauen im Fokus!)

– Hinten habe ich noch keine Augen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Nicht aufgepasst!)

In der Stellungnahme des DGB heißt es:

Die Regierungsfractionen hatten sich vor ihrer Wahl noch für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung im Land und in den Kommunen ausgesprochen. Dass das Wort von gestern heute nicht mehr gilt, schadet dem Vertrauen in die Politik.

Es schadet dem Vertrauen in Ihre Politik, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Er spricht mich persönlich an!)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Ihnen wurde im März 2011 von den Beamten und natürlich auch von den Lehrern viel Vertrauen entgegengebracht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Zu Recht! – Abg. Dr. Dietrich Birk und Abg. Manfred Groh CDU: Zu viel!)

Was haben Sie daraus gemacht? Ich zähle es Ihnen auf: Sie haben eine Polizeireform vorgenommen, die Sie gerade finanziell und personell an die Wand fahren.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

Sie haben die Einführung und Umsetzung von Gemeinschaftsschulen ohne regionale Schulentwicklung im Schweinsgalopp

vorangetrieben. Sie treiben damit etliche Kommunen in Millioneninvestitionen, ohne dass Bestandsfestigkeit festgestellt ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt nicht! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Das vorher stimmte also?)

Thorsten Bohl, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Tübingen, hat von Leuchtturmprojekten in der Expertise der GEW gesprochen. Ich spreche davon, dass Sie damit Schulen in den Ruin führen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? Das verstehe ich nicht!)

– Sie werden es nicht ganz verstehen; lesen Sie einmal die Expertise von Thorsten Bohl nach.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Er fordert für die Schulen Leuchtturmprojekte. Und was bewirken Sie mit Ihrer Genehmigung? Manche Kommunen werden am Ende dieses Prozesses Schulruinen stehen haben, weil die regionale Schulplanung viel zu spät und zu unkonkret erfolgt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Und warum kommt sie zu spät? – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Weil Sie zu lange regiert haben!)

Meine Damen und Herren, alle haben sich auf Sie verlassen. Sie haben den Lehrern suggeriert, dass alles besser wird. Was kam dabei heraus? Nur heiße Luft.

Wir haben 58 Jahre gebraucht, bis wir Vertrauen einbüßen mussten.

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Sie schaffen es in weniger als 58 Monaten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 58 Wochen!)

Von Erwin Teufel stammt ein Satz, den Sie sich merken sollten:

Vertrauen verloren, alles verloren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 58 Jahre! Weg! Alles verloren! – Abg. Peter Hauk CDU: Ich sage nur: 19! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: 19 ist die Zahl vor 20! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Es könnte uns recht sein, wenn alles so weitergeht. Aber für uns gilt: Zuerst das Land, dann die Partei.

(Lachen der Abg. Claus Schmiedel SPD und Muhterem Aras GRÜNE)

– Ob Sie lachen oder nicht, so ist es. – Schließen Sie sich dem Rechnungshof an. Er hat Ihnen den Weg gewiesen, der über Personalsteuerung zur Haushaltskonsolidierung führen kann.

(Joachim Kößler)

Machen Sie zuerst einmal eine Aufgabenkritik. Nicht alles, was das Land heute tut, muss es in Zukunft tun.

Ein Zweites: Haushaltskonsolidierung bedarf einer konkreten Personalplanung und -steuerung; „Ressourcensteuerung“ hat Herr Kollege Fulst-Blei vorhin gesagt. Verschließen Sie sich nicht der Erkenntnis, dass es bei den Personalausgaben zwei Stellschrauben gibt: erstens die Anzahl der Beschäftigten und zweitens der Preis. Verschließen Sie sich auch nicht der Tatsache, dass Qualität vor Quantität geht. Soll heißen: Bezahlen Sie gut, aber geizen Sie mit der Menge oder mit der Anzahl der Stellen. Das nützt uns allen, und es nützt auch dem Haushalt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Joachim Kößler CDU: Ich komme zum Schluss. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? Haben Sie sich das gut überlegt?)

und haben im Grunde einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, und zwar für die vollständige Übernahme der Tarifabschlüsse. Aber wenn Sie dies schon nicht tun, dann machen Sie zumindest eines: Gehen Sie auf die Forderung des DGB ein.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sind Sie das Sprachrohr des DGB?)

Der DGB hat in einer Stellungnahme erklärt, dass die sechsmontatige Verzögerung, insbesondere bei den Versorgungsempfängern der Besoldungsgruppen A 1 bis A 4, schamlos

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schamlos?)

und inakzeptabel wäre. Ihr soziales Gewissen ist gefordert. Folgen Sie dem Vorschlag des DGB.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre schon fast witzig, wenn es nicht so ernst wäre. Unter Tagesordnungspunkt 2 fordern Sie mehr Lehrerstellen und sind gegen jede Kürzung. Jetzt fordern Sie mehr Stellen, keine Kürzung, gleichzeitig jedoch die sofortige Einhaltung der Schuldenbremse.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was?)

Es wundert mich nicht, wie Sie zu Ihrem Schuldenberg von 45 Milliarden € gekommen sind.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nullneuerschuldung 2008! Wir können es, Sie nicht!)

Sie können einfach nicht mit Finanzen umgehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU kritisiert die Landesregierung, es werde nicht genug gespart. Sie kritisiert, die Personalausgaben seien stark gestiegen. So wird in einer aktuellen Pressemitteilung vom letzten Montag der finanzpolitische Sprecher, Herr Herrmann, wie folgt zitiert:

„... Es werden immer neue Ausgabenblöcke kreiert, die zur aktuellen Deckungslücke geführt haben“, ...

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Richtig!)

Weiter heißt es:

Die Untersuchungen des Rechnungshofs hätten gezeigt, dass sich die Personalausgaben alleine in den letzten fünf Jahren um 1,8 Milliarden € (13,6 %) erhöht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen stimmen, jedoch haben nicht wir „neue Ausgabenblöcke“ kreiert,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Neues Ministerium, neue Stellen! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Ein bisschen Disziplin!)

sondern der „neue Ausgabenblock“ sind die Tarifierhöhungen von 3 %, die rund 15 % Mehrkosten in fünf Jahren bedeuten; tatsächlich waren es eben die genannten 13,6 %.

Nun würde die Logik gebieten, dass auch die CDU-Fraktion endlich einsieht, dass wir diese strukturellen Mehrkosten in den Blick nehmen müssen und nicht so weitermachen können wie bisher. Aber nein, weit gefehlt. Denn noch am 18. April dieses Jahres wird der Fraktionsvorsitzende, Herr Hauk, im „Schwäbischen Tagblatt“ mit folgender Äußerung in Bezug auf den Tarifabschluss zitiert:

CDU-Fraktionschef Peter Hauk stimmte in die Kritik des Beamtenbundes ein und geißelte die Pläne der Regierung als „skandalös und ungerecht“. Er plädierte wie FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke für eine gleichzeitige Übertragung des Tarifergebnisses.

Liebe CDU, Sie müssen sich jetzt schon die Frage gefallen lassen, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie den Haushalt konsolidieren, indem Sie auch Personalkosten einsparen wollen, oder verweigern Sie sich dieser Verantwortung? Der Titel Ihrer Pressemitteilung vom vergangenen Montag lautete: „Einsparungen sind im Haushalt unumgänglich!“ Wenn die Denkschrift herauskommt, wollen Sie sparen, wenn der Tarifabschluss herauskommt, wollen Sie mehr ausgeben. Sie reden vom Sparen, aber wenn es konkret wird, machen Sie sich vom Acker und übernehmen keine Verantwortung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir, die Regierungsfractionen, sind hingestanden; das ist der Unterschied. Wir sind hingestanden, auch wenn es Buhrufe und Pfiffe gab. Wir haben die Gründe erklärt. Ich höre wirklich von vielen Beamtinnen und Beamten, dass sie die Gründe nachvollziehen können und die Maßnahme auch verstehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber die Nullverschuldung kriegt ihr nicht hin!)

(Muhterem Aras)

Wir haben nämlich erklärt, dass zur Konsolidierung des Landeshaushalts die Personalkosten, die immerhin einen Anteil von 40 % am Gesamthaushalt ausmachen, beim Sparen nicht außen vor bleiben können. Das versteht eigentlich jeder; dazu muss man kein Finanzgenie sein.

Es gibt kein Sonderopfer. Wer bereit ist, sich die Zahlen anzuschauen, wird es erkennen und verstehen. Wer aber auf schrille Töne nicht verzichten kann, weil er sonst nichts auf der Platte hat, der nimmt natürlich keine Argumente an und will keine Erklärungen hören.

(Abg. Werner Raab CDU: Überheblich!)

Ich sage nochmals: Die sozial gestaffelte Verschiebung der Tarifierhöhung ist natürlich kein Spenderhosenprogramm. Sie hat keinen Unterhaltungswert und keinen Spaßfaktor; das ist schon klar. Aber es ist eine Lösung, die die Beschäftigten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppelt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Nach zwölf Monaten sind alle wieder auf Tarifniveau,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Und in der Zwischenzeit?)

und zwar spätestens nach zwölf Monaten. Es ist gleichzeitig eine Lösung, die einen Beitrag zur „Schuldenbremsung“ leistet – keine volle Fahrt voraus, aber auch keine Vollbremsung. Es ist eben ein verantwortungsvolles Verhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben heute zwei Anträge eingebracht. Der eine Antrag betrifft die zeitliche Übertragung für die aktiven Beamtinnen und Beamten. Dazu brauche ich nichts mehr zu sagen. In dem anderen Antrag heißt es, die Versorgungsempfänger der Besoldungsgruppen A 1 bis A 4 sollen sofort an der Tarifierhöhung teilhaben; hier soll es also keine zeitliche Verschiebung geben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Dies wird damit begründet, dass es sich dabei um die Pensionäre mit den niedrigsten Pensionen handle.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es!)

Die Begründung ist wirklich ehrenvoll und verdient eine genaue Betrachtung. Ich habe mich damit auseinandergesetzt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Es stellt sich Folgendes heraus: Die niedrigsten Beamtenpensionen sind deutlich höher als die Durchschnittsrenten in Deutschland.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Pensionen müssen auch versteuert werden!)

Die Durchschnittsrente beträgt nämlich nur 981 €, während die Mindestpension bei über 1 500 € liegt. Wenn man bedenkt, dass nur 5 % der Rentner überhaupt eine Rente von über 1 500 € erreichen,

(Zuruf von der CDU: So machen wir es jetzt?)

dann ist unsere Vorgehensweise, finde ich, sehr wohl korrekt. Wir wollen hier keinen Sonderstatus konstruieren.

Noch ein Vergleich: Die Renten steigen in diesem Jahr um 0,25 %. Die Pensionen steigen um 2,45 %. Der Pensionsanstieg beträgt also fast das Zehnfache des Rentenanstiegs. Deshalb sagen wir: Im gesamtgesellschaftlichen Vergleich ist eine Verschiebung um sechs Monate auch in dem angesprochenen Bereich korrekt und vertretbar.

Dieser Vergleich macht aber auch deutlich, dass das Lebenszeiteinkommen von Beamten sehr wohl mit dem Lebenszeiteinkommen in vergleichbaren Laufbahnen in der freien Wirtschaft mithalten kann. Das spricht für die Attraktivität unserer Landesverwaltung.

Meine Damen und Herren, alle Beamten bekommen mehr, alle verzeichnen ein Plus, niemand hat weniger Geld. Diejenigen, die schon mehr haben, bekommen die Erhöhung einige Monate später, aber sie bekommen das volle Tarifplus. Wir meinen, das ist zumutbar, das ist fair, und dem kann man mit gutem Gewissen zustimmen. Es bedarf ein wenig Standhaftigkeit; das ist richtig. Wer diese Standhaftigkeit hat, kann heute zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben letzte Woche im Finanz- und Wirtschaftsausschuss über die Übernahme der Tarifergebnisse beraten. Die Opposition plädierte damals – wie auch heute – für eine 1:1-Übernahme mit der Folge, dass der Landeshaushalt Mehrkosten von mehreren Hundert Millionen Euro zu tragen hätte.

Der nächste Tagesordnungspunkt in derselben Ausschusssitzung war die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung. Die Opposition kritisierte, dass die Regierung zu viel Geld ausbebe und ein ehrgeizigerer Abbaupfad nötig sei. Das passt nicht zusammen. Genauso wenig passt es mit den von der Opposition getroffenen Aussagen in der heutigen Debatte zur Bildungspolitik zusammen. Denn wenn man die dort gestellten Forderungen umsetzen würde, würden zusätzlich mehrere Hundert Millionen Euro ausgegeben.

Es passt auch nicht zusammen mit dem Ausruf von Herrn Köbler: „Schließen Sie sich dem Rechnungshof an, bauen Sie 30 000 Stellen ab!“

(Abg. Joachim Köbler CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Der Rechnungshof fordert in seiner aktuellen Denkschrift dazu auf, 30 000 Stellen abzubauen. Wie passt es zusammen, dass Sie uns dazu auffordern, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, und gleichzeitig von uns verlangen, der Forderung des Rechnungshofs nachzukommen?

Wir verstehen den Unmut der Beamten. Wir nehmen aber die Haushaltskonsolidierung ebenfalls ernst. Wenn man beides

(Klaus Maier)

will, muss man eben einen Kompromiss finden. Das ist Regierungshandeln.

Die zeitliche Verschiebung der Besoldungserhöhung für die Beamten ist nichts Neues; in der Vergangenheit war dies fast die Regel. Andere Bundesländer haben mehrheitlich ähnliche Beschlüsse gefasst und sparen mit Deckelung und zeitlicher Verschiebung ebenfalls Personalkosten in erheblichem Umfang ein. Wenn Sie, Herr Kößler, auf Niedersachsen verweisen, so kann man auch auf Nordrhein-Westfalen verweisen, wo die Situation genau gegenteilig ist.

Oft bestehen auch Zusammenhänge mit Sparmaßnahmen wie beispielsweise der Kürzung des Weihnachtsgelds in Hamburg. Wenn man andererseits eine Großzügigkeit wahrnimmt, dann weiß man meist, dass eine Wahl nicht weit entfernt ist, so, wie dies gerade in Bayern oder in Hessen der Fall ist.

Die für Baden-Württemberg gefundene Regelung zur Übernahme der Tarifergebnisse ist eine angemessene und zumutbare Maßnahme. Sie ist sozial ausgewogen; sie stabilisiert den Doppelhaushalt 2013/2014. Den Beamten wird nichts weggenommen, sondern ihnen wird nur etwas später etwas gegeben. Das bedeutet keine strukturellen Nachteile für die Zukunft.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber auch keine strukturellen Vorteile! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das muss ja auch nicht sein!)

Die Besoldungserhöhung, auch wenn sie mit zeitlicher Verschiebung erfolgt, bringt den Beamtinnen und Beamten immer noch mehr, als die Tarifierhöhung den Angestellten bringt. Beamte erhalten einen höheren Nettobetrag. Sie bezahlen bekanntlich keine Beiträge zur Renten- und zur Arbeitslosenversicherung. Auch der anteilige Beitrag zur privaten Krankenversicherung erhöht sich dadurch nicht automatisch. Es wäre der Mühe einmal wert, grundsätzlich darüber nachzudenken, inwieweit eine Tarifierhöhung für die Angestellten mit einer Besoldungserhöhung für Beamte überhaupt vergleichbar ist.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau!)

Nachdenklich machen mich in diesem Zusammenhang die Klagen der angestellten Lehrer darüber, dass die Schere zwischen ihren Einkommen und den Einkünften ihrer beamteten Kollegen weit auseinandergeht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist der Grund für den Streik!)

Der Vergleich zwischen den Bezügen der Pensionäre und den Renteneinkünften zeigt einen noch drastischeren Unterschied. Die Pensionäre erhalten – zwar zeitversetzt, strukturell jedoch ohne Verluste – eine Erhöhung ihrer Pensionsbezüge um 2,45 % im Jahr 2013 und um 2,75 % im Jahr 2014. Der gesetzlich versicherte Rentner muss sich 2013 aber mit einer Erhöhung von 0,25 % begnügen und kann erst darauf wieder strukturell aufbauen. Hier sieht man deutlich, wie die Schere weiter aufgeht. Hierzu müssen wir uns ebenfalls Gedanken machen.

Ich halte deswegen die Reaktionen des Beamtenbunds für völlig unangemessen im Ton. Die Landesregierung nimmt lediglich eine zeitliche Verschiebung vor und reicht im Übrigen den vollen Abschluss weiter. Dafür wird die Höchststrafe an-

gedroht: Stimmentzug bei der nächsten Wahl. Der Beamtenbund macht meiner Meinung nach zwei Fehler gleichzeitig: Er überreizt sein Drohpotenzial, und er macht durch seinen Vorsitzenden unverhohlenen Parteipolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Uns liegt nun der Antrag der Opposition vor, die Versorgungsempfänger, die ihre Versorgung aus den Besoldungsgruppen A 1 bis A 4, also den niedrigsten Gruppen, beziehen, von der zeitlichen Verschiebung auszunehmen. Das ist neu. In der Vergangenheit gab es einen solchen Antrag vonseiten der CDU nicht. Solch eine unterschiedliche Behandlung ist schwierig. So etwas gibt es übrigens bei den Renten auch nicht. Verschiedene andere Gruppen müssten dann einbezogen werden, wie etwa Mindestversorgungsempfänger oder Versorgungsempfänger, die in Teilzeit tätig waren, oder auch Bezieher von Ausbildungsvergütungen. Wo soll man anfangen, und wo soll man aufhören? Wir lehnen die vorgelegten Anträge ab und stimmen dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechnungshof hat der grün-roten Koalition in dieser Woche eine Art Zwischenzeugnis ausgestellt. Ich will mich jetzt gar nicht darüber auslassen, welche möglichen Versetzungschancen zum Ende des Schuljahrs dieses Zeugnis bedeuten würde.

(Zuruf von den Grünen: Wir bekommen Wiederholung!)

Möglicherweise haben diverse Überlegungen innerhalb der Koalition, das Sitzenbleiben abzuschaffen, hiermit zu tun.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jedenfalls hat der Rechnungshof Zahlen festgestellt und Zahlen vorgelegt. Der Ministerpräsident, der sich derzeit leider nicht auf der Regierungsbank befindet,

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Er kann solche Reden halt nicht ertragen!)

stellt häufig fest, man könne Zahlen nicht anschreien. Das gilt natürlich auch für die Zahlen des Rechnungshofs.

So hat der Rechnungshof beispielsweise festgestellt, dass sich das Haushaltsvolumen des Landes Baden-Württemberg zwischen den Jahren 2003 und 2013 um etwa 10 Milliarden € erhöht habe. Wenn man sich anschaut, in welche Regierungszeiten welcher Anteil dieser Erhöhung fällt, dann stellt man fest, dass weniger als die Hälfte dieser Ausweitung des Haushaltsvolumens vor 2011, also zu unserer Regierungszeit, stattgefunden hat und Sie allein in den vergangenen zwei Jahren das Haushaltsvolumen um mehr als 5 Milliarden € ausgeweitet haben und somit für mehr als die Hälfte der Ausweitung verantwortlich sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das lässt sich nicht leugnen, meine Damen und Herren. Das ist auch kein Wunder. Schauen wir uns einmal die Stellenausweitung innerhalb der Ministerien an und betrachten wir insbesondere einmal, wie diese Stellen besoldet sind. Schauen wir uns einmal den B-Besoldungsrausch an, dem die grün-roten Ministerien verfallen sind. Schauen wir uns einmal die Prestigeprojekte an, die diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat. Gemeinschaftsschule: unvorbereitet. Polizeireform: überstürzt und sinnlos. Zum Nationalpark hat der Ministerpräsident erklärt: „Das können wir uns leisten.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auf Pump!)

Wenn man meint, sich alles leisten zu können, dann weitet sich das Haushaltsvolumen natürlich entsprechend aus. Dann muss man irgendwann einmal fragen: An welcher Stelle können wir sparen? Was können wir tun, um irgendwann einmal die Schuldenbremse einzuhalten?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Maier?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Natürlich.

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Kollege Rülke, zur Ausweitung des Haushaltsvolumens. Kann es sein, dass sich bei einer guten konjunkturellen Lage, wie wir sie in den vergangenen zwei bis drei Jahren hatten, auf der Einnahmeseite das Haushaltsvolumen aufgrund höherer Steuereinnahmen ausweitet und als Folge davon auf der Ausgabenseite höhere Zuweisungen an die Städte und Gemeinden, höhere Zahlungen in den Finanzausgleich und – aufgrund höherer Zuweisungen des Bundes für Hochschulen usw. – höhere Ausgaben für Hochschulen usw. anfallen, sodass diese Ausweitung nicht mit politischen Entscheidungen zusammenhängt, sondern auch Folge der konjunkturellen Entwicklung ist, und die Entscheidungen, die Sie aufgeführt haben – vom Nationalpark bis zu den Beamtenstellen –, nur in geringem Ausmaß zur Ausweitung des Haushaltsvolumens geführt haben?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bayern tilgt 2,5 Milliarden € Schulden!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Maier, das kann nicht sein. Es ist völlig klar, dass höhere Steuereinnahmen zu höheren Einnahmen führen. Höhere Steuereinnahmen zwingen aber nicht dazu, mehr Geld auszugeben. Das zeigt, welche Haushaltspolitik Sie betreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie nehmen viel mehr Geld ein, geben aber noch viel mehr Geld aus. Das zeigt, dass Sie nicht wirtschaften können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wenn Sie über das Sparen nachdenken, dann fallen Ihnen nur die Beamten ein. Nichts anderes fällt Ihnen zum Thema Sparen ein.

(Zuruf des Abg. Manfred Kern GRÜNE)

Für die Haushaltskonsolidierung bringt das Ganze reichlich wenig. Sie reden immer nur über strukturelle Haushaltskonsolidierung. Der Finanzminister lehnt die allermeisten Sparvorschläge der Opposition ab mit der Begründung, diese Sparvorschläge wirkten nicht strukturell.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie sind zu teuer!)

Sie haben beispielsweise erklärt, durch ein Steuerabkommen mit der Schweiz könne man zwar einen größeren Batzen realisieren, aber das nütze nicht viel; denn das wirke nicht strukturell.

Meine Damen und Herren, was Sie jetzt mit den Beamten machen wollen, bringt strukturell auch nichts. Das ist eine einmalige Einsparung. Das wirkt aber nicht strukturell fort.

Kollege Maier, ich bin dankbar für Ihre Zwischenfrage, in der Sie darauf hingewiesen haben, wie viel Geld diese Landesregierung einnimmt. Der Herr Kollege Maier hat darauf hingewiesen, wie diese Landesregierung von Einnahmen geradezu überschwemmt wird.

(Zuruf: Überschüttet!)

Vor diesem Hintergrund können Sie sich eine zeitgleiche Übernahme der Tarifergebnisse zweifellos leisten.

Aber das Problem ist: Sie betreiben eine beamtenfeindliche Politik. Sehr bemerkenswert ist ja, was der Ministerpräsident kürzlich bei der Landespressekonferenz gesagt hat; vor diesem Hintergrund kann ich auch gut verstehen, dass er diese Debatte meidet und bei dieser Debatte eben nicht auf der Regierungsbank sitzt. Der Ministerpräsident hat kürzlich erklärt – für einen Regierungschef übrigens eine sehr bemerkenswerte Äußerung –:

Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte der Beamtenbund Grund zur Klage gehabt.

„Wenn es nach mir gegangen wäre.“

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Zunächst stellen wir einmal fest: Ministerpräsident Kretschmann erklärt: „In Baden-Württemberg geht es nicht nach mir, sondern nach anderen.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin zwar der Regierungschef in diesem Land, aber ich habe nichts zu melden.“

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zweitens erklärt er: „Wenn es nach mir geht, dann leiden die Beamten.“ Das heißt, der Dienstherr von etwa 200 000 Beamten erklärt: „Mein Ziel ist es eigentlich, den Beamten in diesem Land zu schaden.“ Das, meine Damen und Herren, muss man einmal sehr deutlich feststellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von den Grünen: Unverschämtheit! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Ich frage mich, wie man als Dienstherr, als oberster Vorgesetzter von 200 000 Beamten ein Land verwalten will, wenn

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

man an diejenigen, die einem helfen müssen, dieses Land zu verwalten, solche Signale sendet. Das kann nicht funktionieren, meine Damen und Herren, wenn man solche Signale aussendet und wenn man gegenüber den Staatsdienern eine solche Fundamentalkritik äußert.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich will gar nicht kritisieren, dass Sie darüber nachdenken, diese Besoldungserhöhung zeitversetzt vorzunehmen. Das haben wir in der Vergangenheit – das sage ich sehr deutlich – aus Einspargründen ebenfalls getan.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Aha!)

Deshalb könnte man mit uns durchaus darüber reden, dass wir dieser verzögerten Besoldungsanpassung zustimmen. Allerdings kritisieren wir, meine Damen und Herren, dass Sie unfähig sind, mit dem Beamtenbund zu einem Konsens zu gelangen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir haben es in der zurückliegenden Legislaturperiode, bereits im Jahr 2006, geschafft, zu einem Konsens mit dem Beamtenbund zu finden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Na ja!)

Deshalb gab es diese Demonstrationen, denen Sie sich ausgesetzt sehen, zu unserer Regierungszeit nicht. Das ist zu kritisieren: Sie sind offensichtlich dialogunfähig, meine Damen und Herren. Sie reden von der Politik des Gehörtwerdens, aber in der Praxis sind Sie gar nicht dialogfähig. So sieht es in Baden-Württemberg aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir bieten Ihnen, meine Damen und Herren, an, das, was Sie vorgeschlagen haben, heute mitzutragen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Wir erwarten allerdings, dass Sie im Gegenzug unserem Änderungsantrag zustimmen, der begehrt, das Sonderopfer für die jungen Beamten,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE schüttelt den Kopf.)

mit dem der öffentliche Dienst für den qualifizierten Nachwuchs, den wir in Baden-Württemberg brauchen, unattraktiv gemacht wird, zurückzunehmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn Sie dazu bereit sind, diesen Schritt zu gehen, wenn Sie dazu bereit sind, das Signal zu senden: „Junge, qualifizierte Menschen sind im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg nach wie vor willkommen“, wenn Sie bereit sind, das Signal zu senden: „Wir sind uns bewusst, dass wir auf dem Arbeitsmarkt in Konkurrenz mit dem Mittelstand sowie mit Großunternehmen in Baden-Württemberg stehen, die junge, qualifizierte Berufsanfänger brauchen“, sind wir bereit, zuzustimmen. Wenn Sie unseren Änderungsantrag mittragen, sind wir bereit, Ihre Einsparmaßnahme mitzutragen; wenn Sie sich dazu nicht in der Lage sehen, müssen Sie auch allein die Verant-

wortung für Ihre beamtenfeindliche Politik in Baden-Württemberg übernehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal will ich für die Landesregierung festhalten: Der öffentliche Dienst, die Beamtenschaft unseres Landes, ist weit mehr als nur ein Kostenfaktor. Er ist vor allem eines: das Rückgrat eines handlungsfähigen Staates.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, schätzen wir die Arbeit unserer Angestellten, unserer Beamtinnen und Beamten. Sie leisten wertvolle Beiträge für das Wohlergehen dieses Landes. Deshalb haben wir, die Landesregierung, vom ersten Tag an gehandelt, um den öffentlichen Dienst hier im Land zu verbessern.

Ich sehe in den Reihen der CDU und der FDP/DVP sehr viele Krokodilstränen und erinnere daran, was Sie in den letzten Jahren an Einschnitten bei der Beamtenschaft vorgenommen haben.

Wir haben das Lebensarbeitszeitkonto, das mit dem Streichen von Stellen – insbesondere von 700 Lehrerstellen – verbunden war, zurückgenommen, weil es ein verfehltes Instrument war. Wir haben den Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten eine gesicherte Perspektive gegeben, indem wir sie in eine vertragliche Festanstellung übernommen haben. Wir haben die Krankheitsreserve in den Schulen ausgebaut und damit für die Lehrer, die sonst in der Sommerpause auf der Straße gestanden wären,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Kirche im Dorf lassen!)

festen Stellen geschaffen. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, Hunderte von Stellen zu entfristen, damit die prekäre Beschäftigung im Landesdienst zurückgeht. Wir haben den Nachwuchs bei der Polizei und den Steuerbehörden gestärkt, indem wir den Einstellungskorridor ausgeweitet haben, und damit Zukunft für junge Menschen im Land geschaffen. Wir verbessern über die Novelle des Landespersonalvertretungsrechts, die wir jetzt angestoßen haben, die Mitwirkung der Beschäftigten, weil wir es mit der Kompetenz der Beschäftigten ernst meinen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie weit sind Sie da? Kommt noch rechtzeitig ein Gesetzentwurf?)

Wir sind die Regierung, die für den öffentlichen Dienst eintritt, während Sie dies jahrelang vernachlässigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Gerade bei der schwierigen Frage der Besoldungsanpassung haben wir uns die Abwägung nicht leicht gemacht. Denn, mei-

(Minister Dr. Nils Schmid)

ne sehr verehrten Damen und Herren, es ist klar, dass an der Herkulesaufgabe der Haushaltskonsolidierung kein Weg vorbeiführt. Wir gehen sie mit voller Kraft an.

Der Landeshaushalt lässt sich nicht konsolidieren, ohne den weitaus größten Ausgabenblock von über 40 % der Gesamtausgaben mit einzubeziehen. Wir haben deshalb um eine Lösung gerungen, die beides in Einklang bringt: die legitimen Erwartungen der Beamtenschaft und die traurige Notwendigkeit, die von Schwarz-Gelb ererbte, von uns übernommene Schieflage im Landeshaushalt dauerhaft zu beseitigen.

Dazu haben wir viele Gespräche mit Verbänden und Gewerkschaften geführt. Der Vorwurf, wir hätten nicht versucht, eine Übereinkunft zu finden, geht deshalb völlig ins Leere. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben alles getan, um eine solche Vereinbarung zu treffen. Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem Kompromiss gehören immer zwei. Wenn die eine Seite nur dann zu einer Vereinbarung bereit ist, wenn sie 100 % ihrer Forderung umsetzen kann,

(Zuruf: Wie die SPD!)

dann bleibt dieser Weg leider verschlossen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Bei aller verständlichen Aufregung müssen wir dennoch daran erinnern, worüber wir heute eigentlich sprechen. Wir reden über ein Gesetz, das die Bezüge der Beamten erhöht. Wir reden über die Erhöhung der Bezüge – ja, mit einer sozialen Staffelung, zeitlich verschoben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das muss einmal gesagt werden!)

Wir übernehmen aber das Tarifergebnis inhaltsgleich, das heißt, es wird gar nicht gekürzt. Eine verzögerte, aber inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses ist vielmehr das Anliegen der Landesregierung. Deshalb sollten wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kirche im Dorf lassen und zu einer sachlichen Debatte zurückkehren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb ist auch die Aussage, die wir, die Regierungskoalition, im Koalitionsvertrag gemacht haben, das Versprechen, das wir den Beamten gegeben haben, eingelöst, denn sie partizipieren in voller Höhe an der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung. Damit ist auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg gewahrt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich möchte noch ein Wort zu den Vorschlägen der Opposition sagen. Wir sind es gewohnt, dass Schwarz und Gelb allen alles versprechen und zugleich die Speerspitze der Sparbewegung darstellen wollen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das haben wir 2008 auch erreicht!)

Das verwundert mich aber immer wieder aufs Neue, denn von Ihnen kommt nicht ein einziger tragfähiger Sparvorschlag.

Auch in dieser Frage haben die heute von Ihnen vorgelegten Anträge eines gemeinsam: Sie kosten eine Stange Geld.

Wenn die CDU darauf verweist, wir hätten – sozusagen als Wasserstandsmeldung – 1 Milliarde € im Landeshaushalt, dann unterschlägt sie, dass wir auch Ausgabereise in etwa gleicher Größenordnung haben, die wir – insbesondere gegenüber Kommunen – abfinanzieren müssen. Wenn Sie diese 1 Milliarde € jetzt für die Bezügeanpassung bei den Beamtinnen und Beamten vervespern wollen, dann geht dies zulasten der Kommunen und anderer Zuschussempfänger, die einen rechtlichen Anspruch auf die entsprechenden Gelder haben.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

Insofern ist dieser Vorschlag auf Sand gebaut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Bei der FDP/DVP ist es besonders witzig. Die „Obersparer“ wollen gnädigerweise der Verschiebung der Anpassung der Beamtensbezüge zustimmen, aber im Gegenzug sollen wir einen strukturell wirkenden Einsparbeitrag, nämlich die befristete Absenkung der Eingangsbesoldung, zurücknehmen. Das ist Sparen à la FDP/DVP: Man erhöht zeitverzögert die Bezüge der Beamten, und gleichzeitig werden durch die Rücknahme einer strukturell wirkenden Maßnahme zusätzliche Lücken in den Landeshaushalt gerissen. So werden wir die Schuldenbremse nicht einhalten können, sehr verehrter Herr Kollege Dr. Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf von der CDU)

Wenn Sie darauf hinweisen, der Nationalpark hätte zur Ausweitung des Landeshaushalts beigetragen, dann gehört auch der Hinweis schon zur Ehrlichkeit:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben ja selbst das Gesetz blockiert!)

Dieser Nationalpark ist noch nicht im Haushalt verankert. Insofern kann der Nationalpark, so viel er auch immer kosten wird, gar nicht die Ursache für die strukturelle Lücke im Landeshaushalt sein. Das ist Ihre Lücke, das ist die Lücke, die Sie uns hinterlassen haben. Wir haben inzwischen 900 Millionen € der Lücke, die 2,5 Milliarden € umfasst, geschlossen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ja! Mit Buchungstricks!)

Das ist nach knapp zwei Jahren Regierungszeit eine beachtliche Leistung. Wir schreiten bei der Konsolidierung voran, während Sie gar keinen Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir haben bei dieser Besoldungsanpassung eine schwierige Abwägung vorgenommen. Wir haben die Anpassung gemeinsam in der Regierungsspitze und in den Regierungsfractionen beschlossen und werden sie heute hoffentlich auch im Landtag beschließen.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wir anerkennen, dass die Beamtinnen und Beamten unseres Landes hervorragende Arbeit leisten. Das ist von größter Bedeutung, und wir wissen dank der kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien und den nachgeordneten Behörden, wovon wir reden. Trotzdem müssen wir den Landeshaushalt entlasten. Deshalb haben wir in dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung diese Verschiebung, die sozial gestaffelt ist, vorgesehen.

Ich finde, wir haben eine gute Lösung gefunden, die beides miteinander vereinbart. Die Bezüge der Beamtinnen und Beamten werden mit einer sozial gestaffelten zeitlichen Verzögerung erhöht. Damit leisten wir einen Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes und gleichzeitig zu der notwendigen Entlastung des Landeshaushalts.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/3572. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/3713.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2013/2014

sowie Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3758-1, und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3758-2.

Ich lasse zuerst über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3758-1, abstimmen. Kann ich Ziffer 1 des Änderungsantrags insgesamt zur Abstimmung stellen? – Das ist der Fall.

Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3758-2, abstimmen. Kann ich diesen Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung stellen? – Das ist der Fall.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Artikel 1 des Gesetzentwurfs Drucksache 15/3572 abstimmen. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg

und dazu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3758-1. Wer Ziffer 2 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wer Artikel 2 des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Berechnungsvorschriften

und hierzu die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3758-3.

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3758-3, die die Einfügung eines neuen Artikels 3 a vorsieht. Wer Ziffer 1 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

und dazu die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/3713. Außerdem liegt hierzu die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3758-3, vor.

Ich lasse zuerst über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3758-3, abstimmen. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Wer Artikel 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist Artikel 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 15/3713 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Juli 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt und Tagesordnungspunkt 3 beendet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf von der CDU: Was gibt es da zu klatschen?)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung – Drucksache 15/3251

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur – Drucksache 15/3724

Berichterstatter: Abg. Manfred Groh

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Groh.

Abg. Manfred Groh CDU: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD zur Änderung der Landesbauordnung und damit zur verbindlichen Einführung von Rauchwarnmeldern in Aufenthaltsräumen.

Die CDU hat, wie Sie wissen, ihre Zustimmung signalisiert unter dem Vorbehalt, dass noch offene Fragen ausreichend beantwortet und Sachverhalte berücksichtigt werden. Die öffentliche Anhörung hat sicherlich dazu beigetragen, dass wichtige Punkte angesprochen und diskutiert wurden. Unsere Einwendungen wurden jedoch nicht berücksichtigt. Deswegen, lieber Herr Schwarz, halten wir unsere Anträge im Wesentlichen aufrecht und stellen sie heute erneut zur Abstimmung. Maßgeblich hierfür ist auch die abschließende Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur am 3. Juli gewesen, in der sich die Regierung und die sie tragenden Fraktionen auf formaljuristische Aspekte zurückgezogen haben. Sie wollen Ihren Gesetzentwurf einfach nur durchboxen. Aber vergessen Sie dabei nicht: Ein Gesetz zu schreiben ist einfach, es vollziehbar zu machen dagegen eine Kunst.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann
FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, gleichwohl werden wir der Pflicht zur Ausstattung mit Rauchwarnmeldern im Grundsatz zustimmen. Es gibt aber eine Vielzahl von Aspekten, die nun befürchten lassen, dass mit dem Inkrafttreten des Gesetzes neue Rechtsunsicherheiten entstehen werden. Wie bereits beim

Landesplanungsgesetz gilt auch im konkreten Fall: Gut gemeint ist nicht automatisch gut gemacht.

Durch die Kompromisslösung in § 15 Absatz 7 Satz 1 ist klar gestellt, dass Rauchwarnmelder nur innerhalb von Wohnungen installiert werden müssen. Das ist der einzige gemeinsame Nenner, den wir im Ausschuss erzielen konnten, Herr Kollege Schwarz.

Nun zu unseren konkreten Einwendungen. Erstens zu den Übergangsfristen: In der Expertenanhörung wurde von allen darauf hingewiesen, dass die Übergangsfristen zu kurz sind. Die großen Wohnungsgesellschaften müssen nicht nur eine Wohnung ausstatten, sondern gleich eine Vielzahl. Des Weiteren muss man berücksichtigen, dass Ende 2014 in Hessen und Ende 2015 in Sachsen-Anhalt, in Bremen und Niedersachsen ebenfalls die Übergangsfristen enden. Allein in diesen vier Bundesländern gibt es insgesamt 8,3 Millionen Wohneinheiten. Genau in diese Phase rückt Baden-Württemberg hinein – mit nochmals knapp 5,1 Millionen Wohneinheiten. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass 2017 die Nachrüstpflicht in Bayern und in Nordrhein-Westfalen ausläuft. Zusammen betrifft das noch einmal 14,6 Millionen Wohneinheiten.

Selbstverständlich betrifft die Nachrüstung nicht alle Wohnungen, da Rauchwarnmelder bereits installiert und die Gesetze schon vor einiger Zeit auf den Weg gebracht worden sind. Da aber die Lieferanten und Hersteller mit drei Geräten pro Wohnung rechnen, sind insgesamt noch weit über 30 Millionen Rauchwarnmelder zu liefern und zu installieren.

Solche Hinweise und Warnungen zu übergehen erscheint uns schlichtweg fahrlässig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir halten deshalb eine Frist mindestens bis zum 31. Dezember 2015 für notwendig.

Zweitens zum Straftatbestand: Es ist nicht klug, sich auf Formaljuristisches zu berufen, wenn einem der Sachverhalt mehrfach erklärt wurde. Das Bestimmtheitsgebot verlangt, den Menschen nicht nur zu sagen, was sie zu tun haben, sondern auch, wie sie es zu tun haben. Da es unserer Meinung nach sehr wahrscheinlich ist, dass mit der Pflicht zur Ausstattung mit Rauchwarnmeldern strafrechtlich die Schaffung einer Garantenstellung für Eigentümer oder Vermieter verbunden sein dürfte, halten wir an unserer Forderung bezüglich dieser Hinweispflicht fest.

Drittens: technische Standards. In unserem Entschließungsantrag haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die Pflicht zur Ausstattung mit Rauchwarnmeldern auch bestimmte technische Normen umfassen muss. Wir sind der Meinung: Um die Sicherheit der Menschen aber optimal gewährleisten zu können, sind die Bestimmungen zu den Geräten und deren Anbringung gesondert zu regeln. Sie berufen sich auf § 3 Absatz 3 der Landesbauordnung, wonach die obersten Baurechtsbehörden im gegenseitigen Einvernehmen Regeln der Technik als technische Baubestimmungen bekannt machen können. Dies ist aber in unseren Augen zu wenig. Wir plädieren nach wie vor dafür, dass alle Details gesondert und eindeutig geregelt werden, so wie es in anderen Bundesländern – z. B.

(Manfred Groh)

in Bayern und Nordrhein-Westfalen – inhaltlich auch gemacht wurde.

Nach unserer Meinung ist hierfür weder § 3 Absatz 3 LBO noch die allgemeine Grundlage in § 73 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 15 LBO geeignet. Wir halten eine Regelung – das habe ich Ihnen schon gesagt – in § 73 Absatz 7 durch Anfügung eines weiteren Satzes für sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sollte die Landesregierung dennoch auf der Generalvorschrift bestehen, raten wir dringend, zu prüfen, ob nicht doch eine eigenständige Verordnung zu erlassen ist.

Viertens: Streichung des Satzes 2 in § 15 Absatz 7. Auch das habe ich Ihnen schon gesagt: Es könnte aus unserer Sicht auf diesen Hinweis verzichtet werden, da er lediglich zu einer Überfrachtung des Gesetzes führt. Sie sagen im Straßenverkehrsgesetz doch auch nicht: Fahren Sie richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben vorgeschlagen, im Bau befindliche Objekte den Neubauten zuzuordnen. Das wäre technisch und rechtlich einfacher. Sie selbst schreiben in der Einzelbegründung Ihres Gesetzentwurfs, dass die Pflicht zur Ausstattung mit Rauchwarnmeldern für komplett neue Projekte ab sofort gelten soll. Warum dann nicht auch für bereits begonnene, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen – ich komme zum Schluss –, der Schutz von Menschenleben ist eine dringende und wichtige Aufgabe. Sie erfordert vom Gesetzgeber eine sorgfältige Prüfung und auch eindeutige Regelungen. Auf jeden Fall muss vermieden werden, die Menschen mit der Verabschiedung des Gesetzes ins Unrecht zu setzen. Stattdessen laufen Sie, die Regierungsfractionen, Gefahr, dass Billigprodukte gekauft und installiert werden, um so dem populistisch geprägten Gesetz zu folgen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach komm!)

Da die Gesetzesänderung erhebliche Mängel aufweist,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt jetzt nicht!)

mit Umsetzungsproblemen zu rechnen ist und wichtige Fragen gar nicht beantwortet wurden, gehen wir bei unserer Zustimmung davon aus, dass wir im Rahmen der anstehenden LBO-Novelle noch einmal auf die Thematik zu sprechen kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Raufelder.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst müssen wir vielleicht einmal die Gemeinsamkeiten klären. Ich denke, Menschenleben zu retten ist für uns alle eine wichtige Aufgabe. Dazu kommen noch Sachwerte, die durch Rauchwarnmelder gerettet werden

können. Rauchwarnmelder sollten möglichst schnell eingeführt werden.

(Abg. Manfred Groh CDU: Das machen wir auch!)

Ich denke, da sind wir uns einig. Es hat sich auch in der Anhörung der Sachverständigen herausgestellt, dass das eine wichtige Sache ist.

Wenn ich das, was die Feuerwehr uns gesagt hat, noch einmal Revue passieren lasse, muss ich sagen: Ich hatte einen ganz anderen Eindruck, nämlich dass sie sich schon von Anfang an für die Rauchmelder eingesetzt hat. Ich selbst habe mir als Feuerwehrler auch immer wieder die Mühe gemacht, darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, gerade in Aufenthaltsräumen und Schlafräumen diese Warnanlagen zu haben.

Deswegen bin ich etwas verwundert, dass wir uns jetzt über Fristen streiten. Wir hatten Zeiten, in denen Freiwilligkeit herrschte. Ich selbst stand als Architekt immer wieder vor der Situation, dass ich den Bauherren und Bauherren klarmachen musste, dass der Einbau von Rauchwarnmeldern freiwillig ist, man ihn aber trotzdem vornehmen sollte. Das wurde aber leider nicht so sehr angenommen. Wir haben auch in der Anhörung gehört, dass rechtlicher Zwang eine wichtige Voraussetzung ist.

Deswegen halte ich auch an unserer Gesetzesvorlage fest. Ich denke, es ist eine sehr gute Gesetzesvorlage. Ich war übrigens sehr erstaunt: Beim Empfang der Architektenkammer wurde diese Situation mit den Rauchwarnmeldern rundum gelobt, und auch die zeitliche Dimension wurde gelobt.

Sie haben von Mangelwirtschaft gesprochen. Eines muss man sagen: Ich glaube nicht, dass sich die Bundesrepublik durch eine Mangelindustrie auszeichnet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Raufelder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Groh?

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Gut, ja. Immer wieder gern.

Abg. Manfred Groh CDU: Vielen Dank, Herr Raufelder. – Ich habe Ihnen vorhin die von uns berechnete Zahl von rund 30 Millionen Rauchmeldern genannt. Da Sie vorhin nur den einzigen Feuerwehrmann erwähnt haben, der gemeint hat, man könne mit Ihrer Frist bis 31. Dezember 2014 auskommen, sagen wir Ihnen: Das wird nicht gehen; es wird einen Engpass geben. Bitte verlängern Sie die Frist auf 31. Dezember 2015. Dann sind wir uns schon einig.

(Beifall des Abg. Konrad Epple CDU)

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ich bin jetzt zwar Vollpolitiker, aber ich habe jahrelang als Architekt gearbeitet und habe auch noch Beziehungen zur Industrie. Alle haben mir bestätigt, dass es möglich ist, die Rauchmelder in der kurzen Zeit zur Verfügung zu stellen. Wir können gern einmal die Firmen durchgehen, die wir da als Grüne angesprochen haben. Das war ja auch unsere Aufgabe als Fraktion. Da haben wir tat-

(Wolfgang Raufelder)

sächlich erreicht, dass es auch möglich ist, die Installation der Rauchmelder in der vorgesehenen Frist umzusetzen.

Auch große Wohnungsbauunternehmen haben uns signalisiert, dass die Möglichkeit der Umrüstung besteht. Das sind die Wohnungsbauunternehmen, die zum Teil schon Vorsorge getroffen haben in der Richtung, dass sie Leitungen gelegt haben, dass sie bestimmte Voraussetzungen bei den Mieterinnen und Mietern geschaffen haben. Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg.

Die Anhörung hat auch gezeigt, dass die Versicherungswirtschaft genau geklärt hat, dass der Eigentümer, wenn er eine Wohnung vermietet – das haben Sie ja selbst mitbekommen – – Dann hat auch der Mieter des Objekts eine gewisse Verantwortung. Wir haben in der Anhörung sehr gute Argumente geliefert bekommen. Ich glaube, es war eine gute Anhörung. Deswegen bin ich etwas enttäuscht, dass Sie jetzt ein solches Fazit daraus ziehen.

Lassen Sie uns bitte gemeinsam Leben retten. Das ist ganz wichtig. Lassen Sie uns möglichst schnell diese Situation schaffen. Jedes Menschenleben, das wir retten, ist eines, das wir dann wirklich auf diese Rauchmeldeanlagen zurückführen können. Etwa 600 Menschen sind es jährlich in der Bundesrepublik, die man durch Rauchmeldeanlagen retten kann. Deswegen müssen wir uns jetzt möglichst schnell auf den Weg machen.

Wir haben uns in der Anhörung auch bewegt. Wir haben ja diese Frist verlängert. Wir haben auch sozusagen eine gemeinsame Frist herausgearbeitet, auch in Kooperation mit der CDU bzw. mit unserem Koalitionspartner SPD. Ich glaube, wir haben uns auf einen einvernehmlichen Termin verständigen können, und meine, es ist eine gute Sache, die wir da gemacht haben.

Deswegen hoffe ich, dass Sie dieser Vorlage zustimmen können. Denken Sie auch an die Wirkung nach außen. Eine gemeinsame Initiative für die Rettung von Menschenleben ist eine gute Sache, zumal wenn sich da auch die CDU anschließt.

Ich möchte auch noch einmal unserem Koalitionspartner für die konstruktive Zusammenarbeit danken. Wir haben auch in der Fraktion sehr massiv die Diskussion geführt, wie man die Rauchwarnmelder sinnvoll einsetzen kann. Das war eine gute Zusammenarbeit. Ich glaube, es hat sich gezeigt, dass das Gesetz Substanz hat. Bei der Novellierung der LBO kommen noch viele andere Punkte. Aber dieser Punkt wird sich durchgesetzt und bis dahin auch in der Praxis bewährt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Rauchwarnmelder retten Leben“, das war die zentrale Aussage von Dr. Frank Knödler, dem Präsidenten des Landesfeuerwehrverbands Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Ich füge hinzu: Wenn Sie durch Einführung der Rauchwarnmelderpflicht auch nur ein einziges Leben retten, dann hat sich diese Mühe heute und in den letzten Wochen schon gelohnt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

In der Zeit zwischen der ersten und der zweiten Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs haben wir im Verkehrsausschuss eine umfangreiche mündliche und schriftliche Anhörung durchgeführt. Das war ein gutes Beispiel für die Politik des Gehörtwerdens.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Wir haben aus dieser Anhörung Konsequenzen gezogen. Bei der Formulierung, wo Rauchwarnmelder eingebaut werden sollen, wurde nachjustiert. Es wurde eine einheitliche Frist zur Ausstattung mit Rauchwarnmeldern eingeführt. Als Frist haben wir den 31. Dezember 2014 festgelegt.

Ich meine hinsichtlich dieser Frist: Das ist höchste Zeit. Das sagen auch die Feuerwehren. Wir hören den Vorwurf: „Warum ist das nicht schon vor zehn Jahren gemacht worden? Dann wäre einiges nicht passiert.“ Es ist höchste Zeit, dass wir die Rauchwarnmelderpflicht einführen und eine Frist beschließen, die nicht sehr weit in der Zukunft liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den Grünen)

Bei den Diskussionen im Verkehrsausschuss gab es unterschiedliche Meinungen zu dieser Frist. Teilweise wurden auch sehr viel längere Fristen gefordert. Ich halte die Einhaltung der Frist, die wir festlegen wollen, für machbar.

(Abg. Manfred Groh CDU: Und wenn nicht?)

Wir haben die Vorschriften im Gesetzentwurf einfach gehalten und keine komplizierten Formulierungen vorgenommen. Ich glaube, das ist kein Mangel, sondern ein guter, übersichtlicher Paragraph. Wir haben keine DIN-Vorgaben, keine Vorgaben zur Verkabelung, keine komplizierten Standortbestimmungen festgelegt.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Die ursprünglich vorgesehene Frist der Einführung bis zum 31. August 2014 haben wir bis zum 31. Dezember 2014 ausgeweitet. Wir haben also fast ein halbes Jahr dazugegeben.

Experten wie z. B. Professor Dr. Brand haben bestätigt, dass es in einem Wirtschaftsraum, der nicht von Mangelwirtschaft geprägt ist, durchaus möglich sein sollte, die entsprechende Anzahl von Rauchwarnmeldern bei Festlegung einer Frist, die zwölf Monate überschreitet – wenn wir das Gesetz heute beschließen, dann sind das mehr als zwölf Monate –, zu beschaffen. Das war die Expertenaussage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig! –
Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rapp?

Abg. Klaus Maier SPD: Bitte schön.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank. – Herr Kollege, wem ist geholfen, wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist, die entsprechende Anzahl von Geräten zur Verfügung zu stellen, und die Menschen auf Billiggeräte ausweichen, die aber nicht in der Lage sind, eine Rauchwarnmeldung nach unserem Standard abzugeben?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: China schafft das!)

Abg. Klaus Maier SPD: Erstens: Die Wirtschaft wird in der Lage sein, diese Frist einzuhalten. Ich habe nichts Gegenteiliges gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zweitens: In den Ländern, in denen riesig lange Fristen gewährt worden sind – das haben wir von Vertretern von Wohnungsbaugesellschaften gehört –, werden die Rauchwarnmelder erst auf den letzten Drücker eingebaut.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die CDU hat kein Vertrauen mehr! Vertrauen verloren, alles verloren!)

Drittens: Ich halte Ihre Aussage für eine Beleidigung für viele Hersteller. Die Geräte, die es zu kaufen gibt, sind ordentlich.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Sehr gut!)

Ich glaube, es ist eine Unterstellung, dass die Rauchwarnmelder, die es in Elektrogeschäften oder Möbelhäusern zu kaufen gibt, nicht funktionieren. Das muss ich zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Und im Internet?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rapp?

Abg. Klaus Maier SPD: Ja, bitte.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank. – Woher nehmen Sie die Erkenntnis, dass die Wirtschaft, die Industrie, die Lieferanten in der Lage sind, die geforderte Zahl von Geräten, die bestimmten Mindestanforderungen entsprechen, bis Ende 2014 zu liefern? Haben Sie mit Herstellern gesprochen?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir sind im Dialog mit der Wirtschaft! Wir reden mit der Wirtschaft! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Professor Brand!)

Abg. Klaus Maier SPD: Ich empfehle Ihnen, Herr Dr. Rapp, in ein großes Möbelhaus zu gehen. Da liegen die Rauchwarnmelder kistenweise. Sie können die Geräte dort kaufen und ganze Wohnblocks damit ausrüsten. Es gibt kein Problem; wir haben keine Mangelwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE zur CDU: Reden Sie einmal mit der Wirtschaft!)

Die Haftungsfragen, die die CDU aufgeworfen hat, hat das Ministerium sehr gut beantwortet. Das Ministerium hat ausgezeichnet und erschöpfend geantwortet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Grüne und SPD haben nicht den Weg über einen Fraktionsantrag gewählt, den Sie heute beschreiten, um die Fristen unendlich zu verlängern,

(Abg. Manfred Groh CDU: Ein Jahr!)

sondern den Weg, das Ganze schnell durchzubringen. Dazu stehen wir natürlich auch.

Ich möchte noch anmerken, dass ich von einer Aussage auch enttäuscht bin, und zwar von der Aussage des Gemeindetags. Es gab ein paar lapidare Aufzählungen über Kosten und Fehlalarme. Der Gemeindetag vertritt eigentlich die Feuerwehren. Wir schützen auch ehrenamtlich tätige Feuerwehrfrauen und -männer in den Gemeinden. Man muss deutlich sagen, dass ein fortgeschrittener Brand eine größere Gefahr ist als ein Brand, der rechtzeitig entdeckt wird. Hier hätte ich mir mehr Unterstützung und Power dieser wichtigen Interessenvertretung gewünscht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Alle kritischen Kommentare nehme ich gern entgegen. Sie bestätigen mich. Denn die Kommentare werden genauso kritisch sein, wenn wir nichts tun und wenn etwas passiert. Dann fallen Sie über uns her und sagen: „Ihr habt das versäumt.“

Deshalb der Appell an alle: Führen wir die Rauchwarnmelderpflicht ein. Ich appelliere an das gesamte Plenum: Stimmen Sie dieser wichtigen Gesetzesänderung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Hinweis, den wir in der ersten Lesung gegeben hatten, dass wir uns auch über Anhörungen noch einmal intensiv mit dem Thema auseinandersetzen, ist gefolgt worden. Dank von meiner Seite an Grün-Rot, dass man diese Anhörung durchgeführt hat. Die Anhörung hat vieles bestätigt, was wir schon bei der ersten Lesung angesprochen hatten.

Es ist im Hinblick auf etwa 500 Brände am Tag in der Bundesrepublik Deutschland keine Frage, dass man sich auch mit der Forderung nach einer Pflicht zum Einbau von Rauchwarnmeldern beschäftigt, die wir vom Prinzip her begrüßen.

Der Gesetzentwurf zeigt jedoch auch, dass man es nicht schaffen wird, eine vollumfängliche Sicherheit zu garantieren. Ich glaube, es ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Regelungen, die dieser Gesetzentwurf vorsieht, eben keine Garantie dafür bieten, dass ein Fall wie in Backnang nicht noch einmal vorkommt. Ein solcher wird weniger wahrscheinlich, aber wir haben damit auch nicht die Sicherheit. Denn sonst hätten wir einen Kontrollaufwand, der wohl nicht vertretbar wäre.

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass dadurch – zumindest teilweise – die Mietnebenkosten steigen werden. Wir

(Jochen Haußmann)

müssen uns auch damit auseinandersetzen, dass möglicherweise in Zukunft Versicherungen im Hinblick auf die Obliegenheitsverpflichtungen dieses Thema aufgreifen.

Wir können der Einführung der Rauchwarnmelderpflicht und der Installation von Rauchwarnmeldern inhaltlich zustimmen. Nicht zustimmen können wir jedoch der Übergangsfrist. Das war sowohl in der schriftlichen Anhörung als auch in der Vorstellung im Verkehrsausschuss eindrücklich dargestellt worden.

Ich habe zum Thema „Verpflichtung zum Einbau von Rauchmeldern in Wohngebäuden“ eine kleine Anfrage gestellt und darin u. a. gefragt: Wie sieht es in anderen Bundesländern aus? Schleswig-Holstein ist das Bundesland, das mit zwei Jahren die kürzesten Fristen hatte. Die längste Frist hatte das Bundesland Hessen mit neunzehn Jahren. Der Durchschnitt lag bei dreieinhalb bis fünf Jahren. Diese Fristen haben auch einen Grund. Wir diskutieren einerseits über die 5,1 Millionen Wohnungen in Baden-Württemberg und andererseits über die Sondereinrichtungen Krankenhäuser, Rehaeinrichtungen und Pflegeeinrichtungen.

Ich darf einmal darauf hinweisen, was es an Rückmeldungen aus den Anhörungen gegeben hat. Wir haben einerseits große Wohnungsbaugesellschaften und Hausverwaltungen, die sehr große Wohnungsbestände haben. Wenn sie dann die entsprechenden Eigentümersammlungen durchführen, die Ausschreibungen machen und die Ausführungen durch Fachfirmen vornehmen lassen, wie es Haus & Grund ihren Mitgliedsbetrieben empfiehlt, dann brauchen sie einen längeren Übergangszeitraum. Es ist ein Unterschied, ob man das in seiner eigenen Wohnung selbst installiert, wie Sie es in den letzten Jahren als Präventionsmaßnahme wahrscheinlich alle schon einmal gemacht haben.

Ich darf an die Stellungnahme der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft erinnern, in der es heißt, die Refinanzierung der Zusatzkosten durch die Erweiterung der Rauchwarnanlagen für die Krankenhäuser, Reha- und Pflegeeinrichtungen müsse noch geklärt werden, weshalb längere Übergangsfristen gefordert würden.

Der Fachverband Sicherheit im Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, ZVEI, hat geschrieben, die Rauchwarnmelderpflicht solle auf jeden Fall nicht vor Dezember 2016 eingeführt werden.

Auch der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure Baden-Württemberg – insofern widerspreche ich ein Stück weit den Äußerungen des Kollegen Raufelder – fordert in seiner Stellungnahme längere Übergangsfristen im Gesetz.

Schließlich darf ich noch ein Zitat aus der schriftlichen Stellungnahme der Diakonie Württemberg vorlesen:

Viele – gerade auch ältere – Einrichtungen verfügen noch nicht über diesen umfänglichen Schutz mit z. B. Rauchmeldern in den Bewohnerzimmern, die auf eine flächendeckende Brandmeldeanlage mit Verbindung zur Feuerwehr aufgeschaltet sind. Die Umrüstung auf diesen Vollschutz erfordert in der Regel einen Austausch der bisherigen Meldeanlagen und bei zusätzlich zu installierenden Rauchmeldern eventuell umfangreiche Verkabelungsneueinstellungen. ... Unter Berücksichtigung der erforderli-

chen Planungen, Ausschreibungen und Gespräche bzw. Verhandlungen mit Kostenträgern bezüglich der Refinanzierung und ergänzender Verwaltungsabläufe ist der vorgesehene Zeitplan nicht durchführbar. Wir fordern deshalb eine deutliche Verlängerung der Übergangsfrist für Heime um vier Jahre.

Deswegen haben wir den Antrag gestellt, die Frist – da orientieren wir uns an Schleswig-Holstein, dem Land mit den bislang kürzesten Übergangsfristen – bis zum 31. Dezember 2016 zu verlängern. Unter dieser Bedingung würden wir auch zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr vernünftig!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Jedes Jahr sind in Baden-Württemberg rund 50 Opfer durch Brände zu beklagen. 70 % von ihnen werden nachts im Schlaf vom Brand überrascht. Schlafende Menschen bemerken nicht, wenn sich tödlicher Rauch im Gebäude ausbreitet. Rauchwarnmelder in Räumen, in denen Menschen schlafen, können Leben retten; da sind wir uns einig.

Allein durch Werbeaktionen und Appelle an die Eigenverantwortung der Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer und der Wohnungsbesitzerinnen und Wohnungsbesitzer – das hat sich inzwischen gezeigt – ist eine flächendeckende Verbreitung von Rauchwarnmeldern insbesondere in Wohnungen nicht zu erreichen.

Der Ministerrat hat daher schon im Dezember 2012 die Einführung einer gesetzlichen Pflicht zum Einbau von Rauchwarnmeldern als einen Eckpunkt bei der Überarbeitung der Landesbauordnung beschlossen.

Der Gesetzentwurf zur Überarbeitung der Landesbauordnung ist umfangreich. Er enthält verschiedene Eckpunkte. Die Einbringung der fachlichen Anliegen der beteiligten Ressorts sowie die bevorstehende Anhörung der Verbände wird eine schnelle Umsetzung noch in diesem Jahr voraussichtlich nicht zulassen.

Nach verschiedenen tragischen Wohnungsbränden in letzter Zeit in unserem Land hat besonders das Brandunglück in Backnang erneut gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Deshalb war es richtig, dass die Rauchwarnmelderpflicht aus dem Gesamtvorhaben der Novellierung der LBO herausgenommen wurde und als eigenständiger Gesetzentwurf von den Regierungsfractionen direkt eingebracht wurde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich meine, durch diese schnelle und entschlossene Handlungsweise zeigen wir politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, alle zusammen, dass uns das Wohl der Bürgerinnen und Bürger wirklich am Herzen liegt.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Immer!)

(Dr. Gisela Splett)

Es wurde darüber gesprochen, dass die Einführung der Rauchwarnmelderpflicht auch Kosten und Unannehmlichkeiten für Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer, aber auch für Mieterinnen und Mieter bringen kann. Aber – das hat die umfangreiche schriftliche und mündliche Anhörung der Verbände nochmals gezeigt – sowohl die Installationskosten als auch die jährlichen Wartungskosten sind überschaubar und werden die Verpflichteten nicht überfordern. Zudem bin ich mir sicher, dass sich die Erkenntnis durchsetzt, dass das Geld für das Mehr an Sicherheit gut angelegt ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Natürlich darf der Gesetzgeber nichts verlangen, was von den Betroffenen nicht oder nur schwer umzusetzen ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist das Thema! Genau!)

Ich halte es daher für richtig, dass dem Anliegen der Wohnungswirtschaft durch eine Verlängerung der Nachrüstfristen für Bestandsgebäude, wie sie im ursprünglich eingebrachten Gesetzentwurf vorgesehen waren, Rechnung getragen wurde.

Auch die anderen Punkte, die in den nun vorgelegten Änderungsanträgen enthalten sind, haben wir im Ausschuss intensiv diskutiert. Der Bericht über die Ausschussberatung liegt Ihnen vor; er umfasst neun Druckseiten. Eine weitere Verlängerung bis Ende Dezember 2015 bzw. 2016 wurde im Ausschuss nach intensiver Befassung mit der Thematik abgelehnt. Dies würde dem Ziel zuwiderlaufen, schnell zu einer flächendeckenden Ausrüstung mit Rauchwarnmeldern zu kommen.

(Beifall bei den Grünen)

Eine engere Frist für im Bau befindliche Gebäude, wie sie jetzt von der CDU vorgeschlagen wurde, macht schon deshalb wenig Sinn, weil dies mit Rechtsunsicherheit verbunden wäre. Die Begrifflichkeiten sind nicht klar definiert. Im Gesetzentwurf der Regierungsfractionen ist diese klare Begriffsdefinition aber gegeben.

Ich meine, dass in der Frage der Fristen ein Kompromiss gefunden wurde, der richtig ist.

Bezüglich der technischen Standards halten wir weiter gehende Regelungen innerhalb der LBO für nicht notwendig. Auch in der Anhörung wurden keine Argumente vorgebracht, die einen Handlungsbedarf auslösen würden. Im Übrigen existiert in § 73 Absatz 1 Nummer 1 der Landesbauordnung bereits eine Ermächtigung, sofern man Weiteres technisch regeln will, dies auch zu tun.

(Abg. Manfred Groh CDU: Falsch!)

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Der Gesetzentwurf dient eindeutig den Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Er führt zu keinen unzumutbaren Belastungen. Ich hoffe daher, dass der Gesetzentwurf in diesem Haus eine möglichst große Zustimmung erfährt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/3251. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur, Drucksache 15/3724.

Gemäß Abschnitt I dieser Beschlussempfehlung soll nach der Gesetzesüberschrift folgende Artikelüberschrift eingefügt werden: „Artikel 1 – Änderung der Landesbauordnung“. Wer dieser Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt I der Beschlussempfehlung Drucksache 15/3724 ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen nun zu Abschnitt II dieser Beschlussempfehlung und den hierzu vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3756-2, und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3756-1.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3756-2, abstimmen. Kann ich diesen Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung stellen? – Das ist der Fall.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3756-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 15/3724, der in den Ziffern 1 bis 4 Änderungen in § 15 Absatz 7 der Landesbauordnung begehrt. Sind Sie damit einverstanden, dass über die Ziffern 1 bis 4 von Abschnitt II der Beschlussempfehlung insgesamt abgestimmt wird?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ziffernweise ab.

Wer stimmt Ziffer 1 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist einstimmig zugestimmt.

Wer stimmt Ziffer 2 zu? –

(Abg. Peter Hauk CDU erhebt gemeinsam mit den Abgeordneten der Grünen und der SPD die Hand. – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Danke für die Unterstützung! – Unruhe)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 mehrheitlich zugestimmt.

Wer stimmt Ziffer 3 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer stimmt Ziffer 4 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt III der Beschlussempfehlung Drucksache 15/3724, mit dem als Arti-

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

kel 2 eine Regelung zum Inkrafttreten eingefügt wird. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt III der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Juli 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3756-3, abzustimmen. Kann ich den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung stellen? – Das ist der Fall.

Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit ist die Behandlung von Punkt 4 der Tagesordnung abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Aktuelle Situation und Perspektiven des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2858 (geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und hat für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte vorhin war zu Recht die Rede davon, wie wichtig es ist, in kritischen Situationen Menschenleben zu retten. Vorhin ging es um Brände. Bei dem Punkt, den wir jetzt zu behandeln haben, geht es um die Notfallrettung, aber auch um den Krankentransport und um die Frage, ob schnell genug Hilfe kommt. Ich muss nicht betonen, dass das ein Thema ist, das die Menschen zu Recht bewegt. Wie geht es weiter, wenn ich einen Unfall habe? Wie schnell und wie qualifiziert wird mir geholfen?

Ich glaube, dass es die Bedeutung dieses Themas rechtfertigt, dass wir eine Debatte über die Situation des Rettungsdienstes führen. Deswegen haben wir von unserer Fraktion einmal alles abgefragt, was man abfragen kann, um die Situation des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg gründlich zu beleuchten.

Ich sage Ihnen schon vorweg: Es ist im Grunde genommen ein konsensorientiertes Unternehmen. Ich halte wenig davon, mit Fingern aufeinander zu zeigen und zu versuchen, einander irgendwelche Versäumnisse anzukreiden. Ich glaube, es wäre vielmehr besser, diese Debatte und die Antwort auf die Anfrage zu nutzen, um gemeinsam konstruktiv über Verbesserungen nachzudenken.

Zunächst möchte ich mich für die solide, ausführliche und offene Beantwortung der Großen Anfrage bedanken. Das haben wir – in Klammern ausgedrückt – nicht immer so erlebt. Über diese Antwort kann man sich nicht beklagen. Sie bietet eine wirklich taugliche Grundlage, um über Verbesserungen zu diskutieren.

Bevor wir das tun, möchte ich – da finde ich sicher Ihr Einverständnis – darauf hinweisen: Natürlich gilt auch im Rettungsdienst, dass wir in Baden-Württemberg eine sehr gute Ausgangssituation haben. Wir haben einen sehr, sehr hohen Standard, um den uns andere außerhalb der Bundesrepublik im Ausland – im europäischen Ausland sowieso –, aber auch innerhalb der Bundesrepublik beneiden. Wir können, glaube ich, wirklich sagen: Wir haben ein vorbildliches System im Rettungsdienst.

Das gibt Anlass, bereits am Anfang allen zu danken, die sich an dieser „Veranstaltung“ beteiligen. Ich sage ausdrücklich „allen“. Das sind in erster Linie die gemeinnützigen Hilfsorganisationen, das sind aber auch alle anderen, die Beiträge leisten, ob das Kommunen sind oder alle anderen, die helfen, vor allem die Ehrenamtlichen, die ausbilden und schulen, und die privaten Schulungsunternehmen. Zunächst möchte ich also allen danken, die die an sich gute Situation, die wir haben, herbeigeführt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen)

Jetzt stellt sich die Frage: Worüber reden wir, wenn wir über Verbesserungen reden wollen? Ein Megathema sind natürlich immer die Hilfsfristen in der Notfallrettung. Herr Innenminister, da möchte ich am Anfang sagen: Ich neige eigentlich nicht dazu, die Situation zu dramatisieren, wie es gelegentlich passiert. Man muss auch sagen, dass es in sehr, sehr vielen Fällen ausgezeichnet klappt. Es ist richtig, dass wir noch Verbesserungsbedarf haben. Es ist auch richtig, dass es zu Verbesserungen kam. Es ist aber auch richtig, dass diese Verbesserungen teilweise kompensiert wurden durch die vermehrte Zahl der Einsätze.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das sehen wir und sehe ich genauso. Ich glaube allerdings – Sie sagten es auch in Ihrer Antwort –, dass man in der Zukunft insbesondere durch den Einsatz moderner Technik, durch eine bessere Steuerung der Fahrzeuge zu weiteren Verbesserungen kommen kann. Wer die Antwort unter diesem Gesichtspunkt

(Dr. Ulrich Goll)

punkt liest, dem ist klar: Es gibt Potenzial, die Hilfsfristen in der Notfallrettung weiter zu verkürzen. Ich gehe davon aus, dass dieses Potenzial in den kommenden Jahren auch genutzt wird.

Es lohnt sich ferner, über die Verbesserung der Qualität der Hilfeleistung zu diskutieren. Da kommt es darauf an: Ist schnell jemand da, der auch in der Lage ist, zu helfen? Meine Damen und Herren, die Frage ist ja simpel, aber sie ist entscheidend, sie ist lebensentscheidend: Ist schnell genug jemand da, der auch eine Ahnung hat, was zu tun ist? Auf diese Qualitätsverbesserung sollten wir uns in der kommenden Zeit konzentrieren. Dazu bietet die Antwort natürlich Ansätze. Auch unsere Fragen bieten da Ansätze.

Es fängt an mit der Stärkung des Laienbereichs. Das ist gar nicht so zum Schmunzeln, wie es manche vielleicht tun, die nur in professionellen Kategorien denken. Wir als Liberale haben es natürlich gern gelesen, dass Sie die Laien und Ersthelfer als Erstes ansprechen – also eigentlich eine gesellschaftliche Struktur, die aber entscheidend sein kann. Ich halte die weitere und verbesserte Ausbildung von Laien wirklich für ein großes Thema, in dem Potenziale liegen.

Ich halte auch den Einsatz sogenannter Ersthelfer – sprich den Einsatz von Leuten, die ehrenamtlich tätig sind, die aber auch besonders geschult sind – für eine äußerst hilfreiche Sache, wenn gleichzeitig mit den Rettungsdiensten im akuten Fall ortsnah auch die Ersthelfer alarmiert werden. Auch das kann entscheidend sein, dass, bevor ein Rettungswagen und ein Notarzt da sind, jemand beim Verletzten ist, der ihm helfen kann.

Das sind gute Elemente eines Konzepts.

Hauptbaustein in diesem Bereich – da, glaube ich, sind wir uns einig – ist der neu geschaffene Beruf Notfallsanitäterin oder -sanitäter. Das Bundesgesetz ist mittlerweile beschlossen. Der Notfallsanitäter wird eine besonders qualifizierte Fachkraft mit erweiterten Kompetenzen sein. Ich glaube, mit den Notfallsanitäterinnen und -sanitätern kann man im Rettungsdienst einen wirklichen Sprung nach vorn machen. Das ist unbestritten eine gute Sache.

Sie wissen aber auch, wo die Achillesferse des neuen Konzepts liegt, nämlich in der Finanzierung der Ausbildung. Wenn wir in der Frage der Finanzierung der Ausbildung nicht zu einer überzeugenden Antwort kommen, werden wir Nachwuchsmangel in der Notfallrettung bekommen. Da bin ich mir ganz sicher.

Bisherige Probleme konnten überwunden werden. Gerade der Wegfall des Zivildienstes konnte weitgehend kompensiert werden. Wenn wir es aber bei dieser neuen Ausbildung zum Notfallsanitäter nicht hinbekommen, dass die jungen Leute, die die Ausbildung machen möchten, wissen, dass sie sich ausbilden lassen können, ohne zuerst das Geld für die Ausbildung auf den Tisch legen zu müssen, wenn wir nicht erreichen, dass die Finanzierung der Ausbildung gesichert ist, dann wird in den kommenden Jahren nicht genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen.

Ich denke, deshalb ist eine der größten Baustellen, zu sichern, dass die Ausbildung bezahlt wird – und zwar nicht von den

Betroffenen. Denkbar ist ein Fonds, der letzten Endes von den bestehenden Kostenträgern übernommen wird. Hier sehe ich zuerst Handlungsbedarf zur Umsetzung dieses an sich guten neuen Bundesgesetzes.

Ich spreche einen weiteren – nur noch einen – Punkt der vielen Themen an, die man natürlich anführen könnte. Ich bin mir bewusst, dass ich an einen kritischen Punkt rühre. Kommen wir noch einmal zum Krankentransport. Ich weiß nicht, ob Sie dieselben Informationen wie wir bekommen. Ich nehme es aber schon an.

Ich sehe hier Herrn Sckerl aus Heidelberg, und ich muss sagen, dass es in Heidelberg offensichtlich Probleme beim Krankentransport gibt. Ich glaube, woanders gibt es sie auch.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Beim Krankentransport hat man hierzulande bisher nicht viel über Hilfsfristen nachgedacht, obwohl es in anderen Bundesländern solche Hilfsfristen gibt. Ich halte allerdings fest, dass bei uns die Krankentransporte in vielen Fällen wahrscheinlich viel zu lang dauern.

Die Antwort auf die Große Anfrage – ich möchte den Duktus der Antwort nicht teilen – geht davon aus, dass beim Krankentransport generell keine Hilfsfrist nötig sei. Man muss sich jedoch überlegen, was es bedeutet, wenn Kranke schon stundenlang auf den Transport vorbereitet sind, der Krankenwagen aber nicht kommt. Das ist für die Betroffenen alles andere als schön. Das kann auch die gesamte Logistik einer Klinik sehr in Mitleidenschaft ziehen.

Ich sage Ihnen offen: Auf der Grundlage unserer Informationen und auch nach dem Lesen der Antwort der Landesregierung bin ich persönlich und sind wir der Überzeugung, dass in diesem Bereich ohne das Nachdenken über eine Hilfsfrist wahrscheinlich nicht genug passiert.

Es fällt z. B. auf – da rede ich als Liberaler; das wird Sie nicht erstaunen –, dass private Anbieter in der Notfallrettung nicht tätig sein dürfen. Beim Krankentransport dürften sie tätig sein, sind es aber nicht. Warum sind sie nicht dabei? Sie wissen, dass die Betroffenen selbst durchaus Wege aufgezeigt haben, wie man das Angebot in diesem Bereich ausweiten und damit automatisch die Fristen verkürzen könnte. Nur: Wir hören von derselben Seite, dass sich am bisherigen System wahrscheinlich nichts ändern wird, wenn man nicht einen bestimmten Anhaltspunkt, eine Vorgabe hat, wie lange ein Krankentransport dauern darf.

Im Grunde genommen sind das noch einmal zusammengefasst die Punkte, bei denen wir das System fortentwickeln könnten – angefangen bei den Laienhelfern, den Ersthelfern und weiter professionalisierten Notfallsanitätern, bis hin zum Treffen gezielter Maßnahmen, um die Hilfsfristen beim Krankentransport zu verkürzen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Hillebrand das Wort.

Abg. Dieter Hillebrand CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rettungsdienst ist eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vertrauen darauf, dass ihnen in entsprechenden Notfällen schnell und zuverlässig die benötigte Hilfe zuteilwird. Daher hat ein guter und leistungsfähiger Rettungsdienst für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu Recht einen immens hohen Stellenwert. Dass schnell und zuverlässig Hilfe geleistet werden kann, ist aber nur dank der vielen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer in den Rettungsdiensten möglich.

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind tagtäglich im Einsatz, z. B. beim Deutschen Roten Kreuz, beim Malteser Hilfsdienst, beim Arbeiter-Samariter-Bund oder bei der Johanniter-Unfall-Hilfe. Sie alle leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Ich denke, ich spreche im Namen des gesamten Hohen Hauses, wenn ich ihnen allen an dieser Stelle hierfür unseren herzlichen Dank ausspreche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle können stolz auf das hohe Versorgungsniveau sein, das wir in der Notfallrettung, der Notfallversorgung in Baden-Württemberg haben. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das nicht nur eine Hilfsfrist bezogen auf den Rettungstransportwagen, sondern auch auf den Notarzt festschreibt.

Die CDU-geführte Landesregierung hat mit dem im Jahr 2010 geänderten Rettungsdienstgesetz Weichen für den Erhalt und die Verbesserung dieses hohen Standards gestellt. Insbesondere die notärztliche Versorgung wurde in den Rettungsdienstbereichen deutlich verbessert, in denen es bis dahin schwierig war, genügend Ärzte für den Notarztendienst zu gewinnen. So können die Bereichsausschüsse z. B. die Krankenhäuser verpflichten, die jeweils notwendige Anzahl von Notärzten bereitzustellen. Infolge der Novellierung des Gesetzes konnten von 2010 bis 2012 in allen Rettungsdienstbezirken Verbesserungen der Hilfsfristen, vor allem aber der notärztlichen Hilfsfristen erzielt werden.

Ich würde mir wie mein Kollege Vorredner wünschen, dass über diese Verbesserungen positiv geredet wird und auch die Medien nicht so sehr die Defizite in den Vordergrund stellen, sondern betonen, dass das Glas eben nicht halb leer, sondern halb voll oder mehr als halb voll ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP sowie des Abg. Thomas Funk SPD)

Aber wir sollten gemeinsam an einer nochmaligen Verbesserung der Hilfsangebote arbeiten. Ich sehe eine Verbesserungsmöglichkeit im Rettungsdienst z. B. bei einer noch besseren Einbindung der Helfer vor Ort. Hierbei handelt es sich nicht um einen Notnagel. Gerade zur Optimierung der Notfallversorgung stehen heute schon mancherorts Einsatzkräfte zur Verfügung, die durch besondere räumliche Nähe zum Einsatzort in der Lage sind, die Zeit bis zum Eintreffen des hauptamtlichen Rettungsdienstes mit qualifizierten basismedizinischen Maßnahmen zu überbrücken.

Die Helfer vor Ort sind in der Regel ehrenamtliche Mitarbeiter der Hilfsorganisationen. Diese Freiwilligen sind gut qualifiziert und mittlerweile auch gut ausgerüstet. Voraussetzung für das zeitgerechte Wirken der Helfer vor Ort ist die frühzeitige Alarmierung durch die zentrale Leitstelle, der entsprechende Dispositionskriterien vorliegen müssen.

Genauso wichtig ist aber, lieber Herr Innenminister, dass dieses Helfer-vor-Ort-System vonseiten des Landes befördert wird. Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt, dass andere Länder die Sinnhaftigkeit der Helfer vor Ort erkannt haben und vorangehen.

Das hessische Sozialministerium gab z. B. im Jahr 2011 Empfehlungen zu Ausbildung sowie persönlicher Eignung für die Helfer vor Ort heraus. Die hessische Landesregierung hat damit, wie ich meine, ein deutliches politisches Signal gesetzt. Vielleicht wäre dies auch in Baden-Württemberg eine Möglichkeit, untergesetzlich die Notfallversorgung für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Ein guter Rettungsdienst setzt voraus, dass die Einsatzkräfte gut ausgebildet sind. Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt daher die von der Bundesregierung vorgebrachte Novellierung der Notfallsanitäterausbildung. Mit der fachlich tiefergehenden Ausbildung und mit der Bezahlung einer Ausbildungsvergütung wird das Berufsfeld attraktiver. So kann es gelingen, wirklich gute Leute für diesen Beruf zu gewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, das Thema Notfallrettung ist viel zu ernst, als dass wir hier parteipolitisches Kapital daraus schlagen sollten. Aus diesem Grund meine ich: Es ist der richtige Weg, diese Debatte heute zu führen, in der ja bisher schon deutlich wurde, dass wir alle gemeinsam an einem Strang und vor allem auch in die gleiche Richtung ziehen. Lassen Sie uns dies gemeinsam überparteilich fortsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Mit der heutigen Debatte widmet sich das Haus dem sehr wichtigen Thema Rettungswesen. Der Staat steht in der Pflicht, Leben zu schützen, und dieser Schutz ist seine oberste Verpflichtung.

Die von 30 integrierten Leitstellen und vier Rettungsleitstellen entgegengenommenen Notrufe führten im Jahr 2012 zu 700 000 Einsätzen. 400 Rettungsfahrzeuge, 140 Notarztefahrzeuge, acht Hubschrauber – diese Mittel stehen durch das Land zur Verfügung. All diese Mittel haben aber nur deswegen einen Sinn, weil wir über das Wichtigste überhaupt verfügen, nämlich über knapp 6 000 Helferinnen und Helfer, und diese setzen sich tagtäglich und auch in der Nacht ein. Ich denke, es ist nochmals einen herzlichen Dank wert, dass diese Menschen vieles auf sich nehmen.

(Jürgen Filius)

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Diese ehren- und hauptamtliche Hilfe muss organisiert werden. Sie wird hier in Baden-Württemberg gut organisiert, und das soll und wird auch so bleiben.

Wie die Landesregierung in ihrer Antwort ausführt, wird der Rettungsdienst in Baden-Württemberg von gemeinnützigen Organisationen durchgeführt, die im Rettungsdienstgesetz bestimmt sind. Die gesetzliche Aufgabenübertragung an Dritte, die in der Antwort näher ausgeführt wird, macht das baden-württembergische Modell nicht mit dem bayerischen vergleichbar. Das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs hat somit keine Auswirkungen auf Baden-Württemberg. Sollte möglicherweise eine Klage erhoben werden, könnte man dieser sicher gelassen entgegensehen. Ich denke, die Art, wie Baden-Württemberg die Rettungsdienste organisiert, hat sich bewährt und sollte von uns daher nicht infrage gestellt werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Fristgerecht für die heutige Debatte hat das Innenministerium gestern die Zahlen für 2012 veröffentlicht. In 25 von 37 Rettungsdienstbezirken wurde im vergangenen Jahr die Hilfsfrist insgesamt eingehalten. Im Jahr 2011 waren es noch 24. Es ist und bleibt das Ziel aller, die Einhaltung der Hilfsfrist weiter zu optimieren und sie insgesamt flächendeckend zu gewährleisten. Darin sind wir uns einig.

Die Antwort der Landesregierung legt dar, dass die Gesprächszeit für den Notruf bei der Hilfsfrist nicht mitgerechnet wird. Ich werde immer wieder darauf hingewiesen, das müsste auch in die Berechnung einfließen. Ich sage aber, man kann natürlich das Regelwerk entsprechend ändern; daraus ergeben sich aber hohe Kosten.

Wichtiger ist vielmehr, bei den Ersthelferinnen und Ersthelfern zu investieren, denn zehn Minuten sind eine lange Zeit, wenn – das wurde schon von meinen Vorrednern gesagt – nicht schon die Ersthelfer, die den Notruf absenden, entsprechende Hilfsmaßnahmen durchführen. Sollte dies nicht der Fall sein, würde der Rettungsdienst leider häufig zu spät kommen. Da unterstützt meine Fraktion den Ansatz der Landesregierung, zuerst die möglichen Verbesserungen bei der Ausbildung der Ersthelferinnen und Ersthelfer durchzusetzen. Mit dem Aufwand hierfür nimmt man eine gute Investition vor. Das Gleiche gilt hinsichtlich der Qualitätssicherung.

Es ist jedoch mit der Ausbildung allein nicht getan. Auch die Motivation muss stimmen. Alle Untersuchungen bestätigen, dass die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung leider abnimmt, da die Komplexität steigt und junge Menschen aus Angst, etwas Falsches zu tun, sich nicht trauen, etwas zu tun. Das können und wollen wir nicht hinnehmen.

Mit der Verbesserung der Ausbildung der Notfallsanitäter wird die Qualität der Hilfe im hauptamtlichen Bereich deutlich erhöht. Das geplante entsprechende Bundesgesetz findet unsere Zustimmung. Wir brauchen gut ausgebildete Leute. Die dreijährige Ausbildung ist hier ein angemessenes Mittel, wobei zu bedenken ist, dass die ersten Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter frühestens 2017 in den Beruf kommen.

In den Schulen muss man noch stärker darauf hinwirken, dass sich Jugendliche trauen, bei Notfällen zu helfen. Wir sollten uns auch Gedanken darüber machen, wie entsprechende Einsätze gewürdigt werden können. Auch dieses in den allermeisten Fällen ehrenamtliche Engagement gehört zu einer lebendigen Bürgergesellschaft und muss gefördert werden.

In der letzten Ausgabe des „Staatsanzeigers“ ist zu lesen, dass die Opposition darüber nachdenkt – von Ihnen, Herr Goll, kam das gerade nochmals –, eine gesetzliche Hilfsfrist nicht nur für Notfälle, sondern auch für Krankentransporte festzusetzen – sicherlich in einem anderen zeitlichen Rahmen. Ich denke, hier ist nicht der Gesetzgeber gefordert. Vielmehr kann Entsprechendes auch umgesetzt werden, indem z. B. Klinikintern etwas unternommen wird. Denn ansonsten kommen hier wieder hohe Vorhaltekosten hinzu. Es handelt sich nicht um eine gesundheitliche Gefahr; es ist sicherlich nicht schön, länger auf einen Krankentransport warten zu müssen. Aus meiner Sicht sollten letztendlich vor Ort Lösungen gefunden werden und die Leistungsträger eine entsprechende Bereitschaft aufbringen.

Eine Gesetzesinitiative ist jedoch an einer anderen Stelle notwendig. Ich spreche vom SGB V, das geändert werden muss. Bisher müssen Rettungsdienste die Patientinnen und Patienten ins Krankenhaus einliefern, um eine Abrechnung erstellen zu können. Die Zeiten haben sich aber geändert. Dies ist heute nicht mehr sachgerecht, denn die Rettungsdienste sind vielfach selbst in der Lage, alles Notwendige für die Versorgung des Unfallopfers bzw. des zu transportierenden Kranken zu tun. Hier muss das Gesetz geändert werden, damit keine eigentlich überflüssigen Leistungen erbracht werden.

Daher ist es nur zu begrüßen, dass die baden-württembergische zusammen mit der hessischen Landesregierung eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat. Das soll dann, wenn der Bundestag neu gewählt worden ist, nochmals forciert werden; es soll darauf hingewirkt werden, dass Änderungen erfolgen.

Baden-Württemberg – so kann man nochmals festhalten – steht ebenfalls im demografischen Wandel. Man muss auf den ländlichen Raum achten. Krankenhäuser werden leider geschlossen. Hier ist die neue Technologie mit einzusetzen. Das wird gemacht. Ich bin überzeugt, dass der Rettungsdienst in Baden-Württemberg auch zukünftig seine Dienste leisten kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Funk das Wort.

Abg. Thomas Funk SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! In jeder Legislaturperiode diskutiert man mindestens einmal über die Bedeutung und das Wesen des Rettungsdienstes – zu Recht. Dieser leistet Maßgebliches. Es ist bereits fraktionsübergreifend deutlich geworden, dass der Einsatz aller im Rettungsdienst versammelten Organisationen unser aller Dank verdient.

(Thomas Funk)

Stetige Veränderungen im Bereich der Notfallmedizin, der technischen Möglichkeiten, der Versorgungsanforderungen und der Kostenstruktur erfordern immer auch eine aktuelle Bestandsaufnahme und gegebenenfalls eine Anpassung des Rettungsdienstwesens. Weil sich die Notwendigkeit der hochwertigen medizinischen Versorgung für jeden immer und überall stellen kann, ist und bleibt die Sicherheit, im Notfall schnell adäquate medizinische Hilfe zu bekommen, auch ein wichtiger Baustein für die hohe Lebensqualität im Land.

Zu Recht ist im Fragenkatalog der FDP/DVP auch die Frage angeschnitten worden, was sich auf dem Weg dorthin substantiell verbessern lässt. Der Antwort ist u. a. zu entnehmen, dass den ehrenamtlich tätigen Ersthelfern zukünftig eine immer wichtiger werdende unterstützende Funktion zukommt, um auch in ländlichen Gebieten das therapiefreie Intervall bis zum Eintreffen der Rettungskräfte zu verkürzen. Hier sehen wir für die Zukunft durchaus noch Potenzial und Handlungsbedarf für eine Stärkung der Rettungskette durch eine systematische Einbindung von Ersthelfern. Auch die Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger wird ja in der Antwort auf die Große Anfrage angesprochen.

Ein zentraler Punkt ist, wie so häufig in dieser Debatte, das Thema „Hilfsfristen und ihre Verbesserung“, wenngleich man dazusagen muss – ich habe es ja schon erwähnt –: Das ist ein Thema, das uns in jeder Legislaturperiode immer wieder begegnet und bei dem die Antworten, die dann jeweils von der Regierung gegeben werden, immer nur vorläufiger Art und nicht hundertprozentig zufriedenstellend sein können. Gleichwohl ist uns bewusst: Der Rettungsdienst in Baden-Württemberg ist weltweit wohl einer der besten, auch wenn die Einsatzzahlen in den vergangenen Jahren gestiegen sind und aufgrund des demografischen Wandels weiter steigen werden.

Zur Verbesserung der Hilfsfrist werden zahlreiche Anstrengungen und Maßnahmen auf allen Ebenen unternommen. Ich nenne hier beispielhaft die Überprüfung der Alarm- und Ausrückzeiten, Standortverlegungen von Rettungswachen oder die Beschaffung zusätzlicher Einsatzfahrzeuge. Auch die Einführung von landeseinheitlichen, GPS-gestützten Flottenmanagements geht sicherlich ein Stück weit in die richtige Richtung.

Viel entscheidender aber als das Thema Hilfsfrist ist für uns der Punkt der Qualitätssicherung. Hier fällt mir zumindest auf, worauf Sie bei Ihren Ausführungen nicht eingegangen sind, was aber durchaus eine Verbesserung in den letzten zwei Jahren darstellt: Das ist beispielsweise die neu eingeführte Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung im Rettungsdienst Baden-Württemberg. Wir haben damit nicht nur einen Punkt des grün-roten Koalitionsvertrags umgesetzt. Gleichzeitig hat die Landesregierung auch Fördermittel für die rettungsdienstliche Versorgung beschlossen, und zwar in diesem Doppelhaushalt eine Aufstockung um 3,2 Millionen €. Dadurch erreichen wir im Bereich der Rettungsdienste eine Bündelung und eine bessere Vernetzung. Gleichzeitig sorgen wir mit der Dokumentation und Erfassung von Daten auch für mehr Transparenz.

Ein weiterer Punkt, den Sie zu Recht angesprochen haben, war die Frage im Zusammenhang mit Wartezeiten bei nicht prädisponierbaren Krankentransporteinsätzen. Die SPD hat dafür nicht das Erfordernis einer gesetzlichen Regelung gese-

hen, denn man darf nicht verschweigen: Die Folge wären Vorhaltekosten auch für mehr Fahrzeuge und Personal und damit letztlich wohl auch eine Mehrbelastung für den Beitragszahler. Das ist aber nicht das einzige Argument. Zentral ist, dass es bisher in der Praxis kein Problem gab, eilige und termingebundene Krankentransportfahrten vorrangig zu behandeln. Gleiches gilt natürlich auch für Fahrten mit Patienten, denen lange Wartezeiten nicht zuzumuten sind. Selbstverständlich haben nach unserem Verständnis auch Anwärter auf nicht prädisponierbare Fahrten Anspruch, nicht unangemessen lange warten zu müssen.

Dass wir im Bereich der Mitgliederwerbung noch viele Aufgaben vor uns haben, die es zu schultern gilt, ist klar. Wir haben an anderer Stelle über die Förderung des Ehrenamts und mehr Attraktivität im Bereich des Rettungsdienstwesens gesprochen. Wir begrüßen die Anstrengungen der Landesregierung im Hinblick auf eine Werbe- und Informationsplattform und auch die Anstrengungen, die im Bereich einer Ehrenamtsplakette unternommen werden. Im Bereich der guten Fahrzeug- und Geräteausstattung hat sich, denke ich, diese Regierung ohnehin keine Vorhaltungen machen zu lassen.

Abschließend heißt das für uns: Die Einrichtung der Stelle zur trägerübergreifenden Qualitätssicherung sowie die Aufstockung der Fördermittel für den Rettungsdienst um mehr als 3 Millionen € sind mitentscheidende Schritte, um die hohe Qualität im Bereich des Rettungswesens zu halten und künftig weiter zu verbessern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Werte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst einmal ganz herzlich bei den Vorrednern bedanken für die ausgesprochen sachliche Erörterung dieses ganz wichtigen Themas in unserem Land, für die Würdigung dessen, was geleistet wurde, und für das, was an Verbesserungen erzielt werden konnte. Das zeigt mir, dass wir dies als gemeinsame Aufgabe betrachten und uns nicht daran ereifern, was noch verbessert werden könnte – da gibt es ja einige Beispiele; diese sind auch unstrittig –, sondern dass wir schon auch darauf hinweisen, was tatsächlich in diesem Bereich tagtäglich geleistet wird. Dafür bin ich außerordentlich dankbar.

Ich möchte die Ausführungen meiner Vorredner aus meiner Sicht ergänzen.

Herr Dr. Goll, Sie haben zu Recht umfangreiche, vielfältige und ins Detail gehende Fragen gestellt. Es ist mehr als legitim, das System, das wir haben, zu hinterfragen: Ist es überhaupt richtig? Besteht grundsätzlicher Änderungsbedarf? Oder besteht nur an einigen Stellen Nachsteuerungs- und Verbesserungsbedarf?

Ich will das Resümee ziehen – ich habe am heutigen Vormittag auch nichts Gegenteiliges gehört –, dass sich die den Rettungsdienst im Land prägenden Strukturen mit der gesetzlich festgelegten Übertragung von Aufgaben hinsichtlich der Notfallrettung auf gemeinnützige Hilfsorganisationen außeror-

(Minister Reinhold Gall)

dentlich bewährt haben. Alle Redner haben die Anknüpfungspunkte und die Verbindung dieses Bereichs zur ehrenamtlicher Tätigkeit angesprochen. Ich halte es für ein in die Zukunft gerichtetes, gutes System. Eine sinnvolle Anbindung des Ehrenamts kann ich mir überhaupt nicht anders vorstellen. Gerade die gemeinnützigen Hilfsorganisationen können in vielen Bereichen auf Ehrenamtliche zurückgreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, angesichts der demografischen Entwicklung und der damit einhergehenden steigenden Einsatzzahlen bei einer sich verändernden Krankenhauslandschaft – das gehört auch in diesen Komplex – sind die flächendeckenden Rettungsdienststrukturen und Personalressourcen gerade dieser Hilfsorganisationen wichtiger denn je. Deshalb sollten wir daran auch in Zukunft nicht rütteln.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Die hohe Leistungsfähigkeit unseres Rettungsdienstes zeigen allein seine enormen Einsatzzahlen. Insgesamt waren die Rettungskräfte im Jahr 2012 über 1,65 Millionen Mal in der Notfallrettung und im Krankentransport, bei der Verlegung von Patienten, im Einsatz. Meine Vorredner haben die Zahlen zum Rettungsdienst und zum Notarztsinsatz genannt. Es waren immerhin 255 000 Notarztsätze; damit waren es über 6 000 Einsätze mehr als im Jahr zuvor. In diesem Zusammenhang spielt auch die Luftrettung eine wesentliche Rolle. Helfer der Luftrettung wurden zur Ergänzung der bodengebundenen Rettungseinsätze im Jahr 2012 immerhin 11 000-mal alarmiert und waren zur intensivmedizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land im Einsatz.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich werde sicherlich nicht nach den Rettungshubschraubern fragen. – Sie haben gerade das, was mich noch umtreibt, angesprochen, und zwar die demografische Entwicklung, die Veränderung der Krankenhausstruktur und die Abdeckung des ländlichen Raums mit Rettungskräften. Wie bewerten Sie die Entwicklung hinsichtlich der Versorgung mit Notärzten? Die Länder organisieren dies unterschiedlich.

Meine zweite Frage ist: Baden-Württemberg grenzt an viele andere Länder, z. B. an Hessen und Bayern. Wie kann man vor dem Hintergrund der Entwicklungen, die ich soeben angeführt habe – demografische Entwicklung, ländlicher Raum –, hier eine Verbesserung organisieren? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir ein paar konkrete Hinweise geben könnten.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Dr. Bullinger, wenn Sie die Debatte von Anfang an verfolgt hätten, auch die Ausführungen meiner Vorredner,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich war da!)

insbesondere auch die Ausführungen Ihres Fraktionskollegen Dr. Goll, dann hätten Sie Ihre Fragen nicht stellen müssen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Doch!)

Im Übrigen haben wir einen Großteil Ihrer Fragen bereits in der Großen Anfrage beantwortet.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Lassen Sie mich meine Ausführungen fortführen; dann wird die eine oder andere Frage beantwortet.

Die Zahlen, die ich genannt habe, zeigen, wie wichtig die Hilfsorganisationen und die Leistungserbringer für die Rettung von Leben und die Erhaltung von Gesundheit in den 37 Rettungsdienstbezirken sind.

Unser Ziel ist – ich habe die heutige Debatte so verstanden, dass es unser gemeinsames Ziel ist –, auch in der Zukunft eine bestmögliche, eine flächendeckende Notfallversorgung sicherzustellen. Dies wird eine große Aufgabe bleiben, Herr Dr. Bullinger, u. a. auch wegen der demografischen Entwicklung in unserem Land.

Derzeit gibt es – das haben wir Ihnen auch schriftlich dargelegt – im Land 270 Rettungswachen. Es gibt 400 Rettungsfahrzeuge. Es gibt 140 Notfallfahrzeuge. Es sind, wie gesagt, acht Hubschrauber im Land stationiert. Da sind wir auch im Ländervergleich – das will ich ausdrücklich festhalten – gut aufgestellt.

Allerdings – keine Frage – stößt der Rettungsdienst wegen der steigenden Einsatzzahlen, die wir zu verzeichnen haben, immer wieder einmal an seine Grenzen; das gehört zur Wahrheit ganz einfach dazu. Das heißt, er kann nicht immer schnell genug, nicht immer innerhalb der festgesetzten Hilfsfristen am Notfallort sein.

Ich weise aber darauf hin, dass wir in 25 Rettungsdienstbezirken die Hilfsfristen eingehalten und uns im zurückliegenden Jahr sogar ein bisschen verbessert haben. In diesen 25 Bezirken lagen die Einsatzzeiten nicht etwa am Rande dieser Hilfsfrist, sondern in der Mehrzahl deutlich darunter, sodass innerhalb von acht Minuten Hilfe geleistet werden konnte. Ich finde, das ist richtig gut. Man sollte sich zudem vor Augen führen, dass weitere sechs bis acht Bezirke knapp unterhalb dieser 95-%-Grenze liegen und dort mit einer Häufigkeit von etwa 94 % die Fristen eingehalten werden. Ich denke, dieses Ergebnis ist so schlecht nicht.

Aber wir haben, wie gesagt, in einigen Bereichen unseres Landes eine fast alarmierend steigende Zahl von Notarztsätzen. In immerhin zwei Rettungsdienstbezirken haben wir eine Zunahme der Notarztsätze um fast 20 % zu verzeichnen, nämlich im Alb-Donau-Kreis und im Landkreis Sigmaringen. Jetzt kommt es darauf an, dass wir uns vor Ort genau anschauen, woran dies liegen könnte, was die Ursachen dafür sind. Denn nicht immer ist die Ursache, dass es dort mehr Verletzte oder Erkrankte gibt, die einen Notarztsatz erforderlich machen, sondern es können auch andere Ursachen sein, beispielsweise ein verändertes Verhalten der Disponenten in den Leitstellen oder eine verstärkte Herbeirufung zur Hilfeleistung in Pflegeheimen. Dies ist übrigens eine Entwicklung, die uns zusätzlich immer wieder Probleme macht. Das heißt, dort, wo es relativ viele Pflegeheime gibt, nehmen auch die Notarztsätze entsprechend zu.

Wir stellen leider auch – auch das darf man bei einer solchen Diskussion sagen – eine sinkende Bereitschaft von Hausärz-

(Minister Reinhold Gall)

ten für Hausbesuche fest. Dann wird relativ schnell der Notarzt zu Hilfe gerufen und nicht etwa der Hausarzt, was häufig ausreichend wäre.

Auch deshalb haben wir – Herr Kollege Filius, Sie haben es angesprochen – gemeinsam mit Hessen die genannte Bundesratsinitiative gestartet, damit wir mit den Kassenärztlichen Vereinigungen vereinbaren können, dass wir auch solche Einsätze und den ärztlichen Bereitschaftsdienst entsprechend disponieren können.

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes nicht nur an der Einhaltung der Hilfsfristen festmachen. Ich bin sehr froh, dass das heute nicht gemacht wurde. Die Hilfsfristen sind eine Planungsgröße, mehr nicht. Es kommt noch auf eine ganze Reihe weiterer Faktoren an, die hierbei wichtig sind, beispielsweise die Fähigkeit von uns allen, in einem Notfall entsprechende Erste Hilfe zu leisten. Diese lässt übrigens nach, ähnlich wie im Wasserrettungsbereich erkennbar ist, dass gerade immer weniger junge Menschen schwimmen lernen und hier deshalb auch keine Hilfe leisten können.

Ähnliche Entwicklungen gibt es auch im Bereich der Ersten Hilfe. Wir haben wichtige Schnittstellenfunktionen zu verbessern. Hier gibt es noch Handlungsbedarf, was Rettungsmittel, Notärzte und die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen angeht. In den Leitstellen wird entschieden, welches Rettungsmittel für welchen Einsatz erforderlich ist. Das heißt, dort werden Ressourcen gesteuert und zielgerichtet eingesetzt.

Ich freue mich, dass das Stichwort „Bessere Qualität und Ausbildung“ ein Thema ist und wir uns da auch einig sind. Letztendlich kommt es darauf an, dass die Patientinnen und Patienten in das richtige Krankenhaus gebracht werden, dass dort die Übergabe reibungslos funktioniert und die Einhaltung der Hilfsfristen, um die wir uns gelegentlich streiten, nicht auf der Strecke bleibt, sodass die optimale Versorgung geleistet werden kann.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Lasotta?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Herr Minister, vielleicht muss ich die Harmonie ein bisschen stören. Das liegt daran, dass ich selbst als Arzt tätig bin und die gleiche Kritik – das soll nicht Ihre Person betreffen – schon gegenüber der Vorgängerregierung immer wieder geäußert habe. Kollege Hillebrand hat damit durchaus Erfahrungen gemacht.

Ich möchte nicht, dass hier der Eindruck entsteht, als ob Hilfsfristen irgendwelche Planungsgrößen seien. Es sind gesetzliche Vorgaben, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat. Er hat dies aus gutem Grund getan. Ich glaube, auch deswegen haben wir in Baden-Württemberg Erfolge in der Medizin. So sind die Voraussetzungen dafür, einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall zu überleben, in Baden-Württemberg besser als in anderen Bundesländern.

Die Frage von Herrn Dr. Bullinger zielte in die gleiche Richtung; sie wurde aber nicht beantwortet. Es zeigt sich, dass gerade einmal in acht der 37 Rettungsdienstbezirke die notärzt-

lichen Hilfsfristen eingehalten werden. In den Rettungsdienstbezirken ist also eher die Regel, dass die Hilfsfristen nicht eingehalten werden.

Ich meine aber schon, dass die Landesregierung dieser gesetzlichen Vorgabe, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat, nachkommen muss. In diesem Zusammenhang möchte ich von Ihnen gern wissen, was Sie konkret unternehmen. Ich weiß, dass dieser Anspruch nicht innerhalb eines Jahres und auch nicht innerhalb von zwei Jahren erfüllt werden kann. Aber man muss eine Fortentwicklung im Blick behalten.

Eine solche Fortentwicklung sehe ich allerdings nicht. Ich mahne diese jedes Jahr von Neuem mit Anträgen an, über die dann im Sozialausschuss diskutiert wird. Seit fünf oder sechs Jahren sehe ich allerdings keine Entwicklung hin zum Besseren. Daher fordere ich Sie auf, in diesem Bereich stärker aktiv zu werden.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Kollege Dr. Lasotta, ich kenne die Diskussionen, die Sie immer wieder initiiert haben. Sie waren auch gegenüber den Vorgängerregierungen und damit gegenüber den politisch Verantwortlichen aus dem eigenen Lager stets kritisch. Es ist auch angebracht, in diesem Bereich kritisch zu sein. Ich hoffe jedoch, ich habe nicht den Eindruck vermittelt, als wären Hilfsfristen etwas Unbedeutendes. Faktisch jedoch sind sie Planungsgrößen. Mir kommt es, wie gesagt, darauf an, dass die komplette Rettungs- und Versorgungskette in den Blick genommen wird. Die Hilfsfrist ist – völlig unstrittig – ein wichtiger Faktor.

Ich habe anzudeuten versucht, dass wir gerade beim Thema „Verbesserung bei den Notarzteinsätzen“ Fortschritte erzielen können. Dies war u. a. auch Hintergrund unserer Bundesratsinitiative; denn wir möchten im Rahmen der neuen gesetzlichen Regelungen und der damit verbundenen verbesserten Steuerungsmöglichkeiten dazu beitragen, dass unnötig gefahrene Notarzteinsätze vermieden werden.

Solche unnötigen Fahrten gibt es in nicht wenigen Fällen; darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig. Notärzte werden häufig zu Einsätzen in Fällen gerufen, in denen eine Notarztversorgung nicht zwingend notwendig wäre. Über die Gründe hierfür kann man offensiv sprechen. So werden beispielsweise nach den bisher geltenden Regelungen nur die Fahrtkosten bezahlt, weshalb die Rückfahrt und die Einweisung zur Nachbehandlung, beispielsweise in Krankenhäusern, auch dann erfolgt, wenn dies medizinisch nicht erforderlich ist.

Die Ressourcen, die wir da gewinnen können, werden u. a. dazu beitragen, dass wir zukünftig – das hoffe ich zumindest – in mehr Bezirken die Hilfsfristen auch für Notarzteinsätze einhalten können als bislang.

Ich bin zudem zutiefst davon überzeugt, dass durch das neue Berufsbild, das heißt, durch die bessere Qualifizierung und Ausbildung, Notfallsanitäter ebenfalls eher in der Lage sein werden, so vorzugehen, dass der eine oder andere Notarzteinsatz de facto nicht erforderlich ist. Auch auf diese Weise können wir zu einer besseren Einhaltung der Hilfsfristen beitragen.

Im Übrigen weise ich noch einmal darauf hin, dass Baden-Württemberg das einzige Bundesland ist, das diese doppelte

(Minister Reinhold Gall)

Hilfsfrist überhaupt noch hat. Alle anderen Bundesländer haben dies zwischenzeitlich abgeschafft oder haben andere Regelungen gefunden.

Deshalb werden wir, meine Damen und Herren, hierbei nicht lockerlassen. Herr Dr. Lasotta, ich hoffe nicht, dass ein solcher Eindruck entstanden ist. Wir werden mit einem Bündel von Maßnahmen daran arbeiten, dass wir uns in diesem Bereich auch weiterhin verbessern, um die Chancen auf eine erfolgreiche Behandlung der Patientinnen und Patienten zu steigern, die Chancen, versorgt zu werden und rasch in ein passendes Krankenhaus zu kommen, um dort dann in geeigneter Weise weiterversorgt zu werden.

Wir gehen aber auch den Weg über Aufklärungsmaßnahmen. Auch diese sind geeignet, um Einsätze besser steuern zu können als bislang; hier nenne ich beispielsweise die Initiative „Baden-Württemberg gegen den Schlaganfall“. Herr Kollege Hillebrand, Ihre Worte haben mir schon deshalb gefallen, weil ich diese Initiative richtig gut finde. Es ist gut, Menschen zu befähigen, beispielsweise den Disponenten in den Leitstellen klare Anhaltspunkte dafür zu geben, um welches Krankheitsbild oder um welches Verletzungsbild es sich bei dem ange-troffenen Patienten handelt und in welcher Situation dieser ist. Dies ist wichtig, um eine zielgerichtete Ressourcensteuerung vornehmen zu können.

Wie aber war die öffentliche Berichterstattung über diese Initiative? Sie war schwerpunktmäßig von der Fragestellung geprägt, ob es legitim sei, dass wir uns dabei der Mitwirkung von Partnern, beispielsweise aus der Pharmaindustrie, bedienen, die diese Kampagne schlicht und ergreifend mit unterstützen. Die Debatte über die Sinnhaftigkeit im Großen und Ganzen hat eher untergeordneten Stellenwert gehabt; es wurde vielmehr sofort infrage gestellt, ob eine solche Vorgehensweise überhaupt legitim sei.

Meine Damen und Herren, hierbei handelt es sich um die deutschlandweit größte Kampagne, die in diesem Bereich gestartet wird. 120 Veranstaltungen in 38 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg finden mit dem Ziel statt, die Bürgerinnen und Bürger darüber aufzuklären, welches die Risikofaktoren sind, welche Möglichkeiten bestehen, um einen Schlaganfall zu vermeiden, welche Symptome sich zeigen und wie sich die Ersthelfer verhalten können, damit bei einem Schlaganfall eine bestmögliche Anschlussbehandlung gewährleistet werden kann. Daran wird auch deutlich, dass es auf mehr ankommt als nur auf Hilfsfristen. Deshalb habe ich dieses Beispiel genannt.

Dass wir die Qualität insgesamt verbessern wollen, habe ich auch erwähnt. Sie wissen und haben es mit abgesegnet, dass wir im Doppelhaushalt 2013/2014 3,2 Millionen € für investive Maßnahmen zum Ausbau, zur Erweiterung und zur Verlagerung von Rettungswachen sowie zur Ertüchtigung der Standorte der Luftrettungsstationen in die Hand nehmen.

Ich will am Schluss noch einmal ausdrücklich sagen, dass der Großen Anfrage der Fraktion der FDP/DVP ein wirklich wichtiger Bereich der Daseinsvorsorge zugrunde liegt. Deshalb ist es gut, dass wir darüber reden. Eine Reihe von bereits vorhandenen und künftigen Entwicklungen wie der demografische Wandel, veränderte Krankenhausstrukturen und eine veränderte Krankenhauslandschaft insgesamt machen immer wie-

der Anpassungen erforderlich. Es freut mich, dass wir das als gemeinsames Ziel formuliert haben.

Ich hoffe, ich habe deutlich gemacht, dass wir mit zahlreichen Maßnahmen in der Vergangenheit auf das aufgesetzt und das weiterentwickelt haben, was wir vorgefunden haben, und dass wir gewillt sind, weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um die Situation für die Menschen im Land zu verbessern. Herzlichen Dank für das geäußerte Miteinander.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Tagesmütter stärken, Qualität verbessern, Kindertagespflege in Baden-Württemberg voranbringen – Drucksache 15/2894

Dazu rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3761, mit zur Beratung auf.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und hat für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir befinden uns in einer schwierigen Situation; denn wir konkurrieren mit dieser Debatte mit dem Mittagessen. Ich hoffe sehr, dass das kollektive Magenknurren nicht meine Ausführungen übertönt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ausschüsse stehen auch noch an!)

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich auf die zentralen Punkte beschränken.

Der Anlass für diese Debatte ist klar. Mit dem ab dem 1. August geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab der Vollendung des ersten Lebensjahrs ist ein sehr großer Druck entstanden. Das ist eine gigantische Herausforderung, eine Herausforderung, die aktuell in keiner Weise bewältigt ist. Bundesweit fehlen rund 100 000 Betreuungsplätze. Es ist allerhöchste Zeit, die Anstrengungen zu verstärken, und zwar auf allen Ebenen und in allen Bereichen.

Der Ausbau der Kindertagespflege ist ein Weg, mit dem relativ kurzfristig neue Betreuungsplätze geschaffen werden können.

Der Landesverband der Tagesmütter-Vereine Baden-Württemberg hat mit massiver finanzieller Unterstützung des Landes inzwischen ein flächendeckendes Netz von örtlich und auf Kreisebene tätigen Tagesmüttervereinen aufgebaut. Das ist ein Riesenerfolg.

(Christoph Bayer)

Die SPD-Fraktion hat mit ihrer Großen Anfrage, deren Beratung schon mehrfach verschoben wurde, und mit einem kontinuierlichen Kontakt zu den Tagesmüttervereinen dafür gesorgt, dass dieser Bereich größere Aufmerksamkeit erfährt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Böhlen
GRÜNE)

Das Land lässt sich das richtig etwas kosten. Das Land gibt zweistellige Millionenbeträge für die Kindertagespflege aus. Allein in diesem Jahr sind Landesmittel in Höhe von 43,8 Millionen € in die Städte und Landkreise geflossen, um den Ausbau der Kleinkinderpflege voranzubringen. Das entspricht einer Verdreifachung der Mittel seit 2011.

Dem steht eine nicht ganz so erfolgreiche – man muss fast sagen: eine magere – Bilanz gegenüber, nämlich ein Anstieg der Betreuungsquote von 2,9 % im Jahr 2011 auf gerade einmal 3,3 % im Jahr 2012. Das ist deutlich zu wenig. Da muss mehr kommen; da muss vor allem von den Kommunen mehr kommen. Dort liegt der Ball, und zwar in puncto Platzangebot und Qualität.

Ich möchte nun fünf zentrale Bereiche, praktisch die inhaltliche Matrix, noch einmal kurz darstellen, wie sie die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Landesverband der Tagesmütter-Vereine presseöffentlich kommuniziert hat.

Erstens: Angleichung der Elternbeiträge für die Betreuung durch Tagesmütter oder Tagesväter auf der einen Seite und der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen auf der anderen Seite. Dass das funktionieren kann, zeigt das Beispiel Stuttgart.

Zweitens: Abbau von bürokratischen Hemmnissen und insbesondere pauschalisierte Zuwendungen an Tageseltern, also keine Spitzabrechnungen. Denn nur so kann es zu einem verlässlichen und halbwegs planbaren Einkommen kommen. Sonst hilft auch die noch so umtriebige Rekrutierung und Qualifizierung vonseiten des Landesverbands nichts, wenn von dort kommuniziert wird, dass dieser Verband zwar jährlich 1 000 Tagesmütter und Tagesväter ausbildet und qualifiziert, aber pro anno auch wieder 1 000 verliert, nämlich immer dann, wenn sie auf ihren Gehaltszettel oder Steuerbescheid schauen.

Drittens: Es muss über Festanstellungsmodelle für Tagespflegepersonen diskutiert werden. Das können Betriebe sein, das können Einrichtungen sein. Da gibt es auch Fördermöglichkeiten des Bundes. Es gibt praktische Beispiele und gute Praxiserfahrungen, beispielsweise in Mannheim.

Viertens: Ausbau der sogenannten TigeR-Stellen. Gemeint ist die Tagespflege in geeigneten Räumen. Das ist ein ganz besonders markantes Entwicklungsfeld. Hier sehe ich ein Entwicklungspotenzial, das relativ schnell zu einer erhöhten Platzquote führen kann. Das ist auch ein gutes Referenzmodell für die Kommunen, was die Qualität angeht.

Last, but not least fünftens: Qualitätssicherung durch einen Fachberatungsschlüssel. Eine sozialpädagogische Fachkraft für 90 zu betreuende Kinder ist eine Marke, die fast noch nirgends erreicht wurde, aber dringend geboten ist, und zwar aus Qualitätsgesichtspunkten und auch Jugendschutzgesichtspunkten.

Meine Damen und Herren, ich weiß, solche Vorschläge sind sehr umfangreich. Sie realisieren sich nicht von allein. Sie müssen mit den Beteiligten diskutiert werden, sie müssen koordiniert werden, und sie müssen dann auch umgesetzt werden. Ein runder Tisch mit den kommunalen Landesverbänden ist eine gute Möglichkeit dafür, aber ein solcher runder Tisch ist längst angekündigt, meine Damen und Herren. Die Vorarbeiten laufen. Es ist ein Termin vor den Sommerferien avisiert. Wir haben längst gehandelt. Deswegen ist der Antrag der CDU, möchte ich einmal sagen, auch ein bisschen ein lächerlicher,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Na, na!)

ein fast plagiätöser Antrag, ein Versuch, auf einen längst fahrenden Zug aufzuspringen. Vielleicht ärgern Sie sich, dass Ihr Firmenlogo nicht vorn auf der Lokomotive zu sehen ist. Aber die Verantwortlichen haben schon längst gehandelt. Das operative Geschäft können Sie getrost den Verantwortlichen aus dem Kultusministerium überlassen.

Ich fasse zusammen: Mit einer einheitlichen Kostenstruktur, einem einheitlichen Betreuungsschlüssel und einem Abbau von bürokratischen Hemmnissen muss die Kindertagespflege nicht in Konkurrenz zur Kita, sondern neben der Kita zu einem starken, einem stabilen und bedarfsgerechten sowie gleichwertigen Betreuungsangebot ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Kindertagespflege kann mit sehr flexiblen Angeboten auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Sie kann unter Beweis stellen – wie erst neulich in einer Untersuchung in Wien wieder belegt –, dass sich die persönliche Bindung zwischen Tageseltern und Kindern ausgesprochen positiv auf die kognitive Entwicklung der Kinder auswirkt. Sie kann – ich würde sogar sagen: sie muss – zu einer echten Wahlfreiheit der Eltern beitragen. Sie wird zur Erfüllung des Rechtsanspruchs gebraucht.

Tagespflege hat mehr Beachtung verdient. Wir brauchen sie. Wir werden in der Kontinuität unserer Bemühungen Ende dieser Woche, am Samstag, hier in diesen Räumen eine Veranstaltung mit Betroffenen durchführen, zu der sich schon über 300 Personen angemeldet haben. Wir hoffen, dass auch von dieser Veranstaltung Impulse für die Entwicklung dieses Berufsfelds ausgehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir, die CDU-Fraktion, setzen neben der verantwortungsvollen Betreuung durch die Eltern auf den Dreiklang in der Kinder- und Familienpolitik: qualifizierte Betreuung in den Kindertagesstätten, das Betreuungsgeld für Familien mit Kindern unter drei Jahren sowie individuelle und familiennahe Betreuung durch die Tagesmütter und Tagesväter.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wenn das qualifiziert ist!)

(Tobias Wald)

Die Kindertagespflege hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition und einen großen Stellenwert. Insbesondere beim Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

kommt der Kindertagespflege eine besondere Bedeutung zu. Da die Kindertagespflege ein sehr flexibles Betreuungsangebot ist, das es schafft, die individuellen Bedarfslagen von Kindern und deren Familien aufzunehmen, müssen wir den Ausbau weiter vorantreiben, und zwar schneller und besser als bisher von der grün-roten Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Es freut uns, dass nun endlich auch die SPD-Fraktion und Teile der Landesregierung dies erkannt haben. Seit Monaten werden vom Landtagskollegen Schmiedel – ich vermisse ihn bei diesem wichtigen Thema hier –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir werden ihm berichten, dass Sie ihn vermissen! – Zuruf von den Grünen: Das richten wir ihm aus!)

große Sonntagsreden gehalten. Seit Monaten warten wir im Bereich der Kindertagespflege gespannt auf den großen Wurf der Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion. Er wurde groß angekündigt, bisher ist aber nichts passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nach Monaten ward nun die Lösung geboren. Schuld an dem schleppenden Ausbau der Tagespflege seien die Landkreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Typisch für die grün-rote Landesregierung ist es, mit der Gießkanne großzügig Steuergelder zu verteilen und sich anschließend zu wundern, dass die Fördergelder nicht passgenau ankommen. Statt das eigene Versagen einzugestehen, wird die Schuld bei den Landkreisverwaltungen gesucht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was ist denn das für ein Quatsch? – Abg. Beate Böhlen GRÜNE zur CDU: Habt ihr denn niemanden, der was von der Sache versteht? – Gegenruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

– Frau Aras, schauen Sie einmal die Pressemeldungen von Herrn Schmiedel von letzter Woche an, in denen er detailliert kritisiert, die Landkreise gingen nicht verantwortungsvoll mit ihren Geldern um. Schauen Sie einmal diese Unterlagen an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, gute Kinder- und Familienpolitik ist differenzierter. Es bedarf einer detaillierteren Analyse der Schwachstellen und der Herausforderungen.

Damit die Kindertagespflege – optimal vertreten durch den Landesverband der Tagesmütter-Vereine – zu einer gleichwertigen dritten Säule in der Kinderbetreuung wird, sind sicherlich weitere finanzielle Mittel erforderlich. Die Finanzausstattung ist jedoch nicht alles.

Meiner Meinung nach müssen die gesamten Rahmenbedingungen wesentlich verbessert werden. Für uns ist erfreulich,

dass Herr Schmiedel ebenfalls einen runden Tisch zur Verbesserung der Rahmenbedingungen vorgeschlagen hat.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der ist gar nicht da!)

Die CDU-Landtagsfraktion fordert in dem vorliegenden Antrag einen Pakt für Tagespflege, eine Art Taskforce, die sich mit wichtigen Fragen auseinandersetzt. An diesem runden Tisch sollten nach unserer Vorstellung der Tagesmütterverband, der Gemeindetag, der Landkreistag, der Städtetag, der Landesfamilienrat, die Kita-Träger, vor allem auch die Agentur für Arbeit, die Landtagsfraktionen und die Spitzenverbände der Wirtschaft teilnehmen.

Wir sehen dies als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und nicht nur als Aufgabe von einigen wenigen Gruppierungen. Warum? Ich meine, in der Kindertagespflege steckt sehr viel Potenzial, welches es zu heben gilt. Nur so wird die Tagespflege zu einer echten dritten Säule neben Familie und Kindertagesstätte.

Der runde Tisch sollte sich mit Fragen beschäftigen, die ähnlich sind wie die, die Sie, Herr Bayer, vorgeschlagen haben, um die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die Tagespflege ebenso attraktiv wird wie die Kindertagesstätte. Wie kann gemeinsam für die Qualifikation zur Tagesmutter bzw. zum Tagesvater geworben werden? Wie kann der Vorgang der Leistungsabrechnung für die Tageseltern entbürokratisiert werden? Wie kann die Organisationsform der TigER, der Tagespflege in geeigneten Räumen, als flexibles Angebot der Kinderbetreuung den Betrieben kommuniziert werden bzw. deren Einrichtung unterstützt werden?

Die baden-württembergischen Unternehmen können TigER schon einrichten und in ihren Geschäftsräumen Kindertagespflege flexibel anbieten. So können Betriebe ihre Attraktivität für qualifizierte Mitarbeiter steigern und zugleich den Fachkräftebedarf sichern. Dies ist eine weitere gute Möglichkeit, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

Diese moderne Form ist – das ist das Problem – vielen Unternehmen nicht bekannt. Wenn ich sie vorstelle, sagen viele: „Herr Wald, davon haben wir noch nichts gehört.“ Da setzt für mich der runde Tisch auch entsprechend an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Wald kommt auch nicht viel rum!)

– Mehr als Sie, Frau Aras.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Auch für Sie ist ganz wichtig: Wie kann eine Harmonisierung der Gebühren für Kindertagesstätten und Kindertagespflege erreicht werden? Hier lohnt sich auch für die SPD-Fraktion nicht nur ein Blick nach Stuttgart,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

sondern auch ein Blick in den Landkreis Tuttlingen. Dort wird auf Vorschlag des früheren Landrats Guido Wolf, unseres heutigen Landtagspräsidenten, seit 2009 die finanzielle Gleichbehandlung von Kita-Platz und Kindertagespflege praktiziert.

(Abg. Werner Raab CDU: Das wollen die nicht hören!)

(Tobias Wald)

Die dortige Regelung, dass Eltern, die ihr Kind von einer Tagesmutter betreuen lassen, keine höheren Elternbeiträge bezahlen, als wenn sie einen Kita-Platz in Anspruch nehmen würden, kann Richtschnur für landesweite Projekte sein.

Oder schauen Sie einmal die Initiative meines Fraktionskollegen Dr. Bernhard Lasotta in Heilbronn an, der dort einen runden Tisch für Tagespflege ins Leben gerufen hat.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Für kleinere Städte und Gemeinden gerade im ländlichen Raum ist die Kindertagespflege eine flexible Form, qualifizierte Kinderbetreuung anzubieten. „Kurze Beine, kurze Wege“ gilt hier auch, und zwar bei wesentlich geringeren Investitionskosten. Statt des teuren Baus eines neuen Kindergartens auf der grünen Wiese ist die Anmietung von geeigneten Räumen in der Dorfmitte eine echte Alternative.

Wir müssen zeitnah, jedoch mit der gebotenen Sorgfalt Konzepte entwickeln, wie wir die Tätigkeit in der Kindertagespflege attraktiver gestalten können. Wir müssen z. B. eine attraktivere Gestaltung, eine attraktivere Vergütung der Tageseltern oder Möglichkeiten der Festanstellung prüfen. Hier gibt es viel zu tun.

Aber bei diesen Überlegungen muss eines auch im Mittelpunkt stehen: die Qualität der Kinderbetreuung. Der runde Tisch muss deshalb auch Vorschläge entwickeln, wie die Fachberatung der Tageseltern weiter verbessert werden kann.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Nur wenn die Qualität stimmt, können die Eltern ihr Kind auch vertrauensvoll der Tagesmutter bzw. dem Tagesvater überlassen.

Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen, packen wir diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung gemeinsam und kraftvoll an. Stimmen Sie dem CDU-Antrag zu – zum Wohl der Kinder und Eltern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach § 24 Absatz 2 SGB VIII haben Kinder nach Vollendung des ersten Lebensjahrs ab August 2013 einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung, und zwar in einer Tageseinrichtung oder in der Tagespflege. Deshalb war es der grün-roten Landesregierung wichtig, die Kommunen auch finanziell so auszustatten, dass sie diesen Rechtsanspruch erfüllen können. Wir haben bereits 2011 – kurz nach der Regierungsübernahme – die Kommunen finanziell so ausgestattet.

Liebe Kollegen von der CDU, wer hat denn dagegen gestimmt? Das waren doch Sie!

(Beifall der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Zuruf von den Grünen: Was?)

Sie haben der Erhöhung der Einnahmen nicht zugestimmt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Falsche Finanzierung! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Das ist ja weit hergeholt!)

– Das ist nicht weit hergeholt. Sie brauchen Einnahmen, um die Kommunen – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Dem Gesamthaushalt haben wir nicht zugestimmt!)

Haben Sie der Grunderwerbsteuererhöhung zugestimmt?

(Abg. Tobias Wald CDU: Nein, natürlich nicht!)

– Nein, haben Sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Peter Hauk und Georg Wacker CDU)

Erziehungsberechtigte haben nach § 5 SGB VIII ein Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich der Auswahl zwischen einer Tageseinrichtung und der Tagespflege.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: „Erziehungsberechtigte“! – Abg. Peter Hauk CDU: Die heißen „Eltern“, Frau Aras!)

Deshalb haben wir auch die Tagespflege auf eine solide Basis gestellt.

Über die FAG-Zuweisungen haben wir die Mittel von 12,1 Millionen € auf inzwischen 44 Millionen € erhöht.

(Abg. Tobias Wald CDU: Aber es kommt nicht an!)

Das ist eine Steigerung um über 250 %, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo sind die Plätze? Wo sind die Tagesmütter?)

Das hat sicher mit dazu beigetragen, dass mehr Kinder in der Tagespflege betreut werden. Immerhin 14 % der Kinder unter drei Jahren werden in einer Tagespflege betreut. Da spielen die finanziellen Rahmenbedingungen, die wir setzen, sicher eine ganz wichtige Rolle.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es ist auch gut, dass die Qualität in der Tagespflege in den vergangenen Jahren immer weiter verbessert wurde und die Tagespflege inzwischen ein gutes Niveau erreicht hat. Es gilt, die Qualität weiterzuentwickeln und die Anzahl der Plätze, die wir dringend brauchen, nicht zulasten der Qualität auszubauen. Das geht auf gar keinen Fall.

Entscheidend für die Qualitätssicherung in der Tagespflege ist auch die Fachberatung, das heißt die sozialpädagogische Beratung und Begleitung der Tagespflegeeltern. Das ist jetzt nicht nur ein Wunschkonzert und wird nicht nur von Fachleuten so gesehen, sondern es ist gesetzlich geregelt. Wir haben auch dafür die Mittel über die FAG-Zuweisungen genau festgelegt: Zweckgebunden sind 15 % der Mittel für diese Fachberatung vorzusehen.

(Muhterem Aras)

Jetzt kann man fragen: Wenn es gesetzlich geregelt ist, warum wird es dann im Land so unterschiedlich gehandhabt? Ein Betreuungsschlüssel von 1 : 60 – also eine Vollzeitkraft für 60 Tagespflegepersonen – im Rems-Murr-Kreis ist der beste Schlüssel. Aber es gibt auch Betreuungsschlüssel von 1 : 530. Wenn es diesen Schlüssel gibt, stellt sich schon die Frage – Sie können das in der Antwort der Landesregierung nachlesen –: Sind Qualitätssicherung und Kinderschutz noch gewährleistet? Am Geld kann es nicht liegen, denn 15 % sind zweckgebunden dafür vorgesehen.

Nun hat der Landesverband der Tagesmütter-Vereine Baden-Württemberg e. V. einen vertretbaren Vorschlag gemacht: Demnach sollte es einen Schlüssel von 1 : 90 geben. Ich finde, das ist machbar, und daran sollten sich die Kommunen halten.

Nun stellt sich die Frage: Ist das Potenzial in der Tagespflege ausgeschöpft, ja oder nein? Aus der Antwort geht hervor, dass über 2 500 qualifizierte Kräfte keine Kinder betreuen. Das heißt, wenn man es schaffen würde, diese Personen wieder für die Kinderbetreuung zu gewinnen, könnte man in einem relativ kurzen Zeitrahmen 7 000 neue Betreuungsplätze gerade in der U-3-Versorgung schaffen, weil – auch das geht aus der Antwort hervor – jede Person durchschnittlich 2,8 Kinder betreut. Wenn Sie diese Zahl mit 2 500 multiplizieren, kommen Sie auf die 7 000 Plätze.

Jetzt stellt sich die Frage: Was können wir dazu beitragen, dass die Tagespflege attraktiver wird? Zum einen geht es darum, die Abrechnungsmodalitäten umzustellen – von der Spitzabrechnung auf die Pauschalierung. Dabei geht es um eine kontinuierliche, verlässliche und regelmäßige Bezahlung, Ferienbetreuung, Krankheitsvertretung, Fortbildung und dergleichen. Ferner geht es um die Harmonisierung der Beiträge. Nur dann, wenn Eltern die gleichen Beiträge für die Tagespflege und die Kindertageseinrichtungen leisten, haben sie tatsächlich auch ein Wahlrecht. Wir müssen nicht nach Tuttlingen, lieber Kollege Wald. Es gibt auch hier sehr gute Kommunen, die schon 2006 Fortschritte in der Tagespflege gemacht haben.

(Abg. Tobias Wald CDU: Wer hat da regiert?)

Ich verweise beispielsweise auf Leinfelden-Echterdingen. Dort gibt es einen grünen Bürgermeister.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ein CDU-Oberbürgermeister! – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Ist der jetzt CDU-Oberbürgermeister oder nicht?)

– Bürgermeister, habe ich gesagt, nicht Oberbürgermeister. – Die damalige Sozialministerin war auch vor Ort zu Besuch.

Zur Attraktivität gehört aber auch, dass die Fachberatung verstärkt wird – ein Schlüssel von 1 : 90.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Als Fazit halte ich fest: Die Tagespflege ist eine gute Ergänzung zur Kindertageseinrichtung. Die Eltern haben ein Wunsch- und Wahlrecht. Die grün-rote Landesregierung hat die Kommunen finanziell so gestärkt, dass sie den Rechtsanspruch auf eine frühkindliche Bildung für Kinder ab der Vollendung des

ersten Lebensjahrs auch tatsächlich erfüllen können. Trotz des Drucks, ausbauen zu müssen, ist es wichtig, dass Qualität immer Vorrang hat. Das heißt: Klasse statt Masse. Das gilt vor allem für die frühkindliche Bildung. Daran müssen wir die Tagespflege und die Kinderbetreuung insgesamt messen.

Zum Schluss möchte ich mich noch einmal ganz herzlich beim Landesverband der Tagesmütter-Vereine Baden-Württemberg e. V. bedanken, der sich in dieser Hinsicht sowohl beim qualitativen Ausbau als auch bei der Quantität sehr stark eingebracht hat. Ich hoffe auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

(Ein Handy klingelt. – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Geh doch mal einer ans Telefon!)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ist das Handy aus? –

(Zuruf von der CDU: Wegwerfen! – Weitere Zurufe)

Gut.

Das Wort erteile ich für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da wird doch nicht jemand die Tagesmutter gerufen haben. – Die Kindertagespflege ist eine Betreuungsform, die sich vor allem durch ihren persönlich-familiären Charakter sowie durch ihre Flexibilität auszeichnet. Wir Liberalen treten dafür ein, sie neben der Betreuung in Tageseinrichtungen als gleichberechtigte Betreuungsform anzuerkennen.

Die Anhebung des Fördersatzes von 5,50 € im Jahr 2011 für Kinder unter drei Jahren ist ein richtiger Schritt in diese Richtung. Das Ziel sollte – das wurde auch schon angesprochen – eine Harmonisierung der Kostenbeteiligung der Eltern sowohl für die Kindertagesstätten als auch für die Kindertagespflege sein, damit echte Wahlfreiheit und faire Wettbewerbsbedingungen entstehen.

Positiv ist, dass der Bund die Kindertagespflege weiterhin fördert – neben der finanziellen Förderung auch dadurch, dass er die beitragsrechtliche Sonderregelung für Tagespflegepersonen in der Kranken- und Pflegeversicherung verlängert hat. Dadurch werden die Tagespflegepersonen finanziell entlastet und erhalten einen Anreiz, weitere Kinder aufzunehmen.

Dem Dank der Kollegin Aras an die Tagesmütter und Tagesväter – 6 727 zum Stand März 2012 – schließe ich mich gern an. Die 6 727 Tagesmütter und Tagesväter haben knapp 19 000 Kinder betreut. Natürlich sprechen wir auch dem Landesverband der Tagesmütter-Vereine Baden-Württemberg – sowohl dem Landesverband als auch den vielen Untergliederungen auf Orts- und Kreisebene – unseren herzlichen Dank und unsere Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es war ein Thema – es gab auch einen entsprechenden SPD-Vorschlag –, die Zuständigkeit für die Kindertagespflege von

(Jochen Haußmann)

den Stadt- und Landkreisen auf die Städte und Gemeinden zu übertragen. Die Betroffenen – der Landesverband der Tagesmütter-Vereine bzw. die Kommunen – zeigten Ablehnung bzw. äußerten Zweifel. Es gilt aber festzuhalten, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg den Kommunen bereits jetzt eine eigene Entscheidungshoheit über die Zuständigkeit einräumt. Diese könnte durchaus stärker genutzt werden. Im Übrigen kann die Zuständigkeit bereits jetzt auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. In einem Landkreis wird das auch praktiziert.

In den vergangenen Jahren wurde ein anspruchsvolles Qualifizierungsprogramm mit 160 Unterrichtsstunden für die Tagesmütter auf den Weg gebracht. Wünschenswert wäre eine Perspektive zur Weiterentwicklung in Richtung Erzieherinnen-tätigkeit. Das Ministerium hat auf Anfrage meines Kollegen Dr. Kern die Absicht erklärt, hier eine Lösung zu erarbeiten. Dies würde zur Attraktivität einer Tätigkeit als Tagesmutter oder Tagesvater wesentlich beitragen.

Ein weiteres Qualitätsmerkmal ist auch die fachliche Begleitung der Tagesmütter in den Jugendämtern. Ich nehme das Lob gern mit in den Rems-Murr-Kreis, Frau Kollegin Aras. Mit dem Betreuungsschlüssel von 1 : 60 haben wir im Rems-Murr-Kreis nicht die rote Laterne,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Die grüne!)

sondern den schönen Leuchtturm erreicht.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

– Der Landrat des Rems-Murr-Kreises gehört der FDP an, Herr Kollege Fritz.

Aber Potenzial bietet auch die Möglichkeit der Förderung der Kindertagespflege in Betrieben als wichtigem Baustein der Kinderbetreuung und auch die Möglichkeit der Tagesbetreuung in anderen geeigneten Räumen. Wichtig ist hier, dass auch die baulichen Standards so sichergestellt werden, dass sie auch für kleine und mittlere Unternehmen finanziell umsetzbar sind.

Noch zum Rechtsanspruch auf einen U-3-Betreuungsplatz. Bei aller gebotenen Eile darf beim Ausbau der Kita-Plätze keinesfalls die Qualität aus dem Blickfeld geraten. Um dem Mangel an Erzieherinnen zu begegnen, hat die FDP/DVP die Erweiterung des Qualifikationskatalogs mitgetragen. Auch gilt es, die Tageselternbetreuung als gleichwertige Betreuungsform anzuerkennen und eine Wahlfreiheit durch Betreuungsgutscheine herzustellen, wie es die FDP/DVP schon seit längerem fordert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin von Wartenberg.

Staatssekretärin Marion von Wartenberg: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim heutigen Thema – davon bin ich überzeugt – herrscht, wenn wir den Dreiklang „Tagesmütter stärken, Qualität verbessern, Ausbau voranbringen“ betrachten, weitgehend Kon-

sens, wenn ich jetzt richtig zugehört habe. Unser gemeinsames Ziel ist – das habe ich auch so aufgenommen –, landesweit ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege zu haben.

Sie alle wissen: Eine tragende Säule der Kinderbetreuung im Land ist die Förderung der Kindertagespflege neben der Förderung in Kinderkrippen und in Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen. Die Kindertagespflege ist nicht nur wichtig, sondern sie ist beim Ausbau auch unverzichtbar. Das gilt für die Betreuung der Kinder ab drei Jahren; das gilt aber ganz besonders für die frühkindliche Förderung der Kinder unter drei Jahren.

Ich verrate hier auch kein Geheimnis: Ab dem 1. August – das wissen Sie alle – gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum vollendeten dritten Lebensjahr. Dieser Rechtsanspruch umfasst die Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege.

Von welchen Betreuungsbedarfen sprechen wir? Wie groß ist die Gruppe der Kinder unter drei Jahren, die jetzt schon betreut werden? Nach einer Erhebung des Landesjugendamts beim Kommunalverband für Jugend und Soziales sind zum Stand 1. März 2013 rund 9 600 Kinder – oder, anders formuliert, knapp die Hälfte aller Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege –, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, entsprechend betreut worden.

Ich bin überzeugt, diese Zahl von rund 9 600 Kindern unter drei Jahren in der Kindertagespflege wird sich durch den Ausbau der Plätze weiter erhöhen. Denn Sie wissen alle auch: Wir erleben hier im Moment eine Nachfrage und eine Ausbaudynamik, wie wir alle so, wie wir hier versammelt sind, sie uns vor zwei, drei Jahren überhaupt noch nicht vorstellen konnten.

Wo findet nun die Kindertagespflege, also die Betreuung der Kinder unter drei Jahren, statt? Sie kann sowohl im Haushalt der Eltern als auch im Haushalt der Tagesmutter oder des Tagesvaters erfolgen. Sie kann aber auch in anderen geeigneten Räumen erfolgen, z. B. in geeigneten Räumen, die von Kommunen oder – Sie haben es angesprochen – von Betrieben zur Verfügung gestellt werden.

Die Regierungspräsidien haben seit dem Jahr 2008 bis Ende Juni 2013 aus den Investitionsprogrammen des Bundes zur Kinderbetreuungsfinanzierung Zuschüsse von rund 3,9 Millionen € bewilligt und haben somit rund 5 600 zusätzliche Plätze für Kinder unter drei Jahren in der Kindertagespflege geschaffen. Die quantitative und die qualitative Verbesserung der Kindertagespflege ist eine Aufgabe, die die kommunale Seite betrifft, aber natürlich auch das Land.

Um seiner Verantwortung gerecht zu werden, hat das Land zentrale Punkte der Kindertagespflege geregelt. Ich nenne hier beispielhaft den Rahmen für die Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen und die Qualifizierung der Tagespflegepersonen.

Eines ist dabei klar: Das Land respektiert die kommunale Selbstverwaltung. Ich schätze die Kommunen im Land. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass die Verbesserungen – diese

(Staatssekretärin von Wartenberg)

sind ja angesprochen worden –, die in der Kindertagespflege notwendig sind, übereinstimmend und gemeinsam herbeigeführt werden. Wir alle wissen, dass der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, ab August 2013 greift. Der Fokus ist nicht nur auf die Betreuung, sondern auch auf die Bildung gerichtet. Hier brauchen wir Plätze, und hier brauchen wir qualifiziertes Personal. Dafür ist Tagespflege eine wichtige Möglichkeit.

Wo haben wir Handlungsbedarf? Als Beispiel will ich die Kostenbeiträge der Eltern nennen. Ich schicke gleich voraus: Das Land hat von dem Landesrechtsvorbehalt gemäß § 90 SGB VIII bisher keinen Gebrauch gemacht. Es hat also nicht von Stuttgart aus die Höhe der Elternbeiträge festgelegt – weder hinsichtlich der Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen noch hinsichtlich der Betreuung von Kindern in der Tagespflege.

Landesrechtlich geregelt ist jedoch, dass bei der Bemessung der Kostenbeteiligung der Personensorgeberechtigten für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in der Tagespflege die Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz zu berücksichtigen sind. Mit diesen Zuweisungen haben wir eine Basis geschaffen, die ganz eindeutig zu einer Senkung der Elternbeiträge führen könnte. Sie hören von mir „führen könnte“, denn bislang ist das so überwiegend nicht geschehen. Es sollte also zu einer Senkung führen. Die konkrete Ausgestaltung der Kostenbeiträge der Eltern von Kindern, die in der Kindertagespflege betreut werden – das wissen Sie alle –, bleibt den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, das heißt den jeweiligen Jugendämtern, überlassen.

Wie sieht die Ausgestaltung vor Ort aus? Die kommunale Seite hat das Thema aufgegriffen. So haben das Landesjugendamt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales, der Landkreistag und der Städtetag zunächst einmal in einem gemeinsamen Rundschreiben vom April 2012 angeregt – Sie hören: „angeregt“ –, die Elternbeiträge zu harmonisieren.

In einem weiteren Schritt hat der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, Herr Professor Trumpp, im Zusammenhang mit der Pressekonferenz der SPD-Fraktion am 3. Juli betont, dass der Landkreistag über eine Angleichung der Kostenbeteiligung der Eltern für die Kindertagespflege an die Beiträge der Eltern für Kitas durch eine entsprechende Empfehlung in der Sitzung des Präsidiums des Landkreistags am 16. Juli erneut beraten wird. Wir sind gespannt, zu welchem Ergebnis sie kommen.

Ich begrüße das ausdrücklich. Ich hoffe sehr, dass gleich hohe Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege, soweit noch nicht geschehen, zügig eingeführt werden.

Ich weiß auch, dass sich die Kommunen im Land intensiv anstrengen, um die Kindertagespflege vor Ort weiter voranzubringen. Hierunter fällt nicht nur der quantitative, sondern selbstredend auch der qualitative Ausbau. Ein Beispiel dafür ist, dass sich der Personalschlüssel für die fachliche Beratung und Begleitung der Tagespflegepersonen, erhoben zum Stichtag 1. März 2013, gegenüber der vorherigen Erhebung verbessert hat. Aber er ist weit von der Forderung der Tagespflege, nämlich einem Betreuungsschlüssel von 1 : 90, entfernt.

Ich weiß auch, dass dies derzeit sehr uneinheitlich ist und in einigen Jugendämtern weiterhin mehr als verbesserungsbedürftig ist.

Auch hier haben die Kommunen erkannt, dass ein guter Fachberatungsschlüssel die Qualität der Kindertagespflege erhöht und somit auch die Attraktivität der Kindertagespflege steigert.

(Unruhe)

– Ich habe immer das Problem, dass ich, wenn ich im Plenum rede, mit meinen Punkten immer kurz vor der Mittagspause drankomme. Das ist immer recht schwierig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir hören Ihnen gut zu! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nur die vordere Reihe! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir wollten den Punkt nicht so spät aufrufen!)

Wir alle wissen: Es gibt enormes Potenzial für einen weiteren Platzausbau für Kinder unter drei Jahren in der Kindertagespflege.

Wir wissen auch – das ist vorhin schon angesprochen worden –, wie viele qualifizierte Personen der Landesverband der Tagesmütter-Vereine hat, wie viele tätig sind und wie viele jeweils abwandern. Zum Stichtag 1. März 2013 waren dies rund 2 500 Tagespflegepersonen, und von diesen Tagespflegepersonen könnten noch viele Kinder betreut werden.

Wir müssen uns, wenn der Verband sie qualifiziert hat, die Frage stellen: Was ist mit ihnen geschehen, und warum kommen diese Qualifizierungen jetzt nicht zum Einsatz? Was müssen wir an den Rahmenbedingungen verändern, damit diese qualifizierten Tagespflegepersonen die Kinder betreuen?

Mir ist bewusst, dass sich, wenn wir vom Ausbau sprechen, die Anzahl der zu qualifizierenden Personen in der Tagespflege nicht unbegrenzt vermehren lässt. Aber ich bin überzeugt, dass es immer noch Frauen und Männer gibt, die sich dafür gewinnen lassen. Um das und auch die Anliegen des Landesverbands der Tagesmütter-Vereine zu unterstützen, haben wir dem Verband auch Mittel für eine Akquise, für eine Kampagne zur Verfügung gestellt. Schließlich geht es darum, dass wir ins Bewusstsein rücken, dass einige der tätigen Tagesmütter und -väter noch mehr Kinder aufnehmen könnten. Das wäre gegebenenfalls noch eine Möglichkeit.

Ein weiterer Schritt, den wir ganz deutlich sehen, ist die Entbürokratisierung der Abrechnungsmodalitäten für die laufenden Geldleistungen. Das kann auch dazu beitragen, die Tagespflege weiter zu stärken.

Der Landesjugendhilfeausschuss beim KVJS hat im März 2013 beschlossen, den Jugendämtern diese Entbürokratisierung zu empfehlen. Das Landesjugendamt und die kommunalen Landesverbände haben im April 2013 darüber informiert. Worum geht es? Im Kern geht es bei diesem Verfahren darum, den durchschnittlichen Betreuungsbedarf für einen Monat zu ermitteln und anschließend die laufenden Geldleistungen für ein Jahr festzusetzen. Die bisher gängige Spitzabrechnung in zahlreichen Stadt- und Landkreisen mit der Folge, dass die laufende Geldleistung rückwirkend ausgezahlt wird, könnte durch dieses pauschalisierte Verfahren sehr ein-

(Staatssekretärin von Wartenberg)

fach ersetzt werden. Das wäre auch eine deutliche Verbesserung für diejenigen, die in der Tagespflege tätig sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie regieren doch! Sie könnten es doch machen!)

– Wenn wir jetzt unser gutes, gemeinsames Miteinander mit den kommunalen Landesverbänden an dieser Stelle aufbrechen wollen – Noch vertraue ich darauf, dass sie das durchdeklinieren und wir dann eine gemeinsame Lösung hinkommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das Angebot liegt als Antrag vor!)

– Darauf werde ich selbstverständlich gleich eingehen.

Zur Erhöhung der Attraktivität der Kindertagespflege hat insbesondere beigetragen, dass das Landesjugendamt, der KVJS, der Landkreistag und der Städtetag mit einem gemeinsamen Rundschreiben schon im April 2012 empfohlen haben, die sogenannte laufende Geldleistung in der Kindertagespflege, das heißt ganz konkret das Entgelt für die Tagespflegeperson, zu erhöhen. Es ist doch klar, dass das ein Motiv ist: Wenn ich gering bezahlt werde, wenn ich gegebenenfalls noch etwas mitbringen muss, dann muss ich mir überlegen, ob der Arbeitsplatz attraktiv ist und ich in diesem Bereich arbeiten will.

Die Empfehlungen sehen eine laufende Geldleistung von 5,50 € pro Kind unter drei Jahren pro Stunde vor. Diese Empfehlungen sind nach § 8 b des Kindertagesbetreuungsgesetzes maßgeblich für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Gewährung der laufenden Geldleistungen.

Wenn sich die Geldleistung von 5,50 € summiert, ergibt sich für die abgebenden Eltern natürlich eine erkleckliche Summe. Das ist keine Frage. Aber diejenigen, die die Leistung erbringen, sehen das ganz anders. Deshalb ist klar, dass dieser empfohlene Betrag sozusagen die Untergrenze der Zahlung an die Tagespflegeperson darstellt.

Es ist ganz erfreulich, dass nach den jüngsten Erhebungen des Landesjugendamts immerhin in 18 Stadt- und Landkreisen die laufende Geldleistung kreisweit höher ist. Das ist ein Erfolg, und diesen dürfen wir auch nicht schlechtreden.

Meine Damen und Herren, das Land stellt den Kommunen Mittel für die Kleinkindbetreuung, auch für die Kindertagespflege, zur Verfügung. Die Landesregierung hat bereits im Dezember 2011 mit dem Pakt für Familien mit Kindern zusätzliche Mittel für die Kleinkindbetreuung zugesagt. Das Land hat dementsprechend die Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz für die Kleinkindbetreuung im Jahr 2012 um 315 Millionen € und im Jahr 2013 um 325 Millionen € erhöht. In diesem Jahr werden demnach den Kommunen 477 Millionen € an Landesmitteln zugewiesen. Zusätzlich werden ihnen die Bundesmittel weitergeleitet.

Ab 2014 wird sich das Land unter Berücksichtigung der Bundesmittel zu 68 % an den Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung beteiligen. Ich sage: Das ist ein wahnsinnig großer Schritt in die richtige Richtung.

Wer sich die Bertelsmann-Studie zu Gemüte geführt und geschaut hat, wo Baden-Württemberg in puncto Betreuungsqua-

lität steht, kann feststellen, dass wir auf einem richtig guten Weg sind. Dies möchte ich zunächst einmal festhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Und waren! – Abg. Peter Hauk CDU: Sind und waren!)

– Sind und waren. Aber wir haben die Förderung deutlich ausgebaut; das möchte ich an dieser Stelle feststellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hätten wir auch getan und tun müssen!)

Mit unserem Pakt für Familien mit Kindern haben wir entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. Wir haben in der Kindertagespflege in den vergangenen zwei Jahren qualitativ und quantitativ einiges erreicht. Die laufenden Geldleistungen an die Tagesmütter und -väter wurden erhöht; ich habe es ausgeführt. Die Zahl der Kinder in öffentlich geförderten Tagespflegeeinrichtungen hat sich ebenfalls deutlich erhöht.

Wir schaffen damit Angebote für Eltern, die dem Anspruch auf Bildung und Betreuung gerecht werden. Hierbei werden wir weiter fortfahren.

Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, habe ich am 26. Juni in einer Landespressekonferenz mit den kommunalen Landesverbänden, dem KVJS, den kirchlichen und freien Trägern ein befristetes Flexibilisierungspaket für den Bereich U 3 vorgestellt. Dieses Flexibilisierungspaket ist vom 1. August 2013 bis zum 31. Juli 2015 gültig. In einer gemeinsamen Verantwortungsgemeinschaft und damit auch in der Selbstverpflichtung haben wir hier sehr maßvoll notwendige Vereinbarungen getroffen, beispielsweise bei der Entbürokratisierung, um die Umsetzungsbestimmungen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs so auszugestalten, dass die Träger sowie der Städte-, der Landkreis- und der Gemeindetag ihrer Verantwortung gerecht werden können.

Ich habe für den Bereich der Kindertagespflege bereits auf den Weg gebracht, dass gemeinsam mit den genannten Partnern sowie mit den Verbänden im Bereich der Tagespflege und zusätzlich der Agentur für Arbeit in unmittelbaren Handlungsschritten – die schon eingeleitet sind – die aufgezeigten Herausforderungen und Regelungsbedarfe aufgegriffen werden. Ich gehe mit Blick auf das Flexibilisierungspaket U 3 davon aus, dass wir diese Maßnahmen im Konsens hinkommen, sodass wir in nicht allzu ferner Zeit auch bei dieser Frage, die Sie heute gemeinsam behandelt haben, einen Haken machen können und dass wir mit Blick in die Zukunft sagen können: Wir haben die Qualität gesteigert, und wir haben den Ausbau gesteigert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Die Landesregierung hat mehr als 50 % der Gesamtdezeit der Fraktionen in Anspruch genommen. Nach § 83 a der Geschäftsordnung kann die Redezeit für die Fraktionen entsprechend verlängert werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Man muss das nicht in Anspruch nehmen!)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Kann ich aber davon ausgehen, dass vonseiten der Fraktionen kein Redebedarf mehr besteht? –

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Wir haben noch über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3761, abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, über den Antrag insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Shownummer!)

Damit ist der Antrag Drucksache 15/3761 mehrheitlich abgelehnt

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die machen den Guttenberg! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir die Sitzung beenden, darf ich Sie darauf hinweisen, dass nun die Ausstellung „Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und Du“ in der Eingangshalle des Landtags eröffnet wird. Die Ausstellung nähert sich dem Thema „Frauen und Gewalt“ auf ungewöhnliche Weise. Zur Ausstellungseröffnung und zum anschließenden Stehempfang lade ich Sie recht herzlich ein.

Ich habe noch einen weiteren Punkt zu verkünden: Die Sitzung des Petitionsausschusses und die Sitzung des Landwirtschaftsausschusses beginnen jeweils um 14:15 Uhr.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 17. Juli 2013, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen guten Appetit und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:56 Uhr